

# Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur

Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung und des  
Instituts für Zeitgeschichte  
am 25. November 2004 in Berlin

Kongressdokumentation  
herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Jörg-Dieter Gauger, Manfred Kittel

Sankt Augustin, Oktober 2005  
ISBN 3-937731-61-X

Ansprechpartner:  
Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger  
Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/ Archiv für Christlich-  
Demokratische Politik  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
Telefon: +49 2241 246-2302  
E-Mail: [joerg.gauger@kas.de](mailto:joerg.gauger@kas.de)

Jörg-Dieter Gauger/Manfred Kittel (Hrsg.)

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten  
in der Erinnerungskultur

**Jörg-Dieter Gauger/Manfred Kittel (Hrsg.)**

---

**Die Vertreibung der  
Deutschen aus dem Osten in  
der Erinnerungskultur**

**Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
und des Instituts für Zeitgeschichte**

Wir dokumentieren im folgenden in leicht überarbeiteter Form die Vorträge und Diskussionsbeiträge, die anlässlich der gemeinsamen Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte am 25. November 2004 in Berlin gehalten wurden.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

Umschlag nach einem Entwurf der Druckerei Paffenholz, Bornheim, unter Verwendung von Fotos von Henning Lüders und dpa.

© 2004, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 3-937731-61-X

# Inhalt

---

Vorbemerkung 7

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten  
in der Erinnerungskultur

Zur Einführung 9

*Horst Möller*

Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen  
aus Ost-Mitteleuropa (1953-1962)

Ein Seismograph bundesdeutscher Erinnerungskultur 17

*Mathias Beer*

Vertreibung aus der Erinnerung?

Der alte deutsche Osten und die „neue Ostpolitik“

in den 1960er und 1970er Jahren 37

*Manfred Kittel*

Der Stellenwert ostdeutscher Kulturpflege

in der Ära Kohl 53

*Wolfgang Bergsdorf*

Der historische deutsche Osten in der  
Erinnerungskultur der DDR 69

*Michael Schwartz*

Schule als gesellschaftlicher und politischer Seismograph:  
Der historische deutsche Osten im Unterricht 85

*Jörg-Dieter Gauger/Günter Buchstab*

## **Stellungnahmen zur aktuellen Debatte**

Flucht und Vertreibung – die Rückkehr eines Themas 113

*Helga Hirsch*

Die Europäisierung des „Vertreibungskomplexes“ 123

*Karl Schlögel*

Der neue Stellenwert von Flucht und Vertreibung  
in der Erinnerungskultur 139

*Hartmut Koschyk*

Die Autoren 145

## Vorbemerkung

---

Der vorliegende Band enthält die – um einen Aufsatz erweiterten – Vorträge und Statements eines Kolloquiums, das die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin am 25. November 2004 in Berlin zum Thema „Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten – in der Erinnerungskultur“ durchgeführt haben. Die Vortragsform der Texte ist, soweit seitens der Autoren keine Änderungen vorgenommen wurden, beibehalten worden.

Der Dank der Herausgeber gilt den Referenten der Tagung – auch dafür, daß sie ihre Manuskripte so zügig für die Publikation vorbereitet haben – sowie Herrn Dr. Günter Buchstab, dem Leiter des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, und Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, die den ersten inhaltlichen Impuls zu dieser Tagung gegeben und ihr Zustandekommen auch logistisch ermöglicht haben. Zu Dank verpflichtet sind wir auch Frau Anita Schreiner, die mit ihrem PC-Know-how und durch Korrekturlesen mitgeholfen hat, aus dem Manuskript eine Publikation werden zu lassen.

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ist bis heute ein schwieriges Thema unserer nationalen – wie auch der internationalen – Erinnerungskultur geblieben. Weshalb das so war, welche Phasen es dabei seit 1945 gab und wie die Gegenwart der Erinnerungskultur zu beurteilen ist – all dies sind Fragen, denen sich die Wissenschaft erst allmählich zuzuwenden beginnt. Eine angesichts der Forschungslücken nur ganz vorläufige Zwischenbilanz soll im folgenden gezogen werden. ■

Jörg-Dieter Gauger (Sankt Augustin)

Manfred Kittel (München)

# **Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur**

## **Zur Einführung**

---

*Horst Möller*

Das Institut für Zeitgeschichte und die Konrad-Adenauer-Stiftung, die erstmals eine gemeinsame Tagung durchführten, haben beide wissenschaftlich über das Thema der Vertreibung der Deutschen 1945 gearbeitet. Das Institut für Zeitgeschichte hat schon vor einigen Jahren Veröffentlichungen dazu vorgelegt, u. a. zwei Kolloquiumsbände, und in jüngster Zeit das umfangreiche Werk von Michael Schwartz über die Integration der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR, wobei der Verfasser eine vergleichende Perspektive verfolgt hat. Manfred Kittel hat die bundesrepublikanische Historiographie über den ehemaligen deutschen Osten dargestellt. Neben diesen Beispielen wären noch viele andere Studien

zu nennen. Tatsächlich existiert aber immer eine gewisse Dichotomie zwischen der öffentlichen Rezeption und der öffentlichen Diskussion einerseits sowie der wissenschaftlichen Arbeit andererseits. Sie ist trotz vieler Innovationen, trotz vieler Brüche doch eine kontinuierliche Arbeit und erstreckt sich über Jahre und Jahrzehnte. Schon die Bibliographie über die Vertreibung, die Mitte der neunziger Jahre in zweiter Auflage erschien, umfaßt 850 Druckseiten. Das Thema ist daher nicht so „unbeackert“, wie oft gesagt wird, auch wenn sich ein großer Teil dieser Studien mit dem Problem der Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik nach 1945 beschäftigt. Die Frage ist natürlich immer: Was gelangt von solchen Forschungen in die Öffentlichkeit? Und deswegen benötigen die Historiker die Publizisten, die Journalisten, die Massenmedien insgesamt, und umgekehrt sind diese natürlich auf die Forschungen angewiesen, die ihren Berichten zugrunde liegen – jedenfalls sollten sie es sein, wenn sie gute Artikel und sachgemäße Information geben wollen.

Dieses Colloquium sollte das Thema nicht als historischen Vorgang behandeln, obwohl sich natürlich immer wieder die Frage stellt: Warum sind Vertreibungen im 20. Jahrhundert nicht nur ein deutsches, nicht nur ein europäisches, sondern ein welthistorisches Schicksal? Darauf gibt es eine ganze Reihe von Antworten, die wir hier nicht aufführen können und wollen. Doch sind einige wenige Bemerkungen nötig: Völker, Minderheiten, Nationalitäten, die seit Jahrhunderten friedlich zusammen lebten, taten das im 20. Jahrhundert nicht mehr. Selbstverständlich ist der Nationalismus, sind die Nationalbewegungen, ist die Gründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert eine der Voraussetzungen dafür, daß es Spannungen zwischen Nationalitäten gab bzw. daß ihr Miteinander einer rechtlichen Regelung bedurfte. Eine völkerrechtliche Regelung war auch eine Aufgabe der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg 1919/20, nachdem man die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie zerschlagen hatte und das Ziel verfolgte, Nationalstaaten zu gründen, in denen die Nationalitäten-

problematik, die ja eine der Ursachen für den Ersten Weltkrieg gewesen war, keine Rolle mehr spielen würde. Tatsächlich ist dieses Ziel nicht erreicht worden, statt dessen sind eine ganze Reihe von Staaten gegründet worden, die ihrerseits Nationalitätenprobleme aufwiesen, beispielsweise die Tschechoslowakei, in der die Tschechen selber keine absolute Mehrheit, wenn auch die bei weitem stärkste Volksgruppe vor den Deutschen, den Slowaken und den als eigene nationale Gruppe geführten Juden bildeten. Die nach dem Ersten Weltkrieg nicht gelöste Minderheitenproblematik blieb eine der Ursachen für Entwicklungen, die zu Exzessen der Verfolgung und der Vernichtung von Nationalitäten führten. Und das war – die Armenier sind das bekannteste Beispiel – auch schon während des Ersten Weltkrieges zu beobachten. Das heißt also: Schon lange vor der Vertreibung der Deutschen stellten Minderheiten ein Problem der europäischen Politik, des Völkerrechts im besonderen dar. Alle Versuche, die der Völkerbund in Genf während der 1920er Jahre unternommen hat, die Minderheitenproblematik zu lösen, sind ebenfalls gescheitert.

Wenn wir heute über diese Fragen diskutieren, dann wird oft gesagt: Wie könnt ihr über die Vertreibung reden? Ihr müßt über den Nationalsozialismus reden! Nun versteht es sich geschichtswissenschaftlich von selbst, Vorgeschichte und Ursachen historischer Phänomene einzubeziehen, und man braucht Historikern nicht zu sagen, daß auch das Jahr 1945 nicht ohne das Jahr 1933 und nicht ohne das Jahr 1939 zu erklären ist, d. h. selbstverständlich steht die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im historischen Kontext der nationalsozialistischen Diktatur und der Massenverbrechen gegen die unter deutscher Besatzung stehenden Völker im Osten Europas. Allerdings muß auch gesagt werden: Die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion im September 1939 – und damit die historische Voraussetzung der „Westverschiebung“ Polens 1945 – konnte weder chronologisch noch kausal eine Reaktion auf deutsche Verbrechen sein, sondern war ihrerseits aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes

vom August 1939 eine brutale Annexion fremden Staatsgebiets. Auch die historische Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen 1945 ist also komplizierter, als daß sie ausschließlich als Reaktion auf Vertreibungen und Verbrechen angesehen werden kann, die die deutsche Besatzungsmacht zwischen 1939 und 1945 zweifellos begangen hat.

Keinesfalls aber kann die historische Erklärung als Legitimation, als Rechtfertigung für andere Verbrechen akzeptiert werden. Kein Verbrechen legitimiert ein anderes, auch wenn es zur Erklärung beitragen kann. Unter den deutschen Vertriebenen waren Millionen Unschuldige, die buchstäblich für die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in „Sippenhaft“ genommen wurden. Und da sind wir dann bei dem Problem, das im Mittelpunkt des Colloquiums steht, nämlich der Frage der Erinnerung an die Vertreibung. Die Erinnerung, die historische Erinnerung (heute in aller Munde) ist selbstverständlich ein Teil jeder politischen Kultur und neben der individuellen Erinnerung, die jeder Mensch hat, neben der eigenen Geschichte, steht das vom französischen Soziologen Maurice Halbwachs so genannte kollektive Gedächtnis, das kollektive Erinnern. Nun haben Philosophen, Soziologen, Historiker an diesem Modell der kollektiven Erinnerung mit Recht auch Kritik geübt, auf der anderen Seite ist die Erinnerung oder besser gesagt: sind die Erinnerungen, sind die verschiedenen Identitäten, die die Geschichte einer Nation und einer Gesellschaft ausmachen, auch für eine historische Ortsbestimmung in der Gegenwart und für die Zukunft notwendig. Ohne historisches Erinnern gibt es keine politische Kultur, und leider sehen wir in Politik und Gesellschaft immer wieder, daß die Abwesenheit der historischen Perspektive, auch die Abwesenheit der historischen Bildung, sehr kurzfristig angelegte politische Entscheidungen bewirkt. Und diese so präsentistisch angelegten Entscheidungen führen fast immer in die Irre oder scheitern schnell. Also Grund genug, auch in diesem Feld dagegen anzugehen, daß die historische Erinnerung in der öffentlichen Diskussion eine bloß fragmentierte Erinnerung ist.

Man sollte jedoch meines Erachtens nicht Konkurrenzen zwischen verschiedenen Erinnerungsfeldern, verschiedenen historischen Schichten oder gar verschiedenen Opfergruppen aufbauen: „Nur das Wahre ist das Ganze“ hat der Philosoph Hegel einmal gesagt, und das gilt auch hier. Das heißt also: Zu unserer historisch-politischen Kultur muß selbstverständlich auch die Realität der Vertreibung nach 1945 gehören, und zwar in dreifacher Perspektive: Zum einen darf, muß und soll sich auch jedes Volk, jede Nation ihrer eigenen Opfer erinnern, zum zweiten muß sie natürlich nach den Ursachen fragen und zum dritten muß sie selbstverständlich die Frage miteinbeziehen, welchen Anteil an historischer Verantwortung, ja an historischer Schuld, sie selbst an dieser Entwicklung trägt.

Diese verschiedenen Dimensionen sind meines Erachtens nicht zu trennen, wenn nicht die historische und die politische Kultur insgesamt Schaden nehmen soll. Nun können wir neben der großen Zahl historischer Arbeiten in der öffentlichen Diskussion immer wieder Erinnerungswellen bemerken. Wir haben auch in der Wissenschaft solche Wellen der Erinnerung, einen ersten Höhepunkt in der Erforschung der Vertreibung gab es in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre bis zum Beginn der 1960er Jahre und dann wieder – mit Schwerpunkt auf dem Problem der sozialen Integration – seit Ende der 1970er Jahre bis zum Beginn und der Mitte der 1980er Jahre, also immer dann, wenn das Bewußtsein stärker wurde, daß man sich der gesamten Geschichte stellen muß und nicht nur einzelnen Komplexen oder Perioden.

Seit das „Zentrum gegen Vertreibungen“ initiiert worden ist, entwickelte sich eine besonders heftige Diskussion, wie ich meine, eine für die Verzerrungen in unserer öffentlichen Meinungsbildung oft charakteristische Diskussion. Den Initiatoren und ihrem Konzept ist immer wieder unterstellt worden, es sei ein bloß nationales oder gar nationalistisches oder auf die Vertreibung der Deutschen eingeschränktes Konzept. Wer den Text liest, der auch veröffentlicht worden ist, wird schnell sehen: Naturgemäß bildet

die Vertreibung der Deutschen einen zentralen Punkt, zumal es sich um das quantitativ umfangreichste Beispiel von Vertreibungen handelt. Doch ist von vornherein betont worden, daß die Vertreibung der Deutschen nach 1945 als ein, wenn auch für unser Erinnern in Deutschland zentraler Teil aller Vertreibungen im 20. Jahrhundert gesehen wird – Vertreibungen, die durch Nationalismus, aber auch durch die ideologisch aufgeladenen Diktaturen zu erklären sind. Und so ist es selbstverständlich, daß man das 20. Jahrhundert insgesamt in den Blick nimmt; und schließlich sind, wenn ich einmal von dem Problem der Armenier 1915 absehe, die ersten großen Flüchtlingswellen und Vertreibungen nach der bolschewistischen Oktoberrevolution in Rußland erfolgt. Allein in Berlin gab es nach dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende von russischen Flüchtlingen. Diese Thematik ist also eine europäische Thematik. Dazu kommt die ganz ungeheure Friedensleistung, die die Integration der Flüchtlinge in die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Trotz vieler anfänglicher Schwierigkeiten, die ja leicht zu erklären sind, handelt es sich bei dieser Integration um eine Friedensleistung, die immerhin nach ungefähr zehn Jahren erreicht worden ist. Man darf in diesem Fall durchaus auch einmal davon sprechen, daß den Deutschen etwas gelungen ist, was angesichts der Vertreibung von etwa 15 Millionen Menschen wohl noch in keinem Fall einer Massenvertreibung gelungen ist, nämlich die Vermeidung neuer Kriege und neuer Konflikte.

Deswegen kann man sich, trotz der Frage nach den Ursachen vor 1945, die ich erwähnt habe, nicht nur als Historiker, sondern auch als Bürger dieser Thematik ohne Komplexe zuwenden. Ich hoffe, daß dieses Colloquium zur Versachlichung beitragen kann, eine Versachlichung, die meines Erachtens schon deswegen nötig ist, weil sich in den öffentlichen Debatten darüber immer wieder ganz ungleichgewichtige Urteile einschleichen und wir alles daran setzen müssen, wenigstens unsererseits die Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei nicht zu belasten. Doch können die Deutschen

das nicht allein, wie zum Beispiel an der völlig überzogenen Reaktion des polnischen Parlaments auf die sog. Preußische Treuhand erkennbar wird.

Allein an dieser Gegenüberstellung sieht man viele Verzerrungen gebündelt, denn natürlich kann man diesen privaten Verein mit ca. 1.000 Mitgliedern, von dem sich sämtliche politische Parteien, Fraktionen und auch der Bund der Vertriebenen als Organisation distanziert haben, nicht gleichsetzen mit einem nationalen Parlament. In der deutschen Diskussion sieht es groteskerweise nach Parallelität aus, wenn ein nationales Parlament wie der Sejm auf Forderungen eines kleinen privaten Vereins reagiert. Daran lassen sich wieder einmal die Verzerrungen in der Diskussion erkennen – oder auch natürlich Überreaktionen, die aus polnischer Perspektive erklärbar erscheinen, denn schließlich – auch das dürfen wir nicht vergessen – waren die Polen immer wieder die ersten Opfer deutscher Aggressionen, und das seit dem 18. Jahrhundert, aber natürlich, wie die Polen selber am besten wissen, nicht nur deutscher, sondern immer auch wieder russischer oder sowjetischer. Das führt zur Erkenntnis, daß sich in Osteuropa andere Erinnerungskulturen entwickelt haben als bei uns – verständlich auch das, weil die politische, die gesellschaftliche, die moralische Erinnerung in den ostmitteleuropäischen Ländern natürlich nicht allein von der deutschen Besetzung zwischen 1939 und 1945, sondern von dem Satellitenstatus und der Besetzung durch sowjetische Truppen seit 1939 bzw. seit 1940 über Jahrzehnte hinweg geprägt war. Der selbstverständliche Austrag von Kontroversen unter Demokraten wird durch solche Erfahrungen nicht erleichtert.

Wir dürfen als Historiker diesen Erinnerungen nicht ausweichen, auch dann nicht, wenn sie schmerzhaft sind. Wir könnten natürlich mit Friedrich Nietzsche sagen: „Gesund ist, wer vergißt.“ Wir können aber auch mit Sigmund Freud sagen: „Wer verdrängt, wird krank.“ Die Historiker halten es natürlich mit letzterem. Die Verdrängung historischer Tatbestände wirft auf die Dauer Probleme auf, die historische Legendenbildung – wir haben

das in der Geschichte (nicht nur der deutschen) immer wieder gesehen – führt zu politischen Belastungen und Vergiftungen, manchmal extremen Ausmaßes. Deshalb muß dagegen immer wieder die historische Aufklärung gesetzt werden. Wir möchten das in einer Weise tun, die sowohl die wissenschaftliche Arbeit als auch die öffentliche Diskussion verbindet, indem wir über die historische Erinnerung an die Vertreibung sprechen. ■

# **Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (1953-1962)**

## **Ein Seismograph bundesdeutscher Erinnerungskultur**

---

*Mathias Beer*

### **I. ‚Flucht und Vertreibung‘ – eine Chiffre**

‚Flucht und Vertreibung‘ sind in der deutschen Sprache zu einer Chiffre geworden. Sie steht für die gewaltsame, Hunderttausende von Todesopfern fordernde Verschiebung von mehr als zwölf Millionen Deutschen und damit für den zahlenmäßig größten Teil der europäischen Zwangsmigrationen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie steht für einen Vorgang mit einer weit über den Zweiten Weltkrieg hinausreichenden zeitlichen Dimension.

Der historische Kontext dieser gewaltigen Bevölkerungsverschiebung umfaßt die gesamte erste Hälfte der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Seine Wurzeln reichen noch tiefer, bis weit ins 19. Jahrhundert, dem Zeitalter des Nationalismus, zurück. Die Kennworte ‚Flucht und Vertreibung‘ stehen zudem für einen regional differenzierten sowie ein breites Spektrum an Erscheinungsformen zusammenfassenden Prozeß. Diese reichen von Umsiedlungen auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Verträgen über Evakuierung und Flucht bis hin zu Ausweisungen, Vertreibungen und vertraglich geregelten Umsiedlungen zu Lasten dritter Staaten. ‚Flucht und Vertreibung‘ ist schließlich die Chiffre für die die gesamte Geschichte der Bundesrepublik begleitenden, gesellschaftlich breit angelegten, intensiven, politisch kontroversen juristischen und erinnerungspolitischen Debatten. Diese Auseinandersetzungen weisen, wie auch jüngst zu beobachten ist, eine eng miteinander verwobene innen- und eine außenpolitische Seite auf. Anders als die gerade in letzter Zeit besonders häufig geäußerte Meinung glauben machen will – erinnert sei lediglich an die Novelle von Günter Grass „Im Krebsgang“ und die Initiative der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ –, waren ‚Flucht und Vertreibung‘ kein Tabu der bundesdeutschen Gesellschaft. Vielmehr entpuppt sich das modische Reden vom Tabu bei näherem Betrachten selbst als fester Bestandteil der Debatten.

Geradezu wie in einem Brennglas fokussiert, erscheinen die breit gefächerten Debatten zu ‚Flucht und Vertreibung‘ in der Bundesrepublik in der wechselvollen Geschichte einer Publikation – der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. Es gibt keine Veröffentlichung oder Auseinandersetzung zu ‚Flucht und Vertreibung‘ in der Bundesrepublik, die nicht einen Bezug zur „Dokumentation der Vertreibung“ hätte. Die monumentale Publikation umfaßt fünf Bände, einige davon mit mehreren Teilbänden, drei Beihefte sowie ein Ortsregister und ist zwischen 1953 und 1962 erschienen. Ihre Vorgeschichte reicht aber weiter zurück,

und ihre Wirkungsgeschichte dauert bis heute an. Insofern spiegeln sich in dem mehrbändigen Werk nicht nur die Geschichte der politischen, medialen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit ‚Flucht und Vertreibung‘ in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren wider. Die „Dokumentation der Vertreibung“ erweist sich auch als materialisierter Ausdruck der Erinnerungskultur zu ‚Flucht und Vertreibung‘ in der Bundesrepublik. Wie an einem zuverlässigen und sensiblen Seismographen lassen sich an dieser Publikation die Amplituden, die Dichte der Ausschläge und die relativen Ruhephasen ablesen, die den Umgang mit ‚Flucht und Vertreibung‘ in der Bundesrepublik kennzeichnen.

Ausgehend von der nach wie vor umfangreichsten und bedeutendsten Publikation zur deutschen Zwangsmigration am Ende des Zweiten Weltkriegs zielen die folgenden Ausführungen darauf ab, grundsätzliche Aspekte des Umgangs mit ‚Flucht und Vertreibung‘ in der Bundesrepublik anzureißen. Dabei wird auf die in der Forschung vorgenommene systematische Unterscheidung zwischen Primärerfahrung, Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur zurückgegriffen. Ein solcher Zugang bietet das Instrumentarium, um das Wechselverhältnis und die Deutungskonkurrenz zwischen den drei Arten des Zugangs und des Umgangs mit der Vergangenheit präzise analysieren zu können. Gestützt auf diesen Ansatz wird zunächst die „Dokumentation der Vertreibung“, also der Seismograph an sich, vorgestellt. Dazu dienen die stichwortartigen Ausführungen zu den Voraussetzungen, zur Entstehung, zu den Merkmalen und den Ergebnissen des Forschungsvorhabens im ersten, umfangreicheren Teil. Dann wird der Stellenwert der „Dokumentation der Vertreibung“ im Rahmen der bundesdeutschen Erinnerungskultur zu ‚Flucht und Vertreibung‘ beleuchtet. Das soll im zweiten Teil der Ausführungen anhand einer Skizze zur Wirkungsgeschichte der „Dokumentation“ erfolgen. Auf der somit geschaffenen Grundlage werden schließlich im dritten Teil Antworten auf die Frage gegeben, weshalb, wie

jüngst treffend bemerkt wurde, sich das deutsche historische Gedächtnis so „merkwürdig unsicher“ zu ‚Flucht und Vertreibung‘ verhält.

## **II. Die „Dokumentation der Vertreibung“**

Die Quellengrundlage für die „Dokumentation der Vertreibung“ bildet ein Teil der „Ost-Dokumentation“. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von etwa zwei Dutzend Sammlungen des Bundesarchivs. Sie enthalten Selbstzeugnisse aller Art – Erlebnisberichte, Befragungsprotokolle, Tätigkeitsberichte von Amtsträgern – über die Zustände und Ereignisse vorwiegend der Jahre 1930 bis 1947 in den reichsdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße, in den vom Deutschen Reich während des Zweiten Weltkriegs anektierten oder besetzten Gebieten, in den Siedlungsgebieten deutscher Minderheiten in Ost-Mitteleuropa, sowie historisch aufgearbeitete Unterlagen zu diesen Gebieten. Einen Teil der Sammlungen hat das Bundesarchiv Mitte der 1950er Jahre von anderen Archiven, von Institutionen und Einzelpersonen übernommen. Ein anderer Teil geht auf die in amtlichem Auftrag oder vom Bundesarchiv selbst eingeleitete und durchgeführte Sammel-tätigkeit zurück. Die damit betraute Organisationseinheit des Bundesarchivs trug ebenfalls die Bezeichnung „Ost-Dokumentation“ und bestand von 1956 bis 1976.

Innerhalb dieser Sammlungen nimmt der Bestand „Ost-Dok 2“ sowohl unter quantitativem als auch unter qualitativem Gesichtspunkt eine Sonderstellung ein. Er umfaßt neben einer kleineren Zahl anderer Ego-Dokumente rund 11.000 Zeitzeugenberichte und stellt damit die größte Sammlung von einschlägigen Quellen in der Bundesrepublik dar. Darin schildern Einzelpersonen aus sämtlichen Herkunftsgebieten der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ihre Erlebnisse und Erfahrungen während der Zeit der letzten Kampfhandlungen, der Evakuierung und der Flucht, und auch während der Zeit, die sie 1945 und danach unter den Bedingungen der neuen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Heimatort verbracht haben.

Sie schildern die Einweisung in Lager und Gefängnisse, die Verschleppung, Deportation und Ausweisung sowie schließlich die Aufnahme in einer der vier Besatzungszonen Deutschlands. „Ost-Dok 2“ ist kein einheitlicher und auch kein organisch gewachsener Bestand. Er vereinigt eine ganze Reihe von Sammlungen. Sie sind unter unterschiedlichen Voraussetzungen, aus unterschiedlicher Motivation, mit unterschiedlicher Zielsetzung und von verschiedenen Institutionen und auch unabhängig voneinander in einem Zeitraum von gut anderthalb Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden. Das Gros der Berichte stammt vom Ende der 1940er und aus der ersten Hälfte der 1950er Jahre und wurde gezielt für die „Dokumentation der Vertreibung“ gesammelt.

Die Erlebnisberichte sind dem Bedürfnis der Betroffenen entsprungen, die in vielen Fällen von Gewalt begleiteten traumatischen Erfahrungen durch Aussprechen und Niederschreiben zu bewältigen. Sie sind Ausdruck der persönlichen Erinnerung, der Primärerfahrung an ‚Flucht und Vertreibung‘ und zugleich das Ergebnis der Erinnerungsgemeinschaften, die im Kreise der Flüchtlinge und Vertriebenen entstanden sind. Des lebendigen kommunikativen Gruppengedächtnisses haben sich schon in einem frühen Stadium Interessenvertretungen der Flüchtlinge und Vertriebenen ebenso wie politische Entscheidungsträger bedient, um auf dieser Grundlage außen- wie innenpolitisch Rechtspositionen geltend zu machen. Mit einer „Dokumentation über die Ausschreitungen gegen Deutsche im Osten“ in Form eines Weißbuches sollte gegen das ‚Unrecht von Potsdam‘ angekämpft werden. Aus ihrem Entstehungskontext herausgelöst sollten die Berichte als juristische Beweismittel dienen, von denen man sich versprach, daß sie die deutsche Position bei den erwarteten Friedensverhandlungen stärkten.

Damit wurden die Primärerfahrungen an ‚Flucht und Vertreibung‘ dem „sozialen Kurzzeitgedächtnis“ enthoben und in den Dienst politischer Ziele gestellt, was sich mit der Gründung der Bundesrepublik noch verstärkte.

Eine Interessengemeinschaft aus Vertriebenenorganisationen, von im Bundestag vertretenen Parteien und der Bundesregierung war in den vom Kalten Krieg geprägten Anfangsjahren der Bundesrepublik zudem bestrebt, die persönlichen Erfahrungen bezüglich ‚Flucht und Vertreibung‘ in den Rang der öffentlichen Erinnerungskultur zu erheben. Das Anliegen, die Erinnerung an ‚Flucht und Vertreibung‘ zu institutionalisieren, fand seinen Ausdruck in vielfältigen Erscheinungsformen. Nur einige seien erwähnt: Errichtung eines eigenen, vor allem der symbolischen Politikvermittlung dienenden Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen; das 1953 verabschiedete Bundesvertriebenengesetz mit seiner Bestimmung für Bund und Länder, das „Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und des gesamten deutschen Volkes zu erhalten“ und die wissenschaftliche Forschung zu Vertreibung und Eingliederung zu fördern; die offizielle Gedenkkultur der Bundesrepublik zu ‚Flucht und Vertreibung‘; die Einrichtung der genannten Organisationseinheit des Bundesarchivs und nicht zuletzt die Anregung, Finanzierung und Durchführung des größten zeitgeschichtlichen Forschungsvorhabens in den Anfangsjahren der Bundesrepublik – der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. Eine entsprechende Publikation kündigte Bundeskanzler Konrad Adenauer bereits in seiner ersten Regierungserklärung an.

Die „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ war eine regierungsamtliche, geschichtspolitisch motivierte Auftragsarbeit. Sie wurde von einer hochkarätig besetzten, unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission unter der Leitung des Kölner Historikers Theodor Schieder erarbeitet. Ihr gehörten im Laufe der Zeit u. a. mit Hans Rothfels, Werner Conze, Hans Booms, Martin Broszat, Hans-Ulrich Wehler drei Generationen der die deutsche Geschichtswissenschaft prägenden Wissenschaftler an, sowie mit Adolf Diestelkamp ein Archivar und mit Rudolf Laun ein Völkerrechtler. Anders als der ursprüngliche Plan der Regierung, eine Do-

kumentation ausschließlich der Vertreibungsverbrechen erarbeiten zu lassen, also ein klassisches Farbbuch, setzte sich die Kommission zum Ziel, „die Massenausreibung der Deutschen [...] in allen ihren Phasen“, „den Gesamtvorgang der Vertreibung in historischer Treue zu erfassen“, um „der Nachwelt von den ungeheuerlichen Vorgängen im Osten Europas am Ende des Zweiten Weltkriegs authentische Kunde zu tun“. Angesichts des Fehlens herkömmlicher Akten griff man auf „Ersatzquellen“ zurück, die in der Ost-Dokumentation zusammengefaßte Sammlung an Primärerfahrungen. Die Kommission entwickelte eine Methodik zum Sammeln von Erlebnisberichten, die sich deutlich von dem bis dahin praktizierten, allein auf Vertreibungsverbrechen beschränkten Verfahren unterschied. Außerdem entwickelte die Kommission ein eigenes Verfahren zur Auswertung der Berichte. Anhand formaler Kriterien wurden die Berichte authentifiziert, ihre Echtheit wurde geprüft; inhaltliche Kriterien bildeten die Grundlage für deren Verifizierung, d. h. ihre Glaubwürdigkeit wurde festgestellt; und schließlich entschied die faktische Aussagekraft der Berichte im Hinblick auf den Gesamtvorgang des Vertreibungsgeschehens über deren Verwendbarkeit. Mit einem solchen Verfahren meldete die Kommission, ihrem wissenschaftlichen Selbstverständnis entsprechend, Zweifel an der Geltung der in den Berichten enthaltenen Aussagen an. Die Primärerfahrung der Zeitzeugenberichte wurde kritisch hinterfragt und damit wissenschaftlich „diszipliniert“.

Die so ermittelten „historischen Tatsachen“ – persönliche Einschätzungen und Gefühlsäußerungen wurden dem Ziel der Publikation entsprechend bewußt herausgefiltert – flossen in die fünf Publikationen (im wesentlichen Quellenbände) zu den Gebieten östlich der Oder und Neiße, zu Ungarn, Rumänien, zur Tschechoslowakei, zu Jugoslawien und in die drei Tagebuchaufzeichnungen beinhaltenden Beihefte ein. Vier der Hauptbände wurden in gekürzten Ausgaben auch auf Englisch veröffentlicht. Die Kommission lieferte aber nicht nur Quelleneditionen zu ‚Flucht und Ver-

treibung‘ aus den einzelnen Gebieten und Staaten. Sie verknüpfte auch die Aussagen der Berichte untereinander und diese wiederum mit den spärlichen amtlichen Quellen. Beide ordnete sie in den zeitgenössischen Kontext ein und bot damit Erklärungen für die Ursachen, Voraussetzungen, den Ablauf und die Folgen von ‚Flucht und Vertreibung‘ an, die in den Zeitzeugenberichten weitgehend fehlen. Die Ergebnisse dieses Deutungsangebots fanden ihren Niederschlag in den von Band zu Band immer umfangreicheren, den Quelleneditionen vorgeschalteten wissenschaftlichen Darstellungen. Darin setzte sich die Wissenschaftliche Kommission mit der Geschichte der jeweiligen deutschen Minderheit in ihrem nationalstaatlichen Kontext auseinander, vor allem auch mit der spezifischen Ausprägung ihrer Geschichte in der Zwischenkriegs- und NS-Zeit bis hin zu der Entwicklung nach 1945 und der Stabilisierung der kommunistischen Systeme in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und Vertriebenen.

Das natürliche Spannungsverhältnis zwischen Primärerfahrung und Wissenschaft wurde im Rahmen der „Dokumentation der Vertreibung“ dadurch aufgelöst, daß die Zeitzeugenberichte einer quellenkritischen Beurteilung unterzogen wurden. Das Erlebte wurde in Erkenntnis umgewandelt. Aber gerade mit den so methodisch abgesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen, insbesondere mit der historischen Einordnung von ‚Flucht und Vertreibung‘ in den Kontext der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts erntete die Wissenschaftliche Kommission massiven Widerspruch von Seiten der Vertriebenenverbände. Deren scharfe und nachhaltige Kritik konnte die Wissenschaftliche Kommission nur mit Hilfe der schützenden Hand des Bundesvertriebenenministers Theodor Oberländer abwehren. In Widerspruch geriet die Wissenschaftliche Kommission auch mit dem Auftraggeber der Dokumentation. Anders als von der Regierung erwartet, bestätigten die von der Kommission gelieferten Darstellungen zu ‚Flucht und Vertreibung‘ nicht die regierungsamtlich propagierte Erinnerungskultur, in der die ausgewiesene deutsche Bevölkerung als bloßes Op-

fer einer angeblich voraussetzungslosen ‚Flucht und Vertreibung‘ angesehen wurde. Im Gegenteil: Dem Totalitarismus-Ansatz verpflichtet interpretierte die Wissenschaftliche Kommission ‚Flucht und Vertreibung‘ als Teil einer langen Kette von Zwangsmigrationen in der europäischen Geschichte, für die die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats eine wesentliche Triebfeder bildete. Diese, seit dem 19. Jahrhundert vom Nationalismus genährte Kette reichte von den Umsiedlungen während des ersten und zweiten Balkankriegs, den Bevölkerungsverpflanzungen als Folge des Ersten Weltkriegs, dem 1923 in der Konvention von Lausanne bestätigten griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch, den Umsiedlungen im sowjetischen Bereich und auch der nationalsozialistischen Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik bis hin zu den Umsiedlungen am Ende des Zweiten Weltkriegs. In diesen größeren Zusammenhang wurden ‚Flucht und Vertreibung‘ der Deutschen eingeordnet, für die als zusätzliche Faktoren mit katalytischer Wirkung die nationalsozialistische Umsiedlungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik sowie die neue globale und europäische machtpolitische Konstellation am Ende des Zweiten Weltkriegs gesehen wurden.

Ein solches multikausales, einem stereoskopischen, wissenschaftlichen Blick verpflichtetes Interpretationsmodell stand nicht nur im Widerspruch zur Primärerfahrung der Erlebnisberichte. Es war auch unvereinbar mit der keine Mehrdeutigkeiten duldenden, von der Regierung – flankiert von den Vertriebenenverbänden – vertretenen offiziellen bundesrepublikanischen Erinnerungskultur zu ‚Flucht und Vertreibung‘ in den 1950er Jahren. Die daraus resultierende Deutungskonkurrenz zwischen regierungsamtlicher Erinnerungskultur und wissenschaftlicher Zeitgeschichtsschreibung entschieden die Auftraggeber der ‚Dokumentation der Vertreibung‘ letztendlich für sich. Hatten sie, anders als ursprünglich geplant, zugestimmt, nicht nur die an Deutschen während der Vertreibung begangenen Verbrechen, sondern den Gesamtvorgang von ‚Flucht und Vertreibung‘ zu dokumentieren, so ging ihnen die von der Wissenschaftlichen Kommission vorge-

nommene Kontextualisierung von ‚Flucht und Vertreibung‘ entschieden zu weit. Die Folge: Der von Anfang an geplante sechste und letzte Band der ‚Dokumentation der Vertreibung‘, in dem die skizzierte Kontextualisierung von ‚Flucht und Vertreibung‘ einschließlich der nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Umsiedlungspolitik vorgenommen wurde, ist, obwohl er weitestgehend fertiggestellt war, nicht mehr erschienen. Aber nicht nur der Gegensatz von offizieller Erinnerungskultur und wissenschaftlichen Erkenntnissen verhinderte das Erscheinen des Bandes. Es gab noch weitere Gründe – persönliche, wissenschaftliche, gesellschaftliche –, von denen hier nur auf einen näher eingegangen werden soll.

Der Band ist auch deshalb nicht erschienen, weil seine Fertigstellung von dem sich gewandelten Verhältnis der bundesdeutschen Gesellschaft und auch der deutschen Geschichtswissenschaft zur NS-Zeit in den Schwellenjahren um 1960 eingeholt wurde. Der bis dahin in der offiziellen Erinnerungskultur der Bundesrepublik gepflegte Opferdiskurs – Deutsche als Opfer Hitlers und des „alliierten Unrechts von Potsdam“ – verwandelte sich spätestens seit dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß von 1958 und der Errichtung der „Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg in einen Täterdiskurs. Deutsche wurden in zunehmendem Maß als „Täter“ gesehen. Die während des Nationalsozialismus von Deutschen begangenen Verbrechen stellten von nun an jene an Deutschen während der Vertreibung begangenen in den Schatten. Der Holocaust wurde zum Flucht- und Bezugspunkt auch für die Einschätzung und Auseinandersetzung mit ‚Flucht und Vertreibung‘. Ein rigoroser Dualismus von Nationalsozialismus und Holocaust einerseits und ‚Flucht und Vertreibung‘ andererseits, der in der ‚Dokumentation der Vertreibung‘ im Ansatz wissenschaftlich überwunden worden war, bestimmte fortan die politische, öffentliche und, soweit sie sich mit ‚Flucht und Vertreibung‘ überhaupt noch beschäftigte, auch die zeitgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik. Der Seismograph „Dokumentation der Vertreibung“ liefert dafür präzise

und aussagekräftige Daten. Lediglich einige davon sollen vorgestellt werden.

### **III. Wirkensgeschichte**

Ein Verkaufserfolg wurden die schwarzen, mit einem weißen Umschlag versehenen Bände nicht, sollten sie den Planungen des Bundesvertriebenministeriums folgend auch gar nicht werden. Die Hälfte der zwischen acht- und zehntausend Exemplare starken Auflagen der einzelnen Bände wurde kostenlos wissenschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen des In- und Auslands zur Verfügung gestellt. Im Bundesinnenministerium, auf das die Zuständigkeit für die „Dokumentation der Vertreibung“ nach der 1969 erfolgten Auflösung des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte übergegangen ist, wurde 1975 kurz und bündig resümiert: „Es hat sich gezeigt, daß die ‚Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa‘ aus den Jahren 1952 bis 1961 weitgehend unbekannt ist bzw. geblieben ist.“ Für diese Einschätzung spricht der Umstand, daß selbst das zuständige Ministerium falsche Angaben zu den Erscheinungsjahren der „Dokumentation der Vertreibung“ machte. Eine Ausnahme bildet es damit aber nicht. Bis heute wird die Publikation in den allermeisten Fällen nicht mit den richtigen Erscheinungsjahren angeführt, auch in wissenschaftlichen Publikationen nicht. Sicher noch schwerer als ein solches „bibliographisches Versehen“ wiegt ein anderes Argument, das gegen die Verbreitung der „Dokumentation der Vertreibung“ und auch gegen eine breite Rezeption spricht. Bis zum Jahr 2000 lagerten im Bücherdepot des Bundesministeriums des Inneren noch Hunderte von originalverpackten Exemplaren einzelner Bände der Reihe. Die Zahl der jeweils vorhandenen Bände ist ein deutliches Indiz für die unterschiedliche zeitgenössische Kritik, die die einzelnen Bände erfahren hatten.

Weitaus größer war der publizistische Erfolg und damit die Verbreitung, den insbesondere eines der drei Beihefte der „Dokumentation der Vertrei-

bung“ verbuchte. An der Jahreswende 1961/62 führte „Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen 1945-1947. Aufzeichnungen von Hans Graf von Lehndorff“ die Bestsellerliste des deutschen Buchhandels an, allerdings nicht als Reihentitel der „Dokumentation der Vertreibung“. Der Biederstein Verlag hatte gleich nach der Erstveröffentlichung die Lizenz für den Band erworben und ihn unter dem neuen, verkaufsfördernden Titel „Ostpreußisches Tagebuch“ aufgelegt. Noch im Erscheinungsjahr wurde das Buch in der zehnten Auflage mit insgesamt fast 200.000 Exemplaren gedruckt. Englische, finnische, niederländische, italienische, französische und schwedische Ausgaben des Bandes erschienen zwischen 1963 und 1965. Damit wurde der bis heute andauernde Erfolg von Graf Lehndorffs Bericht eingeleitet. Derzeit ist der Band in der 21. Auflage von Beck und in der 25. Auflage von dtv im Buchhandel erhältlich. Daß es sich dabei um das dritte Beiheft der „Dokumentation der Vertreibung“ handelt, ist weitgehend in Vergessenheit geraten.

Auf die „Dokumentation der Vertreibung“ geht eine weitere Publikation zurück, die ein Eigenleben entwickelt hat. Sie trägt den Titel „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen“. Mit ihr wurde das Anliegen wieder aufgegriffen, das die Bundesregierung schon 1949 anvisiert hatte. Im Zusammenhang mit der juristischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen brachten CDU und CSU den Vorschlag in die parlamentarischen Debatten zu ‚Flucht und Vertreibung‘ ein, auch die während der Vertreibung an Deutschen begangenen Verbrechen zu dokumentieren. Die Dokumentation sollte als Grundlage dienen, um unter Umständen juristische Ermittlungen gegen Verantwortliche einzuleiten. 1969 einigte sich die Große Koalition darauf, eine solche Dokumentation erarbeiten zu lassen. Sie war nur für den internen Gebrauch bestimmt und sollte nicht veröffentlicht werden. Der 1974 vom Bundesarchiv vorgelegte Bericht fußt auf den Zeitzeugenberichten der Ost-Dokumentation und der „Dokumentation der Vertreibung“. Obwohl er im Vergleich zur „Dokumentation der Vertrei-

bung“ keine neuen Erkenntnisse brachte – daß er die Zahl der Todesopfer deutlich geringer ansetzte, wurde geflissentlich übersehen –, bildete der Bericht den Ausgangspunkt langer und heftiger parteipolitischer Auseinandersetzungen zu ‚Flucht und Vertreibung‘.

CDU und CSU bestanden trotz des anderslautenden Beschlusses auf einer Veröffentlichung. Sie versprachen sich davon Munition gegen die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Die Regierung wiederum wollte unter allen Umständen das zarte Pflänzchen Ostpolitik vor zusätzlichem rauhen außenpolitischen Gegenwind schützen und verweigerte, sich auf den formalen Beschluß stützend, eine Veröffentlichung. Durch eine von der Opposition bewußt herbeigeführte Indiskretion wurde der Bericht einem dem konservativen Lager gewogenen Verleger zugespielt. Er veröffentlichte den Bericht 1975 als Raubdruck unter dem Titel „Verbrechen an Deutschen. Die Opfer im Osten. Endlich die Wahrheit, die Bonn verschweigt.“ Die von der Opposition gewünschte Breitenwirkung erhielt der Bericht jedoch erst durch ein anderes Medium. 1979, kurze Zeit nach Ausstrahlung der Holocaust-Serie wurde auf der Grundlage des Raubdrucks in der Fernsehserie „Report“ ein Bericht über die Verbrechen, die bei Kriegsende an Deutschen verübt wurden, ausgestrahlt. Er sorgte für großes Aufsehen und bescherte dem Raubdruck eine zweite und dritte Auflage. Anders als erwartet, ebnete auch der Regierungswechsel 1982 nicht sofort den Weg zur Veröffentlichung des Berichts. Erst 1989 sollte er zusammen mit anderen vom Bundesarchiv verfaßten Texten mit offizieller Genehmigung in einer Publikation der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ erscheinen.

Die seit Anfang der 1980er Jahre neue machtpolitische Konstellation in Bonn hatte zunächst zu Plänen geführt, den Bericht des Bundesarchivs zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges zu veröffentlichen. Als sich dieses Vorhaben an politischen Überlegungen zerschlug, wurden 1984

kurzerhand die Hauptbände der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ vom Deutschen Taschenbuch Verlag neu aufgelegt, dieses Mal mit größerem Erfolg als bei der Erstauflage. Dazu hatte neben einem neuen Umschlag auch das gestiegene öffentliche Interesse an der Thematik beigetragen. In Folge des politischen Umbruchs in Europa und der deutschen Vereinigung legte der Weltbild Verlag 1993 und 1994 eine Sonderausgabe der „Dokumentation der Vertreibung“ auf. Bis auf den Umschlag, ein Vorwort und eine neue Bandzählung ist sie identisch mit der Originalausgabe. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts erreichten die neuen Medien auch die „Dokumentation der Vertreibung“. Im Verlag United Soft Media erschien eine DVD und ein CD-ROM Paket mit dem Titel „Gegen das Vergessen. Die große Flucht. Umsiedlung, Vertreibung und Integration der deutschen Bevölkerung“. Sie beinhaltet neben den Bildern einer Fernsehdokumentation des Zweiten Deutschen Fernsehens zu ‚Flucht und Vertreibung‘ auch den Text der Hauptbände der „Dokumentation der Vertreibung“. Schließlich brachte der Deutsche Taschenbuch Verlag 2004, rechtzeitig zum bevorstehenden 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, eine weitgehend unveränderte Neuauflage der „Dokumentation der Vertreibung“ heraus. Auf einen einleitenden Kommentar zu den nun mehr als 50 oder über 40 Jahren alten Publikationen wurde verzichtet, weil, so der Verlag, „die Dokumente für sich sprechen“.

Die Neuauflagen der „Dokumentation der Vertreibung“ machen deutlich, daß die Publikation ihre Verbreitung in erster Linie den bereitgestellten Zeitzeugenberichten verdankt. Auch in der nach wissenschaftlichen Kriterien „gefilterten Form“ haben die individuellen Schilderungen von ‚Flucht und Vertreibung‘ bis heute ihre Wirkung nicht verloren. Dieser vielstimmige und zugleich doch einem Motiv – ‚Flucht und Vertreibung‘ – verpflichtete Chor individueller Perspektiven war es und ist es noch immer, der Interesse findet. Der eingeschränkte Blick der persönlichen Erfahrungen erlaubt es, das eigene Leid zu thematisieren, ohne nach den Ursachen fragen

zu müssen. Dagegen ist die Einordnung von ‚Flucht und Vertreibung‘ in den Zusammenhang der deutschen und europäischen Geschichte sowie der Zwangsmigrationen des 19. und 20. Jahrhunderts, wie sie im Rahmen der „Dokumentation der Vertreibung“ ansatzweise vorgenommen worden ist, kaum rezipiert worden und immer umstritten geblieben.

#### **IV. Folgen**

‚Flucht und Vertreibung‘ blieb in der Bundesrepublik, daran läßt die Geschichte der „Dokumentation der Vertreibung“ keinen Zweifel, trotz aller Anstrengungen und Bemühungen von Seiten der Interessenverbände, der Politik und zeitweilig auch der zeitgeschichtlichen Forschungsgruppen- und trügerspezifisch verankert. Auch die noch so intensiven und breiten, offiziellen geschichtspolitischen Bemühungen haben es bis zum Ende des letzten Jahrhunderts nicht vermocht, ‚Flucht und Vertreibung‘ über die Stufe des kommunikativen Gedächtnisses zu heben. Daß es, wie anhand der Geschichte der „Dokumentation der Vertreibung“ deutlich geworden ist, trotz der vielfältigen und nachhaltigen Versuche nicht gelungen ist, ‚Flucht und Vertreibung‘ einen Platz im deutschen kulturellen Gedächtnis zu sichern, ist auf ein ganzes Bündel von Ursachen zurückzuführen, von denen hier lediglich drei angesprochen werden sollen.

Erstens war die Diskussion über ‚Flucht und Vertreibung‘ eine im wesentlichen von politischen Argumenten getragene, stark polarisierte Auseinandersetzung. Dabei hatten außen- und deutschlandpolitische Gesichtspunkte zur Folge, daß die Debatte fast ein halbes Jahrhundert auf dem Stand verharrte, der ihren Ausgangspunkt gebildet hatte: eine von einem rechtlichen Standpunkt bestimmte Position, welche durch die Blocksituation in Europa nach 1945 bedingt war und von ihr ihre andauernde Rechtfertigung erhielt.

Damit eng verbunden ist zweitens eine nicht zu unterschätzende spezifisch deutsche, innenpolitische Entwicklung. Die Vergangenheitsbewältigung in

der Bundesrepublik beschränkte sich seit den Schwellenjahren um 1960 auf die Erforschung und den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie war seither auch der Bezugspunkt für den Umgang mit dem Vertreibungsgeschehen. Dieser Bezug wurde aber in der politischen Diskussion auf eine Kausalbeziehung zwischen NS-Verbrechen und den Vertreibungs-Verbrechen reduziert. Die Folge: Der parteipolitisch instrumentalisierte Vertreibungskomplex wurde nicht oder nur einseitig in der bundesdeutschen Erinnerungskultur verankert. ‚Flucht und Vertreibung‘ blieben das Thema einer partiellen, von rechtlichen Gesichtspunkten bestimmten Erinnerungskultur der Betroffenen.

Aber nicht allein diese Faktoren haben, wie Dan Diner es formulierte, das Gedächtnis neutralisiert. Auch die deutsche zeitgeschichtliche Forschung hat Anteil daran, weil sie ihrer Aufgabe, kritische Aufklärungsarbeit zu leisten, in diesem Bereich äußerst unzulänglich nachgekommen ist. Seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die deutsche Zeitgeschichte von der Erforschung des Komplexes ‚Flucht und Vertreibung‘ verabschiedet. Nur einige Indizien dafür sollen anhand des hier vorgestellten Beispiels erwähnt werden. Die „Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa“ blieb unvollendet. Der umfangreiche Quellenfundus der Ost-Dokumentation war seither kein Thema der Forschung mehr. Untersuchungen zu Einzelaspekten des Themenkomplexes wurden gelegentlich und erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder durchgeführt. Im Unterschied zur Erforschung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen insbesondere auf regionaler Ebene ist die Zahl der Studien zu ‚Flucht und Vertreibung‘ äußerst gering. Dieses Defizit wird mittlerweile durch einschlägige Studien in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn oder transnationale Kooperationsprojekte kompensiert. Aber das im Ergebnisband der „Dokumentation der Vertreibung“ angestrebte breite Panorama, das unter der Leitidee der Völkerverschiebungen in der Neuzeit Europas stand,

ist trotz einzelner neuer Ansätze bis heute ein Desiderat der Forschung geblieben.

Eine Gesamtdarstellung von ‚Flucht und Vertreibung‘ gibt es nach wie vor nicht. Neuauflagen der „Dokumentation der Vertreibung“ können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie offenbaren gerade in der gegenwärtigen Diskussion um ‚Flucht und Vertreibung‘ diese große Lücke um so schmerzhafter. Im wesentlichen steht die Forschung heute noch vor der Aufgabe, vor der die „Dokumentation der Vertreibung“ Anfang der 1960er Jahre stand: ‚Flucht und Vertreibung‘ aus der monokausalen Beziehung zur nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik zu lösen, ‚Flucht und Vertreibung‘ in den Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen, in den beide Komplexe gehören, und damit eine ihrer gemeinsamen Wurzeln, die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats, offen zu legen. Erst wenn diese Zusammenhänge zum politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Gemeingut geworden sind, werden die Voraussetzungen gegeben sein, daß sich das deutsche historische Gedächtnis nicht mehr so „merkwürdig unsicher“ zu ‚Flucht und Vertreibung‘ verhält. ■

## **Literatur**

Beer, Mathias: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345-389. – Ders.: Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hintergründe – Entstehung – Ergebnis – Wirkung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50 (1999), S. 99-117. – Ders: Der „Neuanfang“ der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. In: Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1999, S. 274-301. – Ders: Die Ostdokumentation. Zur Genesis und Methodik der größten Sammlung biographischer Zeugnisse in der Bundesrepublik. In: Kalinke, Heinke (Hg.): Brief, Erzählung, Tagebuch. Autobiographische Dokumente als Quellen zur Kultur und Geschichte der Deutschen in und aus dem östlichen Europa, Freiburg 2000, S. 23-50. – Ders: Verschlussache, Raubdruck, autorisierte Fassung. Aspekte der politischen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989). In: Pesek, Jiri/Holec, Roman/Cornelißen, Christoph (Hg.): Krieg, Diktatur, Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland nach 1945, Essen 2005, S. 369-401. – Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Werner Conze/Adolf Diestelkamp/Rudolf Laun/Peter Rassow und Hans Rothfels, bearbeitet von Theodor Schieder. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. 5 Bde., 3 Beihefte, Ortsregister, Bonn 1953-1962. – Bd. I,1-2: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bonn 1953. Bd. I,3: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955, Bonn 1960. Bd. II: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, Bonn 1956. Bd. III: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, Bonn 1957. Bd. IV,1-2: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien, Bonn 1961. 1. Beiheft: Ein Tagebuch aus Pommern 1945-1946. Aufzeichnungen von Käthe Normann, Bonn 1955. 2. Beiheft: Ein Tagebuch aus Prag 1945-1946. Aufzeichnungen von Margarethe Schell, Bonn 1957. 3. Beiheft:

Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen. Aufzeichnungen von Hans Graf von Lehndorff, Bonn 1960. Ortsregister, Bonn o.J. [1962]. Ndr. der Hauptreihe München (dtv) 1984, Augsburg (Weltbild Verlag) 1993 und 1994, München 2004. – Gegen das Vergessen. Die große Flucht. Umsiedlung, Vertreibung und Integration der deutschen Bevölkerung. [CD-ROM] München 2003. – Hahn, Eva und Hans Henning: Flucht und Vertreibung. In: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1. München 2001, S. 335-351. – Hockerts, Hans Günter: Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft. In: Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt. Frankfurt am Main, New York 2002, S. 39-73. – Krallert-Sattler, Gertrud: Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und der Schweiz, Wien 1989. – Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Hrsg. von der Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen, Bonn 1989.



# **Vertreibung aus der Erinnerung?**

## **Der alte deutsche Osten und die „neue Ostpolitik“ in den 1960er und 1970er Jahren**

---

*Manfred Kittel*

Die Schlesier und die Ostpreußen würden „zunehmend aus der deutschen Geschichte exkommuniziert“; zu den Gebieten jenseits von Oder und Neiße bestehe „im deutschen Geschichtsbewußtsein gar kein Verhältnis mehr“. Mit diesen Worten zog der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Herbert Hupka, 1982 gleichsam eine erinnerungspolitische Bilanz der zu Ende gehenden sozialliberalen Regierungszeit. Ähnliche Verdrängungsbefunde haben aber keineswegs nur konservative Politiker erstellt, sondern auch Wissenschaftler unterschiedlichster Prägung. Der angesehene Historiker Alfred Heuß etwa äußerte sich noch drastischer über die Be-

wußtseinslücke der Bundesdeutschen in bezug auf den historischen deutschen Osten. Kaum jemand sei sich doch der Folgen der Vertreibung bewußt, eines Phänomens, „das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung ‚Phylozyd‘“ belegen müßte: Stammesmord. Denn es gebe seitdem „keine Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Sudetendeutsche mehr“ und ihre Sprachen „haben aufgehört zu existieren“. Auch SPD-nahe Historiker haben zumindest davon gesprochen, daß die Vertreibung seit den 1960er Jahren „immer mehr aus dem kollektiven Bewußtsein verdrängt und lediglich als Sache der Betroffenen angesehen worden“ sei. Aber kann man das wirklich so sagen?

Fragen wir uns vielleicht zunächst: Wie entsteht überhaupt das „kollektive Gedächtnis“ einer Nation. Der französische Soziologe und Philosoph Maurice Halbwachs würde sinngemäß antworten: Jede Gesellschaft konstruiert sich die Vergangenheit, die sie für ihr Selbstbild braucht, und zwar je nach den Anforderungen der Zeit in verschiedener, sich unter Umständen sehr stark wandelnder Weise, bei Bedarf auch auf dem Wege von „Ausblendungen, Schnitten und Projektionen ...“. Bezogen auf die Erinnerung an die Vertreibung hieße das: Während des existenzbedrohenden Kalten Krieges gegen den kommunistischen Sowjetblock – und das bedeutete eben auch: gegen die Hauptopfer des NS-Rassenwahns und zugleich gegen die Haupttäter der Vertreibung – bestand in der Bundesrepublik politischer Anlaß, die (ost-) deutschen Leiden und Opfer herauszustreichen, die von Deutschen selbst an „Fremden“ im Osten begangenen Verbrechen dagegen nicht so sehr in den Mittelpunkt zu rücken. Dazu gehörte es prinzipiell auch, die nach wie vor beanspruchten, von Polen und der UdSSR nur „verwalteten“ Ostgebiete des Deutschen Reiches so gut wie möglich im kollektiven Gedächtnis der Nation zu bewahren. Zwischen jener ersten Phase ostdeutscher „Vergangenheitsbewältigung“ in der kältesten Zeit des Kalten Krieges, in den 1950er Jahren, und der dann folgenden Phase, in den zunehmend von

„Entspannungspolitik“ geprägten 1960er- und vor allem 1970er Jahren, gibt es offensichtlich einen qualitativen Unterschied.

Man muß dabei aber, mehr als das bisher geschieht, klar zwischen den 1960er und den 1970er Jahren unterscheiden. Erinnerungskulturell waren das zwei ganz verschiedene Komplexe. Für die 60er Jahre, so wird man sagen können, ist die These von der „Vertreibung aus der Erinnerung“ wohl kaum zu halten. Gewiß, das ostpolitische Klima in der bundesdeutschen Gesellschaft begann sich damals, nach dem Bau der Berliner Mauer, tiefgreifend zu wandeln, und viele machten nun Anstalten, sich geistig im Status quo einzurichten. Ich nenne nur den Verleger von *Zeit* und *Stern*, Gerd Bucerius. Nach schweren Zerwürfnissen mit dem alternden Kanzler Adenauer und der CDU hatte er 1962 sein Bundestagsmandat niedergelegt und die CDU verlassen. Was danach geschah, liest sich in einem – sehr zugespitzten – Rückblick des *Deutschen Ostdienstes* wie folgt: „Er [Bucerius, M.K.] und kein anderer befahl ‚Stern‘ und ‚Zeit‘ im Jahre 1962 den Kurswechsel von rechts nach links ... Das gilt auch für die Kehrwendung dieser Blätter in der Deutschland- und Vertriebenenpolitik ...“. Die „flinken Lehrlinge der Nannen-Schule“ spurteten in jenen Jahren gen Osten und brachten die Kunde, „daß die Vertriebenen besser daran täten, auf Rückkehr zu verzichten, bei den Fleischtöpfen der Bundesrepublik zu verbleiben“ und die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen.

Falsch an dieser Sicht ist die Fixierung auf das Jahr 1962, tatsächlich begann das Umdenken, nicht nur bei Bucerius, schon früher, Ende der 50er Jahre. Zutreffend aber ist, daß die Vertriebenen nun in *Stern* und *Zeit*, und nicht nur dort – sagen wir es vornehm – rasch zu einer Art Lieblingsgegner wurden. Und für den *Spiegel* waren sie das schon länger gewesen. So charakterisierte etwa „Telemann“, der Fernsehkritiker des *Spiegel*, nach einer Sendung im Mai 1960 den dort aufgetretenen langjährigen Vorsitzenden der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft Baron Manteuffel-Szoege mit

den Worten: Diesem seien „in Hinterpolen mehr Hektar Land enteignet worden ..., als seine Bauern Läuse auf dem Kopf hatten“. Auch andere mediale Plädoyers für eine neue Ostpolitik enthielten diese – manchmal fast hämisch wirkende – Distanz gegenüber der deutschen Geschichte im Osten Europas. Und daß dies gesellschaftlich folgenlos geblieben wäre, läßt sich schwerlich behaupten. So mancher, der in diesen Jahren die Schulbank drückte, erinnert sich eines Studienrates, der sein Urteil über die Vertreibungsgebiete vor allem aus einem Hamburger Nachrichtenmagazin bezog.

Einflußreicher aber noch war sicher das neue, faszinierende Medium Fernsehen. Dort fochten sozialliberale Journalisten in Dutzenden Sendungen, nicht nur im WDR und HR, oft genug übrigens auch im Bayerischen Rundfunk, vehement für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Wie abenteuerlich mitunter argumentiert wurde, dokumentiert eine NDR-Sendung aus dem Jahr 1968, nachdem de Gaulle die ober-schlesische Stadt Hindenburg als die „polnischste aller polnischen Städte“ titulierte hatte. Zustimmung hieß es dazu im NDR, die Deutschen hätten in Hindenburg tatsächlich nichts verloren, schließlich sei die Stadt erst in den 1740er Jahren von den Preußen erobert worden.

Sicher muß man andererseits sehen, daß es auch eine Marion Gräfin Dönhoff gab, die Ostpreußerin, die noch 1962 ein bewegendes Erinnerungsbuch („Namen, die keiner mehr nennt“) vorgelegt hatte. In der *Zeit*, deren politisches Ressort sie verantwortete, zeigte sie sich ebenfalls immer wieder darum bemüht, daß der prinzipiell notwendige ostpolitische Wandel nicht allzu viele erinnerungskulturelle Kollateralschäden anrichtete. Realiter aber trat oft genau dieses ein. Als besonders wichtiges Beispiel genannt sei zumindest noch die berühmte Ostdenkschrift der EKD aus dem Jahr 1965. Als ob es nicht genug andere Argumente für eine Respektierung der Oder-Neiße-Linie gab, strapazierte die Denkschrift auch noch die historisch ziemlich schiefe These von der polnischen Westverschiebung als bloße

Kompensation für den Gebietsverlust im Osten. Churchills Streichhölzer aus Teheran ließen schön grüßen. Tatsächlich aber waren aus den deutschen Ostgebieten fünfmal so viele Menschen vertrieben worden wie aus den polnischen. Und wie wollte man – mit dem SPD-Vertriebenenpolitiker Wenzel Jaksch zu reden – überhaupt „glaubhaft machen, daß die dünnbesiedelten Prypetsümpfe gegen das blühende Schlesien eingetauscht werden mußten“? Die EKD-Denkschrift zeigt ebenso wie die oben genannten Beispiele: Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß wichtige Teile der Gesellschaft, der Medien, auch der intellektuellen Milieus, bereits in den 60er Jahren eine Tendenz erfaßte, die Geschichte des „deutschen Ostens“ und seines Untergangs entspannungspolitisch zu deuten und dabei nötigenfalls auch polnisch- oder tschechisch-nationale Argumente einseitig aufzugreifen.

Dennoch sah das Gesamtbild der Erinnerungskultur noch sehr ambivalent aus. Zum einen wegen der auflagenstarken Springer-Presse, die ostpolitisch deutlich dagegen hielt; vor allem aber deshalb, weil in den 60er Jahren noch beide große Volksparteien, CDU/CSU wie SPD, meinten, die Millionen Stimmen der Heimatvertriebenen nur gewinnen zu können, wenn sie auch ein enges Verhältnis zu deren Organisationen pflegten. Es galt ja, sich die Erbmasse u. a. des Blockes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) zu sichern, der nach der erfolglosen Fusion mit der Deutschen Partei 1961 weiter zerfiel. Und dabei schien die SPD – es waren die Jahre nach ihrer Wende von Bad Godesberg – die CDU anfangs auf der rechten Spur überholen zu wollen. Welch weiten Weg die SPD aber dann innerhalb dieser Dekade des ostpolitischen Übergangs zurücklegte, das läßt sich schon an zwei, drei markanten Ereignissen aufzeigen: Ich nenne die Rede zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auf dem Nürnberger SPD-Parteitag 1968, gehalten von eben jenem Willy Brandt, der noch 1961 auf dem Schlesiertag Kanzler Adenauer die Schau gestohlen hatte, indem er persönlich an der Spitze der Berliner Schlesierjugend unter wehenden Fahnen auf

das Kundgebungsfeld marschiert war. Oder jenes berühmte SPD-Grußwort an die Vertriebenen aus dem Jahr 1963, in dem es dramatisch hieß: „Verzicht ist Verrat“ – übrigens ohne daß man das damals schon als unglückliche Assoziation an Weimarer Kampagnen gegen linke „Erfüllungspolitik“ empfunden hätte. Die Haltung der Parteien, eingeschlossen die FDP des Oberschlesiers Erich Mende, sorgte noch dafür, daß zentrale erinnerungskulturelle Maßnahmen, wie sie in der Gründerzeit der Bundesrepublik beschlossen worden waren, während der gesamten 60er Jahre unverändert Bestand hatten: vom Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetzes über die ostkundlichen Empfehlungen für den Unterricht bis hin zu den Richtlinien des Städte- und des Landkreistages in bezug auf Patenschaften für ostdeutsche Regionen.

Erst nach 1969 sind diese Fundamente teilweise untergraben worden. Kein Wunder, denn zwischen den Parteien der SPD/FDP-Koalition und den Vertriebenenverbänden herrschte im Streit um die operative Umsetzung der „neuen Ostpolitik“, vor allem um Moskauer und Warschauer Vertrag, zeitweilig geistiger Kriegszustand. Manche Parolen von der rechten Peripherie der Landsmannschaften – Gefängnisstrafen für Verzichtspolitiker etc. – atmeten nationalistischen Geist; was dagegen die Politik der meisten ihrer demokratisch gewählten Sprecher angeht, so ist eines doch bei unvoreingenommener Würdigung unübersehbar: Auf dem Wege der sozialliberalen Ostpolitik wurde den Vertriebenen eine extreme Steilkurve angesonnen. Was mindestens bis 1965 zu der von allen Parteien gemeinsam getragenen politischen Kultur gehört hatte: den Verzicht auf die Ostgebiete und das Heimatrecht als Verrat zu brandmarken, eben diese Position galt schon fünf Jahre später, 1970, plötzlich als moralisch vollständig verwerflich, politisch inkorrekt, ja rechtsradikal. Kann man den Opfern der Vertreibung und ihren demokratisch legitimierten Sprechern tatsächlich einen Strick daraus drehen, so frage ich mich, daß sie nicht in der Lage waren, in demselben Tempo entspannungspolitisch umzudenken wie der übrige, größere Teil der

bundesdeutschen Gesellschaft, dem das Schicksal des Heimatverlustes erspart geblieben war?

Daß die sozialliberale Regierung den renitenten Landsmannschaften den Geldhahn zudrehte, das mochte machtpolitisch nachvollziehbar sein – erinnerungskulturell produktiv aber war das alles nicht. Ganz im Gegenteil: Viele, viele Zeitgenossen, nicht nur im sozialliberalen Milieu, meinten nun, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, indem sie – mit Hartmut Bookmann zu reden – „die Geschichte Ostdeutschlands leugneten“, Breslau nur noch Wroclaw nannten, Patenschaften für Landsmannschaften aufkündigten bzw. einschlafen ließen oder bei den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen politische Konzessionen zu Lasten historischer Fakten machten. Wie stark dieser Zeitgeist war, erhellt vielleicht am besten daraus, daß selbst die Jugendorganisation der Vertriebenen, die Deutsche Jugend des Ostens (DJO), sich 1974 veranlaßt sah, einen neuen Namen zu erfinden. Künftig firmierte sie als „DJO – Deutsche Jugend in Europa“, um die „neuen Perspektiven“ der Wiederbegegnung mit den Völkern Osteuropas ganz in den Mittelpunkt zu rücken.

Für den Fortgang der Erinnerungskultur war es entscheidend, daß Vertriebenenpolitiker nicht nur an den deutschen Rechtspositionen prinzipiell festhielten, an den Grenzen von 1937; dazu war man als verfassungstreuer Bürger bis 1990 – infolge der Karlsruher Urteile zu den Ostverträgen – ohnehin verpflichtet. Der BdV-Chef Herbert Czaja und andere zogen daraus aber immer wieder prononciert den Schluß, daß ostdeutsche Kulturpflege nicht nur museal-erinnerungskulturellen Charakter tragen dürfe, sondern in die Zukunft weise, also gleichsam die kulturelle Substanz für die Zeit zu wahren habe, in der man „einst zur Heimat wiederkehren“ würde. Mit dieser Argumentation nahmen die Landsmannschaften aber auch manchen gegen den Erinnerungsort „Deutscher Osten“ ein, der dessen Kommemoration eigentlich für wünschenswert hielt, nur die dahinter ste-

ckende revisionistische Absicht für problematisch. So gesehen eignete der erinnerungskulturellen Konstellation in den 1970er Jahren – und darüber hinaus im Grunde bis zum Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 – eine gewisse Tragik.

Vor allem aber eine Entscheidung der Bundesregierung hatte negative erinnerungskulturelle Signalwirkung: Ich meine den Beschluß von 1974, die vom Bundesarchiv fertiggestellte Dokumentation der Vertreibungsverbrechen nicht zu veröffentlichen – letztlich auch dieses mit Rücksicht auf den aktuellen Entspannungskurs Richtung Sowjetblock. Indem damit sozusagen regierungsamtlich der Versuch unternommen wurde, eine neue Vertreibungsdebatte zu unterdrücken, waren die Zeichen der Zeit – von der großen Politik her – eindeutig auf Verdrängung gestellt, und die Folgen davon konnte man landauf, landab bis in die Dörfer der bayerischen Provinz hinein besichtigen, wenn etwa SPD-Kommunalpolitiker in einer mittelfränkischen Gemeinde den Antrag der CSU auf Errichtung symbolischer Wegweiser nach Königsberg und Stettin heftigst bekämpften und einen JU-Ortsvorsitzenden dessentwegen mit einem Brett vor dem Kopf karikierten.

Auch Meinungsumfragen förderten immer wieder zutage, wie groß die Bereitschaft in der bundesdeutschen Bevölkerung zwischenzeitlich war, den alten Osten, wie man sagte, abzuschreiben, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen oder auch das Münchner Abkommen von seiner langen Vorgeschichte seit 1919 abzukoppeln. Derartige Phänomene scheinen mir aber keineswegs allein das Resultat von aktuellen Verdrängungstendenzen oder von außenpolitischem Realismus gewesen zu sein; die Haltung wurzelte vielmehr in Entwicklungen, die bereits in den 50er Jahren einsetzten, als von Verdrängung nun wirklich keineswegs pauschal die Rede sein konnte, als – ganz im Gegenteil – der Staat vieles getan hatte, um die „Deutsche Heimat im Osten“ im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft der Bundesrepublik zu verankern, ja als er durch die Erblichkeit des Vertriebenensta-

tus sogar Durchhaltebereitschaft für längere Zeiten zu organisieren schien. Das eigentümliche war nur, daß sich an diesen ganzen ostdeutschen Aktivitäten „bald meist nur noch jene beteiligten, die in den Vertriebenenverbänden organisiert waren“, also nur ein Teil der Vertriebenen selbst: Ihre Mehrzahl aber war oft genug mit dem persönlichen „Wiederaufbau“ mehr als beschäftigt. Und die westdeutsche Urbevölkerung? Sie arbeitete ihrerseits, abgesehen einmal von den für mächtige Verbandsinteressen stets sensiblen Politikern, mehr am realen Wirtschaftswunder, als daß sie an ein Wunder an der Oder geglaubt und sich entsprechend um die alten Ostgebiete bekümmert hätte. Dieser aktuelle Verdrängungsfaktor dürfte m. E. entscheidender gewesen sein, als ein anderer, von Czaja in seinen Erinnerungen genannter. Czaja wird ja, wie er schreibt, „den Eindruck nicht los, daß schon während der Weimarer Republik, vielleicht auch früher, diese Distanz des Westens und der Mitte Deutschlands gegenüber dem Osten Platz gegriffen“ habe. Angesichts des bekannten Stellenwerts, etwa der „deutschen Ostforschung“ und des parteienübergreifenden Revisionismus gegenüber Polen in der Weimarer Zeit, scheint mir Czajas Eindruck aber nicht ganz nachvollziehbar.

Ein anderer Punkt dagegen ist mit den Händen zu greifen: Der Kontext zwischen der „Bewältigung“ des Nationalsozialismus im allgemeinen und der Vertreibung aus dem Osten im besonderen. Was heißt das? Ende 1958 erfolgte die Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen; dann wurde infolge der Hakenkreuzschmierereien zu Weihnachten 1959 die historisch-politische Pädagogik massiv verstärkt; und bald darauf kam es zu den großen NS-Prozessen gegen Eichmann in Jerusalem und gegen die Auschwitz-Mörder (ab 1963) in Frankfurt. Je stärker damit das Dritte Reich und seine Verbrechen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten, desto mehr nahm man den ostdeutschen Exodus von 1945 nur noch ganz ausschließlich als zwingendes Ergebnis dieser deutschen Katastrophe wahr – und insofern als eine Art quan-

tité négligeable. Ein deutschlandpolitisches Ereignis hat dieser Deutung noch zusätzlich Auftrieb gegeben: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961, die wohl größte mentale Zäsur in der Geschichte der alten Bundesrepublik. Schien es jetzt nicht nötig, den alten deutschen Osten definitiv zu vergessen, um mittels dieses Opfers wenigstens die Option auf eine Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands mit Unterstützung der westlichen Schutzmächte langfristig zu wahren? Und waren nicht die Ostdeutschen ohnehin die größten Nazis gewesen und besonderen Mitgefühls nicht würdig? Eine Überinterpretation? Wohl kaum. Man sehe sich nur einmal alte Spielfilme an: „Am grünen Strand der Spree“ etwa, die Verfilmung des Erfolgsromans von Hans Scholz, in der 1960 wieder einmal ein Ostdeutscher, der Ex-Unteroffizier Jaletzki, als übelste Figur des Stückes erhalten mußte. Und dieses übrigens, obwohl die Ostdeutschen in der NS-Führung tatsächlich eher unterrepräsentiert gewesen waren.

Ein weiteres kam hinzu: Der große gesellschaftliche Mahlstrom in Richtung problematischer Entspannung mit den kommunistischen Regimen, der aber – auf eine vertrackte Art – eben auch zur wünschenswerten Versöhnung mit den Völkern im Osten beitrug. Deren erschütternde Opfergeschichten während des Dritten Reiches rückten nunmehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit; so sehr, daß dies den Blick auf die spätere Täterrolle von Russen, Polen oder Tschechen mehr und mehr zu versperren begann, ja unter dem Tatbestand „Aufrechnung“ unter politische Höchststrafe stellte. Erst viel, viel später, 2002, erkannte das literarische alter ego von Günter Grass in seiner Novelle über den Untergang der Wilhelm Gustloff: „Niemand hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen.“

Daß Vertreibungsverbrechen und NS-Verbrechen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander standen, hatte manchmal aber auch erinne-

rungskulturell durchaus produktive Folgen; etwa als die Reaktion auf den Holocaust-Film 1979 endlich einen nachhaltigeren Impuls der Beschäftigung mit dem Untergang des deutschen Ostens auch im Massenmedium Fernsehen auslöste. Während bis dahin zum schrecklichen Geschehen des Judenmordes bereits an die 100 TV-Sendungen ausgestrahlt worden waren, hatte die Vertreibungsverbrechen noch kaum ein Fernsehfilm eigens thematisiert. Man fragt sich unwillkürlich, so hieß es dazu in einem Gutachten für die Bavaria Fernseh GmbH, „weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete innerhalb von drei Nachkriegsjahrzehnten“ im deutschen Film kein „irgendwie bemerkenswertes und dem Faktum angemessenes Echo gefunden hat“. Ein vergleichbarer Vorgang wäre undenkbar, so weiter, wenn „ein ähnliches Schicksal ... Frankreich, Italien oder England getroffen“ hätte.

Aufschlußreich ist es auch, einmal den Stellenwert zu vergleichen, den die Fragen der strafrechtlichen Verfolgung von NS- bzw. Vertreibungsverbrechen in der gerichtlichen Realität wie im öffentlichen Diskurs der 60er und 70er Jahre eingenommen haben. Nationalsozialistische Verbrechen waren seit 1949, und seit 1958 entschlossener denn je, in zehntausenden Ermittlungsverfahren verfolgt worden. Wir wissen, daß es dabei zu einer Reihe höchst problematischer Unterlassungen kam – im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten: In den von der Öffentlichkeit meist vielbeachteten Prozessen haben Staatsanwälte und Richter einen herausragenden Beitrag zur zeitgeschichtlichen Aufklärung über das Dritte Reich geleistet. Die Vertreibungsverbrechen dagegen sind in aller Regel nicht nur nicht gerichtlich verfolgt worden; verstörender noch wirkt ein anderer Befund: Daß die praktische Schwierigkeit, der meist in kommunistischen Staaten lebenden Täter habhaft zu werden, in der Bundesrepublik nicht einmal größere gesellschaftliche Debatten ausgelöst hat. Mitte der 60er Jahre, es war einmal mehr eine heftige Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen im

Gang, unternahmen einige Landsmannschaften entsprechende Vorstöße: Sie regten an, zumindest eine zentrale Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen zu schaffen, so wie sie 1961 in Salzgitter für die ebenfalls schwer zu verfolgenden Schandtaten des DDR-Regimes eingerichtet worden war. Allein, dieser Vorstoß blieb ohne Widerhall. Wie Rufer in der Wüste wirkten Vertriebenen Sprecher, wenn sie immer wieder einmal die Bundesregierung ermahnten, „den an Millionen Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Verbrechen genauso“ rechtsstaatlich nachzugehen, wie sie „jene Verbrechen verfolgen hilft, die von Deutschen begangen wurden“.

Auf die monierte Schieflage warf das Verschwinden von Akten über polnische Vertreibungstäter 1975 ein bezeichnendes Schlaglicht. Einräumen mußte diesen Skandal der Oberstaatsanwalt am Landgericht Hagen auf Anfrage der Landsmannschaft Oberschlesien. Der Vertriebenenverband hatte bereits zehn Jahre früher, 1965, Klage gegen sieben Wächter des berüchtigten Lagers Lamsdorf bei Oppeln erhoben, wo nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende Menschen unter schrecklichen Umständen ums Leben gekommen waren. Unter den Tätern befand sich etwa auch Czeslaw Geborski, der nun als Polizeimajor in Kattowitz tätig war. 1975 hieß es im Schreiben des bundesdeutschen Oberstaatsanwalts, die Akten seien „bedauerlicherweise außer Kontrolle geraten“; sie hätten in der Zwischenzeit trotz eifriger Nachsuche nicht aufgefunden werden können. Im September 1979 schließlich wurde die Einstellung des Verfahrens mit der Begründung verfügt, die Bundesregierung habe davon abgesehen, wegen der Täter „an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten“.

Auch wenn man die ungleich größere Dimension der NS-Verbrechen berücksichtigt, wird man sagen müssen: So harmlos war die Vertreibung der Deutschen, „das größte Vertreibungsgeschehen der Weltgeschichte“ (neben dem, freilich anders gelagerten, indisch-pakistanischen Fall), nun auch

wieder nicht, als daß dies den enormen Hiatus ganz erklären könnte, der in der öffentlichen Thematisierung beider Komplexe spätestens während der 1970er Jahre entstand. Und zwar nicht etwa, weil über die NS-Verbrechen zu viel, sondern weil über die Vertreibung zu wenig geredet wurde. Natürlich konnte der Prozeß der Verdrängung in einer offenen Gesellschaft letztlich kein totaler sein, Gegenkräfte vor allem in den Landsmannschaften und im konservativen Spektrum der Unionsparteien pflegten, sei es noch aus revisionistischen, sei es aus rein erinnerungskulturellen Motiven das ostdeutsche Kulturerbe. Und doch ist nicht zu übersehen, daß der Verdrängungsimpuls in der Hochzeit sozialliberaler Entspannungspolitik gesellschaftlich zweifelsohne dominiert hat und daß er vieles an Kenntnissen, auch an Interessen über den Osten unter sich begrub, was besser bewahrt worden wäre. Es gab mithin einen Zeitgeist, der zur Vertreibung des historischen deutschen Ostens aus der Erinnerung führte. Den Erinnerungsorten „Vertreibung“ und „deutscher Osten“ – das ist im Anschluß an Halbwachs evident – kam in dieser Phase der Entspannungspolitik einfach keine rechte politische Funktion mehr zu, keine Funktion jedenfalls, die vom consensus omnium getragen worden wäre.

Erst nach 1989 sollte sich diese Konstellation – mit der Osterweiterung der EU – erneut entscheidend wandeln. Denn die „deutschen Geschichten im Osten Europas“, 1945 so gut wie zu Ende gegangen, eignen sich noch immer als geistige Pfeiler für den Bau von Brücken zwischen den östlichen „Beitrittsländern“ und der Bundesrepublik. Auch deshalb sollten wir unsere kollektive Erinnerung nicht allzu ausschließlich auf das schreckliche Ende richten, sondern den Akzent zugleich auch stärker darauf legen, was die Deutschen vor der Vertreibung über viele Jahrhunderte, keineswegs permanent im Streit, sondern oft genug in produktiver Kooperation mit den östlichen Nachbarvölkern geleistet haben. Insofern finde ich es ein wenig schade, daß die Idee Karl Schlögels, im wiederaufgebauten Berliner Stadtschloß ein Museum der preußischen Geschichte einzurichten, in dem

es natürlich auch um den preußischen Osten ginge, nicht auf mehr Resonanz gestoßen ist. Das geplante Zentrum gegen Vertreibungen würde vielleicht an Akzeptanz gewinnen, wenn es diese historische Tiefendimension seinerseits noch deutlicher akzentuierte. Aber daß die Deutschen dieses Zentrum brauchen, das steht für mich ganz außer Frage. Und vielleicht könnten unsere Nachbarn in den östlichen EU-Beitrittsländern das ein wenig besser verstehen, wenn zum einen weniger von Restitutionsansprüchen die Rede wäre und wenn zudem unseren östlichen Nachbarn stärker bewußt wäre, welche Defizite – für sie vermutlich überraschenden Defizite – die Erinnerungskultur der Deutschen jahrzehntelang aufwies. Ich bin überzeugt: Weder für unsere Nation noch für unsere östlichen Nachbarn wäre es gut, wenn die Deutschen ihre lange Geschichte im Osten Europas weiterhin ungefähr ebenso behandeln würden wie die Episode ihrer Kolonialherrschaft in Ostafrika. ■

## Literatur

Vorliegender Beitrag zu einem bislang bemerkenswert schlecht erforschten wissenschaftlichen Gegenstand stützt sich vor allem auf eine Auswertung führender Tages- und Wochenzeitungen sowie des vom Bund der Vertriebenen herausgegebenen Deutschen Ostdienstes. Einzelbelege finden sich in einer vom Verfasser vorbereiteten Studie unter dem Arbeitstitel: „Die Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten und die neue Ostpolitik (1961-1982)“.

Hirsch, Helga: Flucht und Vertreibung. Kollektive Erinnerung im Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40-41 (2003), S.14-26. – Faulenbach, Bernd: Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51-52 (2002), S. 44-54. – Kittel, Manfred: Preußens Osten in der Zeitgeschichte. Nicht nur eine landeshistorische Forschungslücke. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 435-463. – Hahn, Eva und Hans Henning: Flucht und Vertreibung. In: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 335-351. – Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949 bis 1972, Düsseldorf 2004.

Aufschlußreich auch in erinnerungskultureller Hinsicht sind ferner die Memoiren führender Vertriebenenpolitiker wie Herbert Hupka: Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen, München 1994. – Herbert Czaja: Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik, Frankfurt a. M. 1996. – Walter Becher: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990.



# Der Stellenwert ostdeutscher Kulturpflege in der Ära Kohl

---

*Wolfgang Bergsdorf*

Man kann an die Aufgabe, die Kulturpolitik in der Ära Kohl zu behandeln, – wie an jede Aufgabe – in verschiedener Weise herangehen. Dem Politikwissenschaftler drängt sich die Methode der Politikfeld-Analyse auf, bei der der Gegenstand definiert und von allen Seiten ausgeleuchtet wird. Ich habe hier eine andere Perspektive gewählt. Ich möchte Helmut Kohl als kulturpolitischen Akteur vorstellen, der in den verschiedenen Phasen seiner politischen Arbeit immer der Kulturpolitik seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und so seiner Politik einen kulturpolitischen Stempel aufgedrückt hat. In meiner mehr als 25jährigen Zusammenarbeit mit Helmut Kohl habe ich immer wieder erlebt, daß für ihn Kultur nie das Sahnehäub-

chen, nie schmückendes Beiwerk oder nur Rhetorik war, sondern – jenseits von kulturpolitischen Zuständigkeiten – immer eine fundamentale Gestaltungsaufgabe der Politik. Nach seinem Verständnis obliegt der Politik und damit dem Staat die Aufgabe, die kreativen Potentiale der Kultur freizusetzen. Der Staat kann keine Kultur schaffen, aber er hat die Aufgabe, die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich die Kultur entfalten kann.

Ich möchte meine Überlegungen in drei Schritten anbieten. Zunächst werde ich einige grundsätzliche Bemerkungen anstellen über die Kultur und die Aufgabe des Staates, sie zu fördern. Dann werde ich über Helmut Kohl als Kulturpolitiker sprechen, um dann die Kulturförderung nach § 96 BVG zu thematisieren.

## **I.**

„Kultur ist das, was die Menschen aus sich und ihrer Welt machen, was sie dabei denken und sprechen.“ Dieser weite Kulturbegriff schließt die Technik ein und versteht sich als Gegenbegriff zur „Natur“. Was die Menschen aus sich, aus ihren Beziehungen untereinander und aus der Natur machen, ist „Kultur, kulturell geprägte Welt“. Kultur ist also die Lebensordnung und Lebensbedeutung eines Volkes in einem Lebensraum einschließlich der Geschichte dieses Volkes und dieses Lebensraumes. Die Lebensordnung und Lebensdeutung umfassen Sprache und Religion ebenso wie Ethik und soziale Einrichtungen, den Staat, das Recht, die Kunst, Technik und Wissenschaft. Die jeweils spezifischen, historisch gewachsenen Lebensordnungen stabilisieren die Gesellschaft und begründen Identität. Der Mensch erfährt, verarbeitet und gestaltet so die vorgefundene Wirklichkeit. Im engeren Sinne meint Kultur das Nachdenken des Menschen über sich selbst und seine Umwelt. Die spezifische abendländische Form dieses Nachdenkens ist die moderne Wissenschaft und Technik. Kultur umfaßt zum anderen die Deutung von Mensch, Natur, Geschichte und Religion durch die unterschiedlichsten Formen der Gestaltung; aus ihnen sind die Künste ent-

standen. Das Leben des einzelnen vollzieht sich an der Schnittstelle von Vergangenheit und Zukunft. Mit Hilfe der Kultur versichert und bemächtigt sich der Mensch beständig der Vergangenheit, um die Zukunft bewältigen und gestalten zu können. Kultur stärkt Individuum und Gemeinschaft bei der Bewältigung von Veränderungen und Umbrüchen, entfaltet stabilisierende Kräfte angesichts vielfältiger Bedrohungen und hilft bei der Sinnfindung angesichts der Erfahrung von Sinnlosigkeit.

Die Menschen unseres Globus' gelangten im Laufe der Geschichte zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen der kulturellen Gestaltung ihrer Welt. Der Begriff „Kultur“ steht deshalb von vornherein für eine Vielzahl von Möglichkeiten. Diese Vielzahl prägt und strukturiert Gruppen unterschiedlicher Größe. Familien sind ebenso von dieser Vielfalt geprägt wie ethnische Gruppen und Nationen. Diese gewissermaßen „natürliche“ kulturelle Differenz muß und wird auch unter veränderten staatlichen Strukturen erhalten bleiben. Sie ist kein lästiger Hemmschuh von (nationalen und internationalen) Vereinigungs- und Vereinheitlichungsprozessen, sondern im Gegenteil Voraussetzung für deren Gelingen. Einheit ohne Vielfalt, sagt Pascal, ist Diktatur, Vielfalt ohne Einheit ist Anarchie. Das Geheimnis der Stabilität ist die Balance von Einheit und Vielfalt, von Tradition und Veränderung, wie sie von der liberalen Demokratie ermöglicht wird. Die plurale Struktur von Kultur korrespondiert mit der pluralen Struktur einer demokratischen Gesellschafts- und Staatsform. Insofern ist Kulturförderung des demokratischen Staates immer auch Demokratieförderung.

Kultur ist insofern essentielle Voraussetzung jeder Staatsbildung, als der Mensch erst über sich und seine Stellung in der Welt reflektieren muß, bevor das komplexe Gebilde eines Staatswesens entstehen kann. Es gibt Kulturen ohne Staat, aber keinen Staat ohne Kultur. Die Kultur „trägt“ den Staat, weil sie integriert und auf die Zukunft orientiert. Insofern ist der Umgang eines Staates mit den kulturellen Potenzen seiner Bürger und mit

seiner Geschichte ein wichtiger Indikator auch für seine Zukunfts- und Konkurrenzfähigkeit. Der in der Vergangenheit schon erreichte, in der Zukunft angestrebte Erkenntnisgewinn muß vom Staat und seinen Repräsentanten für die Gestaltung einer immer komplexer und komplizierter werdenden Zukunft und der Weiterentwicklung der menschlichen Lebensverhältnisse genutzt werden.

Kultur ist aber auch ein Abgrenzungskriterium der Nationen untereinander. Für das Nationalbewußtsein gerade der Deutschen, die erst spät zum Nationalstaat fanden, war sie in den Zeiten des staatlichen Partikularismus und den Jahrzehnten der deutschen Teilung von entscheidender Bedeutung. Es war die Kultur der deutschen Klassik, die um 1800 ein geistiges Nationalbewußtsein prägte, und es war die Kultur, die trotz Mauer ein einigendes Band zwischen Bundesrepublik und DDR blieb. Zugleich war der Partikularismus auch die wesentliche Ursache für die kulturelle Vielfalt und Lebendigkeit, der heute produktiv umgestaltet im Föderalismus nachwirkt und dem Kulturstaat Deutschland jene Besonderheiten verschafft, um die er von zentralistisch regierten Ländern oft beneidet wird.

Allgemein akzeptiert wird seit Friedrich Meineckes Werk „Weltbürgertum und Nationalstaat“ (1908) der Unterschied zwischen Kulturnation und Staatsnation. Meinecke definiert Kulturnationen als Lebensgemeinschaften, „die vorzugsweise auf irgendwelchem gemeinsam erlebten Kulturbesitz beruhen“. Im Unterschied dazu kennzeichnet er Staatsnationen, die „vorzugsweise auf der vereinigenden Kraft einer gemeinsamen politischen Geschichte und Verfassung beruhen“. Unter Zugrundelegung der Definition von Meinecke ist festzustellen, daß die Deutschen seit der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit und mit der fortschreitenden Auflösung des Reiches mehr und mehr den Charakter einer Staatsnation verloren hatten. Dies gilt selbstverständlich nur in dem Maße, wie der Begriff der Staatsnation vor der französischen Revolution sinnvoll verwandt werden kann.

Es ist eine der großen Leistungen der deutschen Klassik, zu diesen klein-staatlich geprägten Empfindungen ein geistiges Nationalbewußtsein hinzu-gesetzt zu haben. Dieses Nationalbewußtsein ist – kulturell geprägt – so-wohl romantisch wie national, sowohl konservativ wie auch progressiv. Theodor Heuss hat 1946 als Kultusminister von Württemberg-Baden in einem Vortrag vor den Studenten der Universität Tübingen als Grundlage der deutschen Kulturnation die „Abendländische Ordnung“ genannt. Für Heuss waren dies „die Formung durch Antike und Christentum“. Die be-sondere Spannung, welche die Deutschen als Kulturnation erfahren haben, beruht vor allem auf der Tatsache, daß die Deutschen in ihrer Geschichte oftmals in unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Staaten lebten, von 1945 bis 1990 sogar in politisch gegensätzlichen Systemen. Diese Spannung von staatlicher Teilung und kultureller Zusammengehörigkeit findet sich auch im Einigungsvertrag von 1990 wieder. In einem besonde-ren Kulturartikel (Art. 35) wird konstatiert, daß „Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der Nation“ waren. Kunst und Kul-tur sollen danach im Prozeß der staatlichen Einheit der Deutschen auf dem Weg zur europäischen Einigung einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag leisten.

Der Zweck dieser für ein solches Vertragswerk eher ungewöhnlichen Fest-stellungen ist ein doppelter: zunächst eine Verständigung der Vertragspart-ner auf die fortdauernde Existenz der einen deutschen Kulturnation gegen alle Kritiker und gegen alle Probleme, die auch für die Zukunft zu erwarten sind. Der Einigungsvertrag nimmt Partei für die ganz große Mehrheit der Deutschen, welche entgegen der staatlichen Spaltung ihre kulturelle Zu-sammengehörigkeit immer empfunden haben und diese auch in Zukunft in das vereinte Europa einbringen werden. Expressis verbis soll mit dieser Feststellung auch die Bedeutung der Kultur für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hervorgehoben werden. Damit verbunden

ist gleichzeitig – und das ist für den Staat des Grundgesetzes nicht selbstverständlich – die Mitverantwortung des Gesamtstaates für die Erhaltung der kulturellen Substanz in den neuen Ländern festgeschrieben worden. Gerade vor dem Hintergrund einer 40jährigen Tradition der Länderzuständigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland ist dies eine bemerkenswerte Tatsache. Die Einheit Deutschlands auf kulturellem Gebiet ist eine der tragenden Grundlagen des Selbstverständnisses der Deutschen. Bei Respektierung der Verantwortlichkeiten der Länder und Kommunen für die Kultur impliziert dies auch eine Mitverantwortung des Gesamtstaates.

Daß der Staat, anders noch als Wilhelm von Humboldt postulierte, die Pflicht hat, mit seinen Ressourcen die Kultur zu fördern, ist heute vollständig unumstritten. Denn jede Kulturförderung ist eine Investition in die Zukunft des Individuums und der Gesellschaft. Staatliche Kulturförderung muß sich – infolge der Blickrichtung von Kultur auf Vergangenheit und Zukunft – prinzipiell in gleicher Weise auf zwei Bereiche erstrecken.

Erstens auf die Förderung einer umfassenden Auseinandersetzung mit der kulturellen Hinterlassenschaft zurückliegender Epochen unter historischen und ästhetischen Perspektiven. Nur diese fortwährende Auseinandersetzung konstituiert auf Dauer individuelle und gemeinschaftliche kulturelle Identität.

Zweitens auf die Förderung zeitgenössischer kultureller Tätigkeit, und zwar sowohl der künstlerischen Produktion wie auch der aktiven Teilhabe an Kultur (Rezeption). Kunst und Kultur entfalten erst als Bestandteil der allgemeinen Bildung ihre Individuum und Gesellschaft prägende Kraft. Die Teilhabe an Kunst und Kultur ist wesentliche Aufgabe kultureller Bildung. Diese stärkt das Urteilsvermögen vor allem auch junger Menschen und ermutigt sie zur verantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft.

Die Förderung der Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe bliebe ohne die Förderung kultureller und künstlerischer Tätigkeit fragmentarisch, weil jede Beschäftigung mit der Vergangenheit ohne Blick auf die Zukunft zum Selbstzweck verkommt, jede kulturelle Tätigkeit ohne Blick auf die Vergangenheit die Kontinuität von Entwicklungen ignoriert und damit beliebig wird.

## **II.**

Kritiker, die Helmut Kohl zu Beginn seiner Kanzlerschaft „Provinzialismus“ vorwarfen und ihn als „Birne“ glaubten verspotten zu können, apostrophierten ihn nach 16 Jahren nicht ohne Respekt als „seine Kulturhoheit, der Kanzler“ (SZ 18.02.1998). In seiner langen Amtszeit als Bundeskanzler hat Helmut Kohl wie keiner seiner Vorgänger kulturpolitische Markenzeichen gesetzt, die Deutschland verändert haben. Er war der erste Bundeskanzler, der die Kulturstaatlichkeit Deutschlands als Aufgabe auch der Bundesregierung bestimmte und dafür Sorge trug, daß die Kulturaufwendungen des Bundes in seiner Amtszeit verdreifacht wurden.

Helmut Kohl ist geborener Pfälzer und gelernter Historiker. Als Pfälzer hat er bei seinen häufigen Besuchen in Frankreich schon sehr früh ein Gespür für die kulturelle Supermacht Frankreich entwickelt. In seinem Studium hat er gelernt, daß Kultur und Geschichte nicht voneinander zu trennen sind. Für ihn ist Kultur die Summe einer sinn- und wertorientierten Lebensordnung und Lebensdeutung eines Volkes einschließlich seiner Geschichte und seines Lebensraumes. Im weiteren Sinne des Wortes versteht Kohl unter Kultur den Organismus der Ordnung und Selbstdeutung der Nation und ihrer Beziehungen zu anderen Nationen und Kulturen. So erhält der Kulturbegriff auch die Dimensionen der Orientierung und der Selbstvergewisserung. Für die Kulturpolitik Kohls galt demnach in besonderer Weise, was strategisch seine gesamte Politik intendierte: Nachhaltigkeit.

Schon als Ministerpräsident von Rheinland Pfalz hat er die kulturpolitischen Kompetenzen, die bei den Bundesländern liegen, voll ausgeschöpft. Die Abschaffung der Zwergschule und die Überwindung des konfessionellen Schulwesens wie die Gründung neuer Hochschulen waren bildungspolitische Erfolge. Die forcierte Förderung rheinland-pfälzischer Künstler und Schriftsteller gehörte ebenso zu seinem kulturpolitischen Programm wie die Pflege des kulturellen Erbes von aus der Region stammenden Künstlern wie Max Slevogt oder Schriftstellern wie Carl Zuckmayer. Er persönlich hat Marc Chagall dazu gebracht, die Fenster für St. Stephan in Mainz zu gestalten. Und es war auch seine persönliche Entscheidung, den Künstlerbahnhof Rolandseck vor dem Abriß zu bewahren und ihn der Hans und Sophie Arp-Stiftung zu übergeben. Queen Victoria und Prinz Albert haben einst dort getanzt, der französische Schriftsteller Apollinaire hat dort geschrieben und der deutsche Pianist Stephan Askenase hat dort gewohnt, sein russischer Fastnamensvetter, Wladimir Ashkenazy, hat dort musiziert. Natürlich hat Helmut Kohl auch dem historischen Erbe seine Aufmerksamkeit gezollt. Schloß Hambach wurde restauriert, weil Kohl die freiheitlichen Impulse des Hambacher Festes wieder in Erinnerung rufen wollte.

Als neu gewählter Bundeskanzler hat Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung bis dahin unerhörte kulturpolitische Akzente gesetzt. Nach jahrelangem Gerede machte er den Plan einer Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn zum Regierungsprogramm, und er kündigte die Errichtung des Deutschen Historischen Museums in Berlin und den Bau des Hauses der Geschichte in Bonn an. Mit großer Entschiedenheit trat er der Kritik entgegen, mit diesen Museen eine regierungsamtliche Ästhetik oder Geschichtsschreibung befördern zu wollen.

Alle drei Häuser haben durch ihre äußerst erfolgreiche Arbeit jegliche Kritik verstummen lassen. Es gelang ihnen, durch vorbildliche museumspädagogische Konzepte, durch überzeugende Leistungen und durch das Publi-

kum magnetisch anziehende Ausstellungen internationale Anerkennung zu finden. Die auf ihre Zuständigkeit pochenden Ministerpräsidenten wurden in langwierigen Gesprächen, die vor allem der von Bundeskanzler Kohl mit der Umsetzung der Vorhaben betraute Bundesbauminister Dr. Oskar Schneider führte, von der Notwendigkeit dieser kulturpolitischen Initiativen des Bundes überzeugt. Es wurden Trägerkonstruktionen gefunden, bei denen die Länder mitbestimmen, ohne sie finanziell in Anspruch zu nehmen. Alle drei Häuser werden jährlich von Hunderttausenden Menschen besucht, die sich mit der Geschichte ihres Landes, mit der zeitgenössischen Kunst oder versunkenen Kulturen vertraut machen wollen. Das Geheimnis des Erfolgs dieser Museen heißt Internationalität. Allen drei Häusern ist es gelungen, in dem vergangenen Jahrzehnt ein internationales Netzwerk mit den führenden Museen in der ganzen Welt aufzubauen. Kluge personalpolitische Entscheidungen haben diesen Erfolg möglich gemacht. Mit Dr. Wenzel Jacob hat die Kunst- und Ausstellungshalle einen exzellenten, international ausgewiesenen Fachmann gewonnen. Das gleiche gilt für Professor Hermann Schäfer an der Spitze des Hauses der Geschichte und für Professor Dr. Christoph Stölzl, Gründungsgeneraldirektor des Deutschen Historischen Museums, der später Kultursenator in Berlin wurde und jetzt stellvertretender Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses ist.

Das Deutsche Historische Museum sollte unmittelbar an der Mauer errichtet werden, und zwar dort, wo heute das neue Bundeskanzleramt steht. Nach dem Fall der Mauer bezog das DHM das Zeughaus Unter den Linden. Schon bald stellte sich heraus, daß das Gebäude zu klein war für die von Christoph Stölzl zusammengetragene Sammlung. Es ist der Überzeugungskraft und Überredungskunst von Helmut Kohl zu verdanken, daß der chinesisch-amerikanische Star-Architekt I.M. Pei für die Gestaltung dieses Erweiterungsgebäudes gewonnen werden konnte. In Paris hat er den Louvre mit seiner Pyramide illuminiert.

Eine der riskantesten Initiativen ergriff Helmut Kohl bei der Ausgestaltung der Neuen Wache in Berlin als zentraler Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland. Angerührt von einer dreißig Zentimeter großen Skulptur von Käthe Kollwitz, die eine trauernde Mutter darstellt, ihren toten Sohn in den Armen haltend, löste er einen Sturm der Entrüstung in den Feuilletons aus mit seinem Vorschlag, sie zu vergrößern, um sie in die räumlichen Dimensionen der Neuen Wache einzufügen. Nach der Einweihung der Neuen Wache verstummte jede Kritik. Kein Ort in Berlin wird heute häufiger aufgesucht als die Neue Wache, nirgendwo werden mehr Blumensträuße und Kränze niedergelegt als dort.

Auch das Holocaust-Denkmal in Berlin verdankt Helmut Kohl seinen konzeptionellen Durchbruch. Nach jahrelanger ermüdender Diskussion über diverse Entwürfe hat er, kurz bevor die Diskussion zu kollabieren drohte, sich für den Entwurf von Peter Eisenman ausgesprochen, auf den sich danach rasch alle Beteiligten einigen konnten. Kohl empfand eine Verschiebung der Entscheidung auf künftige Generationen als Flucht seiner Generation vor der Verantwortung, der Erinnerung an die Opfer dieses einzigartigen Menschheitsverbrechens ein Mahnmal zu setzen.

Als Helmut Kohl in das Kanzleramt einzog, setzte er die Tradition seines Vorgängers Helmut Schmidt fort und intensivierte die Frequenz der Kunstausstellungen in seinem Amtssitz. Dabei wurden vor allem Künstler gezeigt, die während der Nazidiktatur als „entartet“ galten. Der „Verfemten Kunst“ galt eine der ersten Ausstellungen, die in dem gleichnamigen Bildband von Werner Haffmann dokumentiert wurde. Felix Nußbaum, von den Nazis ermordet, war einer der Künstler, dem eine Einzelausstellung gewidmet wurde.

Schon als Ministerpräsident, dann als Oppositionsführer und später als Bundeskanzler nutzte Kohl die Möglichkeiten seines Amtes, um mit Schriftstellern und Künstlern persönliche Beziehungen anzuknüpfen. Schon

bald nachdem er Vorsitzender der CDU in Bonn geworden war, lud er Künstler zum Gespräch ein. In einem Bonner Hotel empfing er öfter Künstler und Schriftsteller zum Dialog über politische und kulturpolitische Fragen, darunter Heinrich Böll und Joseph Beuys. Mit dabei war auch dessen Schüler Anatol, ein ehemaliger Polizist, der Beuys mit einem Kanu über den Rhein gepaddelt hatte, um gegen die Entlassung Beuys' aus der Kunsthochschule Düsseldorf durch den damaligen Kultusminister Johannes Rau zu protestieren. In dem Gespräch im Schloßparkhotel fiel Anatol Kohl dauernd ins Wort. Beuys raunzte ihn an: „Halt die Schnauze, Anatol, laß Kohl reden.“

In seiner Zeit als Bundeskanzler intensivierte Kohl seine Begegnung mit Künstlern und Schriftstellern bei abendlichen Gesprächen im Kanzlerbungalow. Martin Walser, Gabriele Wohmann, Ulla Hahn waren ebenso seine Gäste wie Marcel Reich-Ranicki, Herbert O. Hajek oder Rainer Kunze. Auch zu seinen Staatsbesuchen hat er immer wieder Persönlichkeiten aus der kulturellen Szene eingeladen.

Eine seiner gewiß wichtigsten kulturpolitischen Initiativen nach der Wiedervereinigung bestand darin, für die kulturellen Einrichtungen in den neuen Bundesländern ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, um sie vor dem abrupten Zusammenbruch zu bewahren. Im Rahmen des Substanzerhaltungsprogramms, Infrastrukturprogramms und des Denkmalschutzsonderprogramms wurden 1991 bis 1993 insgesamt fast 1,5 Milliarden Euro aufgewendet. Diese Übergangsfinanzierung Kultur hat Orchester, Theater, Museen vor der Schließung bewahrt und die Grundlage für die Rettung unzähliger historischer Bauwerke gelegt. Dem Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche gehörte Kohls ganz persönliches Engagement. Hierfür hat er zum Beispiel aus Anlaß seines 60. Geburtstags um Spenden gebeten.

### III.

Abschließend gehe ich vor diesem Hintergrund auf die Initiative der Regierung Kohl zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit ein. Schon bald nachdem Helmut Kohl als erster Historiker in der Reihe der Bundeskanzler seine Amtsgeschäfte aufgenommen hatte, wurde auf seine Initiative eine Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit ausgearbeitet. Sie ließ sich von der Überzeugung leiten, daß das kulturelle Erbe und die geistige Substanz der deutschen Kulturlandschaften des Ostens Teil der gesamtdeutschen Kultur sind. Mit Hilfe dieses Konzeptes wurde die im § 96 des Bundesvertriebenengesetzes normierte Verpflichtung des Bundes und der Länder zur Förderung der deutschen Kultur des Ostens systematisiert und komplettiert. Natürlich wurden auch schon zuvor Anstrengungen unternommen, ostdeutsche Kultureinrichtungen zu fördern. Aber dies alles geschah bis dahin eher unsystematisch und ohne ein stringentes Konzept. Seit 1982 wurden die Haushaltsmittel gesteigert und wurde die Ostkulturarbeit auf eine konzeptionelle Grundlage gestellt. 1998 standen hierfür 52 Mill. DM zur Verfügung, mittlerweile ist diese Summe auf 20 Mill. € reduziert worden.

Dieser neuen Politik lag die Überlegung zugrunde, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge, die als Kriegsfolge ihre Heimat im Osten verlassen mußten, einen Anspruch darauf haben, daß ihre Kultur weiter gepflegt und erhalten wird. Sie hatten die Hauptlast der Teilung zu tragen, und dennoch haben sie sich von Anfang an aktiv in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau eingebracht. Sie haben einen Anspruch darauf, daß die Erhaltung und Förderung ihres Kulturanteils an der gemeinsamen Kultur der Deutschen von allen Deutschen nach Kräften getragen wird.

Unter ostdeutscher Kultur wird hier das kulturelle Erbe der ehemaligen deutschen Ostgebiete verstanden, einschließlich der deutschen Siedlungsgebiete in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa. Diese Gebiete waren vor dem

Zweiten Weltkrieg Heimat von fast einem Drittel aller deutschsprachigen Europäer. Dort haben die Deutschen in einer vielhundertjährigen Geschichte kulturelle Leistungen erbracht, die Bestand hatten und haben. Aus dem deutschen und europäischen Kulturkreis darf dieses Erbe nicht ausgeblendet werden.

1937 waren östlich von Oder und Neiße in den preußischen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien und der Grenzmark Posen-Westpreußen insgesamt über 9,5 Millionen Deutsche zu Hause. Darüber hinaus lebten damals weitere 8,8 Millionen Deutsche in geschlossenen Siedlungsgebieten oder gestreut in der Freien Stadt Danzig, in Polen, in der Tschechoslowakei, in den Baltischen Staaten, in der Sowjetunion sowie in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien.

Unbestreitbar sind die Wirkung und Bedeutung der Leistungen der Deutschen im Osten. Die Hochmeister des Deutschen Ordens, die Philosophen Kant, Herder, Schopenhauer wie auch zahlreiche andere bedeutende Persönlichkeiten haben die deutsche und europäische Kulturentwicklung entscheidend beeinflußt. Corinth, Menzel, Stifter, Hauptmann, Eichendorff, Lenau z. B. sind fester Bestandteil deutscher und europäischer Kunst- und Literaturgeschichte. Ein Drittel der deutschen Nobelpreisträger stammt aus den Vertreibungsgebieten.

Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten, dem Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, die Teilung Deutschlands und Europas, sowie die darauf folgende weitgehende Unterdrückung deutscher Kultur in den deutschen Kulturlandschaften des Ostens, haben diese kulturelle Entwicklung in den angestammten Gebieten jäh beendet. Aus der Bedeutung für die deutsche Kultur insgesamt folgt aber auch, daß die Pflege und weitere Entwicklung der kulturellen Leistungen, die Deutsche in Jahrhunderten im Osten Deutschlands und

in den übrigen Vertreibungsgebieten erbracht haben, dauernde Aufgaben der gesamten deutschen Kulturnation sind.

Diese Aufgabe wurde jedoch bis 1982 nur unbefriedigend gelöst. Eine gezielte und systematische Bewahrung des kulturellen Erbes der Deutschen im Osten erfolgte nicht. Bis dahin nahmen sich im wesentlichen ehrenamtlich tätige Vertriebene ihrer auf die ostdeutschen Kulturlandschaften bezogenen Aufgaben mit Hilfe knapp bemessener staatlicher Förderung an. Erhebliche Mängel in der wissenschaftlichen Aufarbeitung und der kulturellen Präsentation dieser ostdeutschen Kulturregionen waren offensichtlich.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hatte das Bundesministerium des Innern eine mit den Ländern und Verbänden abgestimmte Grundsatzkonzeption erarbeitet, die der Deutsche Bundestag im Juni 1984 zustimmend zur Kenntnis nahm. Anhand dieser Konzeption konnten vor allem Schwerpunkte gebildet werden, für die gezielt weitere Haushaltsmittel eingesetzt wurden.

Die Grundsatzkonzeption war ein erster Schritt. Die Festlegung von Zielen und Wegen reichte jedoch nicht aus. Es wurde ein konkretes Aktionsprogramm ausgearbeitet, das aufzeigte, welche Maßnahmen in den einzelnen kulturellen Bereichen ergriffen werden müssen, um die bestehenden Mängel auszugleichen und um für ostdeutsche Kulturaktivitäten gleichwertige Grundlagen und Rahmenbedingungen zu schaffen, wie sie für die übrige deutsche Kulturarbeit bereits bestehen und wie sie den Anforderungen eines Kulturstaats entsprechen.

Dieses Aktionsprogramm wurde in der Regierungszeit von Helmut Kohl immer wieder fortgeschrieben und bei der Wiedervereinigung Deutschlands den neu eröffneten Möglichkeiten angepaßt. In seiner Regierungserklärung vom 31. Januar 1991 beschrieb Helmut Kohl die neuen Aufgaben für die Kulturarbeit in Bund und Ländern. „Die Öffnung unserer östlichen Nachbarländer für Europa und ihr Bekenntnis zur gesamteuropäischen Kul-

tur schaffen eine neue, viel versprechende Grundlage für ein wesentliches Anliegen: Dort haben Deutsche in vielen Jahrhunderten ein unverlierbares Kulturerbe und geschichtliches Erbe aufgebaut. Dies wollen wir gemeinsam mit unseren Nachbarn erforschen, pflegen und erhalten. Wir wollen dabei den Reichtum unserer Kultur in einem schöpferischen Dialog mit unseren europäischen Nachbarn im Osten einbringen.“

Erneut wurden die Haushaltsmittel gesteigert und die neuen Chancen genutzt, um z. B. in Oppeln, Hermannstadt, St. Petersburg und sogar in Königsberg deutsche Kulturzentren zu schaffen, um dem deutschen Kulturerbe vor Ort eine Überlebenschance zu geben. Und dies alles geschah in einer harmonischen Kooperation mit den dortigen Regierungsstellen und Kommunalverwaltungen. Diese Kooperation war so erfolgreich, daß auch die Regierung Schröder an dieser bewährten Konzeption prinzipiell festhielt, wenn auch bei reduzierten Haushaltsmitteln. Davon profitierten auch die neuen Bundesländer. Dort wirkt die Tabuisierung der Vertreibungs- und Umsiedlungsproblematik in der ehemaligen DDR bis heute nach. Dort mußten die vier Millionen Vertriebenen ohne jede staatlich geförderte oder auch nur geduldete Erinnerung an die Herkunftsgebiete auskommen. Der Bund hat hier in den letzten Jahren besondere Anstrengungen unternommen, z. B. durch die Errichtung eines zentralen schlesischen Museums in Görlitz, durch das „Kulturforum östliches Europa“ in Potsdam und durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren für die Geschichte Mitteleuropas an den Universitäten in Leipzig und Erfurt. Auch hier zeigt sich die Nachhaltigkeit der ostdeutschen Kulturpolitik Helmut Kohls. ■



# Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der DDR

---

*Michael Schwartz*

„Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der DDR“ – kann man dazu überhaupt viel sagen? Ist nicht – wie renommierte Historiker es noch vor kurzem darstellten – das Vertriebenenproblem ausschließlich Angelegenheit der westdeutschen Bundesrepublik gewesen? Hat es „in der SBZ/DDR nie ein ‚Vertriebenenproblem‘“ gegeben, „dessen man sich im Rahmen einer Eingliederung“ hätte annehmen müssen, da sich die SED-Diktatur dieses Problems schlicht „durch politische Tabuisierung und Ideologisierung entledigte“? Ich würde gern zeigen wollen, daß ein Beitrag über den Umgang mit dem historischen deutschen Osten in der DDR kei-

neswegs vergeblich ist, sondern im Gegenteil unverzichtbar zum Thema gehört.

Zunächst werde ich kurz auf den assimilatorischen, d. h. auf möglichst weitgehende Verdrängung einer Vertriebenen-Identität ausgerichteten Integrationsansatz der DDR-Politik eingehen. Sodann wird das Problem der Bewahrung solcher Identität in der DDR untersucht, wobei soziale Netzwerke, Selbstorganisations-Versuche und die Rolle der Kirchen wichtig sind. Den Abschluß bildet ein Blick auf die Erinnerungskultur in der DDR-Literatur.

## **I. Assimilationspolitik**

Die DDR kannte keine Vertriebenenpolitik, sondern – in bewußter Abgrenzung dazu – eine dezidiert assimilatorische „Umsiedlerpolitik“. „Gleichberechtigung“ bedeutete für in der DDR lebende Vertriebene somit das Angebot sozialer Aufwertung und zeitweilig auch sozialpolitischer Unterstützung, zugleich jedoch politische Entmündigung und kultureller Anpassungszwang.

Diese Umsiedlerpolitik richtete sich auf etwa 4,3 Millionen in der sowjetischen Zone lebende Vertriebene (1947), die zu drei Vierteln aus den früheren Ostgebieten des Reiches und Vorkriegs-Polen stammten, zu einem Fünftel aus der CSR. Zwischen 1949 und 1961 nahm die Zahl der in der DDR lebenden Vertriebenen um 900.000 drastisch ab; der Hauptgrund war, daß vertriebene DDR-Bürger, die 1949 ein Viertel der DDR-Bevölkerung ausmachten, bis zum Mauerbau ein überdurchschnittliches Drittel aller 2,7 Millionen „Republikflüchtlinge“ in die Bundesrepublik stellten. Umgekehrt aber bedeutet das: An die drei Millionen Vertriebene blieben dauerhaft in der DDR.

Diese Menschen sollten sich ab 1945 als „Umsiedler“ und ab 1950 bereits als „ehemalige Umsiedler“ verstehen – Begriffe, die alle Hinweise auf das Flucht- und Vertreibungsgeschehen zu tilgen suchten. Statt dessen signalisierte der „Umsiedler“-Begriff, daß in der „DDR [...] entsprechend Geist und Buchstaben des Potsdamer Abkommens integriert“ würde. Im Verständnis des SED-Regimes bedeutete dies die Anerkennung der Unumkehrbarkeit von Potsdam – und folglich des Verlustes von Heimat und Besitz. Der gesellschaftliche Umgang mit diesem oktroyierten Umsiedler-Begriff oszillierte freilich zwischen offener Ablehnung (zugunsten der Flüchtlings- oder Vertriebenenbegriffe), Aneignung und Umdeutung.

Die gesellschaftliche Eigendynamik wurde durch den Einfluß westdeutscher Politik und Gesellschaft auf die DDR noch verstärkt. Deshalb führte die SED einen verbissenen Kampf gegen den sich in der Bundesrepublik durchsetzenden Begriff der „Heimatvertriebenen“. Es dauerte bis 1970, daß Ulbricht auch den „in Westdeutschland“ lebenden Vertriebenen gönnerhaft zugestand, „in gewissem Maße Boden unter den Füßen“ gewonnen zu haben und sich infolgedessen verstärkt „von den sogenannten ‚Berufsvertriebenen‘“ und anderen „neofaschistischen Rattenfängern“ zu distanzieren. Doch das Denken in eindeutigen Schwarz-Weiß-Kategorien einer tiefgreifenden Politikdifferenz – in der DDR gleichberechtigte Integration und „offene Aufklärung“ über „den politisch-historischen Sachverhalt um die Endgültigkeit der äußeren Grenzen“, in Westdeutschland hingegen der fortdauernde „Aufbau von Revanchistenorganisationen“ – wurde vom SED-Staat, und nicht zuletzt vom MfS, bis 1989 weiter gepflegt.

## **II. Selbstorganisation und Repression**

In der Erinnerungskultur der DDR waren die Heimaten der Vertriebenen, der historische Osten Deutschlands und die deutschen Siedlungsgebiete Ost- und Südosteuropas, auf äußerst zwiespältige Weise präsent. Von der SED-Politik wurde dieser „Osten“ – nach anfänglichen Hemmungen in

Teilen des Funktionärskorps und der SED-Basis – ab 1948/50 als unvermeidliche und irreversible Folge des verbrecherischen Hitler-Krieges abgeschrieben. Zwar taten sich selbst hochrangige SED-Funktionäre damit schwer: So weigerte sich Johannes R. Becher 1948, eine SED-Delegation nach Wroclaw anzuführen, weil er „ein polnisches Breslau nicht akzeptieren“ wollte, und auch SED-Chef Pieck bekannte sich nach anfänglichen Revisionshoffnungen hinsichtlich Stettins oder Swinemündes erst 1949 zur Nachkriegs-Ostgrenze. Walter Ulbricht hatte diese Grenze bereits 1945 akzeptiert und rechtfertigte seit 1948 den „Verlust der Ostgebiete“ auch öffentlich als logisches „Ergebnis einer jahrhundertelangen reaktionären Politik [...] gegen die Freiheit Polens“, als Resultat eines Irrweges, den „das deutsche Volk“ nach 1933 konsequent zu Ende gegangen sei: „Nachdem schließlich die deutsche Armee das furchtbarste Verbrechen gegen das polnische Volk begangen und sechs Millionen Polen vernichtet hat, müssen wir jetzt mit der Abtretung östlicher Gebiete dafür zahlen.“ Auch Pieck teilte diese Rechtfertigung, räumte aber zusätzlich ein: „Man kann von einem Menschen nicht verlangen, daß er vergessen soll, wo einst sein Heimathaus stand, wo er glückliche Jahre seines Lebens verbrachte.“ Doch letztlich forderten solche SED-Führer, die gelernt hatten, ihre geographische Heimat durch eine politische Partei-Heimat zu ersetzen, ihre vertriebenen Landsleute auf, es ihnen gleichzutun. „Heimat“ war für die SED ein politisches Projekt.

Ein beträchtlicher Teil der in der DDR lebenden Vertriebenen sah dies lange anders. Selbst SED-nahe Vertriebene kritisierten Ulbrichts Position zur Grenzfrage: „Ist das eine gerechte Lösung, Menschen total auszurauben, zu internieren und aus ihrer Heimat zu vertreiben?“ Den SED-Führern wurde vorgeworfen, „die Ostgebiete verschachert“ zu haben und „Verräter“ am deutschen Interesse zu sein. Rückblickend stellte die DDR-Geschichtswissenschaft 1988 fest: „Die Akzeptanz der neuen Grenze an Oder und Neiße blieb über lange Jahre das Kernproblem der politischen

Seite [...] der Umsiedlereingliederung. Gerade daran entzündeten sich immer wieder heftige Auseinandersetzungen unter und mit den Umsiedlern.“ Gerade unter „ehemaligen Mittelschichten“ hätten Revisionsforderungen „Wirkung“ erzielt, dort habe „die Hoffnung auf Rückkehr in die alte Heimat länger“ bestanden „als bei Angehörigen der Arbeiterklasse“. Diese SED-Erinnerung war nur teilweise richtig – nämlich was die Langzeitwirkung der Rückkehrhoffnung betrifft. Noch 1965 wurde das 1950 verordnete „Abschreiben“ der Ostgebiete von einer großen Minderheit der DDR-Bevölkerung (22 Prozent) nicht nachvollzogen, wie eine Meinungsumfrage der SED ergab. Alarmierend wirkte dabei, daß die Grenzen von 1937 unter sog. „Arbeitern und Bauern“ überdurchschnittlich stark befürwortet wurden.

Die Anerkennung der Ostgrenzen war für die Mehrheit der Vertriebenen eine schwere Zumutung. Für die SED-Führung bedeutete sie alternativlose Realpolitik, sie diente in doppelter Hinsicht der Systemstabilisierung der DDR: Außenpolitisch als „Normalisierung“ des Verhältnisses zu den osteuropäischen Nachbarn, freilich eine prekäre „Normalisierung“, die mehr die Systeme als die Bevölkerungen betraf und insbesondere auf Wirtschaftsbeziehungen zielte; neben diesem Einstieg in die Ostintegration sollte die Grenzanerkennung aber auch die innere Integration der DDR vorantreiben. Unter Zeithistorikern kursiert die These, die frühzeitige Grenzanerkennung durch das SED-Regime habe den Vertriebenen in der DDR „die Eingliederung im Vergleich zum Bundesgebiet insofern erleichtert“, als schon frühzeitig „keine Rückkehrillusionen“ mehr möglich gewesen seien. Das war zumindest das Ziel der SED, denn die DDR-Arbeitsgesellschaft benötigte keine Fremden auf gepackten Koffern, sondern dauerhaft Bleibende und entsprechend Leistungswillige.

Die DDR-Geschichtswissenschaft durfte kurz vor dem Ende der SED-Diktatur diesen tiefgreifenden Konflikt vorsichtig ansprechen. Von anfangs

„noch viele[n] politisch-ideologische[n] Unklarheiten in der Bevölkerung über die Grenze zur VR Polen“ war die Rede, doch letztlich sei es gelungen, „Impulse zur Entwicklung eines neuen, freundschaftlichen Verhältnisses zum östlichen Nachbarland zu vermitteln“. Namentlich die zwischen 1950 und 1952 veranstalteten „Monate der deutsch-polnischen Freundschaft“ hätten geholfen, „Vorurteile abzubauen“. Doch auch diese SED-konforme Erinnerung war erheblich geschönt. In Wahrheit hatten die DDR-Grenzverträge mit Polen und der CSR unter der DDR-Bevölkerung derartigen Unmut erzeugt, daß man in Brandenburg 1950 beschloß, die Durchführung der ersten deutsch-polnischen Freundschafts-Veranstaltungen „in den Grenzregionen“ vorsorglich „der Volkspolizei zu übertragen“. Zwar erzwang die Ost-Berliner Führung die Änderung dieses propagandistisch fatalen Beschlusses, doch auch dem DDR-Innenministerium erschienen „besondere Umsiedlerversammlungen bzw. das spezielle Ansprechen dieser Menschen“ im Kontext der deutsch-polnischen Veranstaltungen „nicht ratsam“. Als während des 17. Juni 1953 im niederschlesischen Görlitz unter Demonstranten der Ruf nach „Revision der Oder-Neiße-Grenze“ laut wurde, schien sich das langjährige Mißtrauen der SED gegen die „ehemaligen Umsiedler“ zu bestätigen.

Um so entschiedener bekämpfte die SED die kulturelle Sonderidentität von Vertriebenen sowie deren Tendenz zur Selbstorganisation. Landsmannschaftliches Gruppenbewußtsein führte in SED-Sicht automatisch zum „Aufbau von Revanchistenorganisationen“, welche die Oder-Neiße-Grenze und damit den Weltfrieden in Frage stellten. Schon 1948 hatte die SED-Führung beschlossen, alle besonderen Vertriebenenvereinigungen zu „liquidieren“. Nur selten plädierten SED-Funktionäre dafür, der Kulturpflege dienende „landsmannschaftliche Zusammenkünfte“ nicht „einfach mit dem Holzhammer“ zu unterdrücken. Die meisten Vertreter des Regimes begriffen die Vertriebenen letztlich als fremdgesteuert – als Manipulationsobjekte der „im Bonner Separatstaat“ geschaffenen „Flüchtlingsverwaltungen“,

„Landsmannschaften und Heimatverbände“, der westlichen Medienhetze, aber auch im Westen lebender Verwandter, mit denen sie privat korrespondierten; all dies verbreite unter vertriebenen DDR-Bürgern das „Gift des einseitigen Zurückschauens in die Vergangenheit, das Sichabwenden von einer besseren Zukunft bis zu[r] brutalen Forderung“ nach „Revanche“.

Doch trotz allen Repressionswillens standen dem frühen SED-Regime nur begrenzte Repressionsmittel zu Gebote. In einer Situation, in der die innerdeutsche Grenze noch relativ offen und die DDR-Staatssicherheit erst im Aufbau war, konnte illegale Vertriebenen-Selbstorganisation durchaus erfolgreich sein. 1950 wurde der „Tag der Heimat“ nicht nur erstmals im Westen, sondern auch in Leipzig öffentlich begangen. Der Hallenser Zoo wurde zum regelmäßigen Treffpunkt für Tausende Vertriebene. Es dauerte bis 1953, bevor das SED-Regime diese Massentreffen mit Massenverhaftungen beantwortete.

Wenn auch öffentliche Demonstrationen seither nicht mehr vorkamen, erklärten sich doch immer wieder Vertriebene „aus Liebe zur Heimat“ gegen die Oder-Neiße-Grenze und zitierten zuweilen sogar öffentlich aus westdeutschen Vertriebenen-Publikationen. Noch 1960 erklärte das DDR-Innenministerium die starke Beteiligung von Vertriebenen an der „Republikflucht“ mit Einflüssen westdeutscher Verwandter oder Bekannter. Bis zum Mauerbau wurden „vielfach“ weiterhin „Umsiedler-Zeitungen illegal“ in die DDR eingeführt und hatten republikflüchtig gewordene Vertriebene zuvor „an Umsiedler-Treffen in Westdeutschland bzw. Westberlin“ teilgenommen.

Dem SED-Regime blieb neben punktueller Repression nur die Hoffnung auf langfristigen Wandel durch „Umerziehung“ der jungen Vertriebenen-Generation. Dabei verschärfte der politische Anpassungsdruck massiv jenen eigendynamischen Generationengegensatz im Umgang mit der alten Heimat, wie er sich damals auch in Westdeutschland entwickelte. Wer in der

DDR Karriere machen wollte, wurde durch Indoktrination und Repressionsdrohung beschleunigt in die Distanzierung vom Heimatbezug seiner Eltern getrieben: So wurde 1952 in Potsdam unter den Gegenständen eines zwanzigjährigen Schülers eine illegale Vertriebenenbroschüre entdeckt. Der Schüler gab daraufhin an, seine in einem mecklenburgischen Dorfe lebenden Eltern würden „von irgend einer Stelle beeinflusst“, denn so oft er „zu Hause weilte[,] erzählten die Eltern, daß es bald heimgeht[,] und immer sogar mit genauen Daten“. Die Urheber solcher Gerüchte zählten vermutlich zu den „erzreaktionären und faschistischen Elementen“ seiner alten Heimat.

Fast zur selben Zeit erklärte 1952 ein dreiundzwanzigjähriger SED-Funktionär einem Westreporter voller Stolz, „daß er eines Arbeiters Kind sei, aus Schlesien, und unter kapitalistischen Verhältnissen niemals den Aufstieg zum Referenten des [thüringischen] Ministerpräsidenten hätte nehmen können“. Diese Episode demonstriert, daß die raschen Erfolge des SED-Staates unter etlichen jüngeren Vertriebenen – von westdeutschen Beobachtern schon in den fünfziger Jahren des öfteren registriert – nicht nur auf Manipulation und Repression basierten, sondern auch auf realen sozialen Aufstiegsangeboten.

### **III. Der kirchliche Schutzraum**

Kirche bot vielen Vertriebenen auch organisatorisch eine „Heimat“ – zumindest als lebensweltliche Nische. Die evangelische Kirche Brandenburgs hatte 1948 begonnen, ein Netzwerk kirchlicher Flüchtlingsbeauftragter zu installieren. In Sachsen waren 1949, ähnlich wie in Bayern, Landespfarrer für Vertriebene bestellt worden. Vor allem sorgte sich die SED über „die systematische Arbeit der Kirche zur Beeinflussung der Jugend“. Noch 1965 befaßten sich evangelische Kirchensynoden in der DDR mit der Ost-Denkschrift der EKD, wobei der provinzsächsische Bischof Jänicke ausdrücklich feststellte, „die Frage nach dem Recht der Heimat“ sei „weder

völkerrechtlich noch theologisch letztlich beantwortet“. Kirchliche Erklärungen bildeten somit in der DDR langfristig eine Neben- und Gegenöffentlichkeit zum SED-Totalitarismus. Die wenigsten SED-Funktionäre begriffen jedoch den wichtigen Beitrag der Kirchen zur allmählichen Integration der Vertriebenen in der DDR. Die SED-Sicherheitsapparate suchten in kirchlichen Vertriebenen-Diskursen lediglich krampfhaft nach revanchistischen Symptomen. 1951 forderte Mdi-Staatssekretär Warnke die Kirchenleitungen auf, „organisationsähnliche“ Zusammenschlüsse von Vertriebenen innerhalb der Kirchen strikt zu unterbinden. Gleichzeitig waren kirchliche Vertriebenen-Schriften fortan „als illegal anzusehen und zu verbieten“. Doch wenn 1960 im „Evangelischen Frauenwerk“ Brandenburgs weiterhin „Themen wie ‚Schlesien einst und jetzt‘ oder ‚Die Zukunft gehört uns‘ behandelt“ werden konnten, scheint die institutionelle Schutzfunktion der Kirchen intakt geblieben zu sein.

Das galt erst recht für volksdeutsche Vertriebene aus Südosteuropa. Diese ohnehin oft isoliert lebenden Vertriebenengruppen fügten sich nicht einmal in die katholischen oder evangelischen Groß-Kirchen der DDR ein, sondern schotteten sich in gegen äußeren Druck besonders resistenten Freikirchen ab. Die 1949 geäußerte Annahme des SED-Umsiedlerreferenten, „es wäre ein leichtes, mit dem Polizeiapparat dazwischen zu gehen“, wurde vom SED-Regime kaum je zu erproben gewagt. Lediglich die „ernsten Bibelforscher“ oder „Zeugen Jehovas“, die bereits im NS-Staat verfolgt worden waren, gerieten in der DDR in eine totalitäre Repressionskontinuität.

Am ehesten vermochte das SED-Regime von den Kirchen formelle Anpassung zu erzwingen, etwa bei der Zwangsumbenennung der evangelischen Landeskirchen Pommerns und Schlesiens, deren Namen an diese verlorenen Ostgebiete erinnerten und vom Regime als „revanchistisch“ interpretiert wurden. Selbst dann dauerte es bis 1968, bevor die Umbenennung der pommerschen Kirche zur „Landeskirche Greifswald“ erfolgte und die

schlesische Kirche zur „Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebiets“ mutierte. Die kirchliche Resistenz bröckelte im Zuge des Generationswechsels um 1970.

#### **IV. Literatur und Erinnerung**

Erinnerung an die alte Heimat vermochte hin und wieder auch in der DDR-Literatur aufzuscheinen. Freilich ging es dieser Literatur weniger um den Verlust der alten Heimat als um die Anfänge in der DDR. Auch standen nicht so sehr die Erfahrungen der älteren Erlebnisgenerationen im Vordergrund, sondern das Bedürfnis der jüngsten Erlebnisgeneration, sich ihrer Kindheitserlebnisse im Lichte späterer DDR-Anpassung neu zu vergewissern. Der Thematisierung des „Umsiedlerproblems“ in der DDR-Geschichtswissenschaft Ende der achtziger Jahre ging entsprechendes in der Belletristik voran: Daß DDR-Romane, welche – wie Armin Müllers „Der Puppenkönig und ich“ (1986) oder Ursula Höntschs „Wir Flüchtlingskinder“ (1985) – die Vertreibungserfahrung aus Kinderperspektive ansprachen, in der DDR mehrere Auflagen erleben durften, belegt die gesellschaftliche Nachfrage nach diesem späten Tabubruch.

Der aus Schlesien vertriebene Armin Müller hatte schon zwei Jahrzehnte zuvor (1965) einen Gedichtband unter dem Titel „Reise nach S.“ publizieren können. Am „Grab des Vaters“ in Schlesien erwachten wehmütige „Erinnerungen“, doch zugleich mußte der vertriebene Besucher aus der DDR feststellen, daß „in der durch den Schlagbaum von dir abgetrennten Vergangenheit“ längst neues „Kinderlachen“ erklang. Nicht das aus politischer wie menschlicher Einsicht entspringende Loslassen der verlorenen Heimat – das die SED-Politik frühzeitig abverlangt hatte –, sondern der zulässige Ausdruck individuellen Schmerzes ist hier bemerkenswert.

Die 1976 publizierten „Kindheitsmuster“ von Christa Wolf thematisierten ebenfalls die Vertreibung aus der Kindheits-Heimat. Erneut erklärt sich

Vertreibung aus den NS-Verbrechen und der Kollektivschuld der Mitläufer, zugleich aber wird die Prägung auch der DDR-Nachkriegszeit durch die Vertreibungserfahrung bewußt gemacht – genauer: durch den sehr unterschiedlichen Umgang der drei Erlebnisgenerationen mit dieser Erfahrung. Vor allem die alte Generation, so Wolf, habe „den Auszug aus der Heimat nicht unbeweint“ gelassen. Dennoch habe sich die mittlere Generation „als die eigentlich Betroffenen und die eigentlichen Verlierer“ gefühlt und daraus „das Recht“ abgeleitet, „zu jedermann ungerecht zu sein, besonders aber zu den Alten, die ihr Leben gelebt, und zu den Jungen, die es noch vor sich hatten“.

Im Zuge einer veränderten SED-Geschichtspolitik der 1980er Jahre, die selbst Preußen zu rehabilitieren begann, konnte Ursula Höntschs Roman „Wir Flüchtlingskinder“ 1985 deklarieren: „niemand“ habe „die Aussiedlung vergessen, weil kein Mensch vergißt, woher er gekommen ist“. Entsprechend wird im Roman die Unvereinbarkeit der politischen Formel von der „neuen Heimat“ und des Festhaltens vieler Vertriebener an der alten Heimat gezeigt. Selbst in der SED organisierte Vertriebene hätten im ersten Nachkriegsjahrzehnt „meistens [...] von der Heimat“ geredet. Zugleich konstatiert Höntsch ähnlich wie Wolf – vor allem im 1990 erschienenen Roman „Wir sind keine Kinder mehr“ – eine wachsende Entfremdung zwischen den Generationen. Die junge Generation wollte häufig lieber zukunftsgerichtet Sozialisten als rückwärtsgerichtet Vertriebene sein, illegale westdeutsche Vertriebenenzeitungen oder die Oder-Neiße-Grenze wurden von ihr ganz anders beurteilt als von den Eltern.

Dabei legt Höntsch auch das repressive Zusammenwirken der politisch-ideologischen und der sozialen Anpassungszwänge bei der Verdrängung von Vertriebenen-Identität offen. Schon der Anpassungsdruck der feindseligen alteingesessenen Bevölkerungsmehrheit habe bei vielen jungen Vertriebenen bewirkt, ihre Herkunft möglichst zu verschweigen und schließ-

lich zu verdrängen. „Auch die anderen Umsiedler in meiner Klasse“, so heißt es im Roman, „erzählten niemandem, daß sie aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland kamen. Selbst untereinander redeten wir kaum noch von der einstigen Heimat. Nicht weil wir unsere Kindheit vergessen hätten, verdrängten wir unsere Herkunft, nein, aus Scheu, als Fremdlinge betrachtet zu werden.“ Der Roman erinnerte an die feindseligen Rufe „Pollacken raus!“ – „Haut ab, dorthin, wo ihr hergekommen seid!“ Den Kindern „aus dem Osten“ sei „gar nichts anderes übrig“ geblieben, „als alles zu tun, um nicht aufzufallen, um als gleichwertig anerkannt zu werden“.

Sind solche gesellschaftlichen Konflikte auch in der Bundesrepublik anzutreffen, so wurden sie in der DDR durch den massiven politischen Anpassungsdruck der SED-Diktatur noch verschärft. Ältere Vertriebene wehrten sich gegen die in die DDR-Propaganda übernommenen Rechtfertigungen der polnischen Herrschaft in den angeblich „wiedergewonnenen“ urslawischen Gebieten – eine plumpe Propaganda, der selbst anpassungsbereite junge Vertriebene widersprachen. Doch wenn die ältere Generation Konflikte mit Funktionären nicht scheute, wenn jemand in amtlichen Dokumenten als Geburtsort „Reichenbach in Schlesien“ angab, „was ihm übel ausgelegt wurde, weil es Schlesien ja nicht mehr gäbe“, so scheint die junge Generation solche SED-Tabus bereitwilliger akzeptiert zu haben. Diesen Zwang zum Selbstzwang erinnert Höntschs Protagonistin wie folgt: „Die Orte und Namen meiner Kindheit waren nirgendwo mehr zu finden; ihre Tilgung galt als politisches und moralisches Schuldbekenntnis und als Anerkennung der europäischen Neuordnung. Wie also hätte ich Liegnitz sagen können, ohne Zweifel an meiner Redlichkeit, meinem politischen Bewußtsein aufkommen zu lassen?“ Erst vierzig Jahre nach Kriegsende konnte dergleichen in der DDR gedruckt und gelesen werden – das Ende eines langen Nachkriegs und seiner Tabus.

## V. Fazit

Die „Umsiedlerpolitik“ der DDR unterschied sich von der „Vertriebenenpolitik“ der Bundesrepublik deutlich – gerade auch durch die frühzeitige SED-Forderung nach rückhaltloser Anerkennung der deutschen Gebietsverluste, welche Vertriebene in der DDR unter enormen Anpassungsdruck setzte. Auch die Wirkung politischer Repression scheint sich im Laufe der Zeit verstärkt zu haben. Ging die westdeutsche Forschung 1954 davon aus, daß sich zahlreiche ältere Vertriebene den Assimilationszwängen der DDR wenigstens „innerlich [...] widersetzt[en]“, glaubte man seit Mitte der sechziger Jahre, gerade weil die Vertriebenen in der DDR „stärker zur Anpassung gezwungen“ worden seien „als ihre Landsleute in Westdeutschland“ und keine „besondere Bevölkerungsgruppe“ mehr bilden dürften, sei „mit einer weitgehend erfolgten Eingliederung der Vertriebenen in Mitteldeutschland“ zu rechnen. Ein Blick auf die DDR-Literatur der siebziger und achtziger Jahre relativiert jedoch diesen im Wortsinne oberflächlichen Blick und verweist auf ein Syndrom aus Zwang, Anpassung und Verletztheit.

Gerade diese Widersprüchlichkeit ist es, die den Umgang mit dem Verlust des deutschen Ostens in Bundesrepublik und DDR im Kern nicht als west-östliche Kontrastgeschichte darstellbar macht. Statt dessen ist die DDR-Entwicklung untrennbarer Teil einer zutiefst gesamtdeutschen Nachkriegs-Erfahrung – des in beiden Teilen Deutschlands trotz aller Unterschiede gemeinsamen Schwankens zwischen einseitiger Politisierung, partieller Verdrängung und schmerzlicher Erinnerung. ■

## **Literatur**

Neben Beständen des Bundesarchivs Berlin, des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv sowie des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden wurde für vorliegenden Beitrag auf folgende Literatur zurückgegriffen:

DDR hat auf allen Gebieten Alternative zur Politik der Vergangenheit. In: Neues Deutschland v. 17.7.1970, S. 4. – Dirksen, Hans-Hermann: „Keine Gnade den Feinden unserer Republik“. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945-1990, Berlin 2003. – Frantziöch-Immenkeppel, Marion: Die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Flucht, Vertreibung, Aufnahme und Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28 (1996), S. 3-13. – Heidemeyer, Helge: Vertriebene als Sowjetflüchtlinge. In: Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. Hg. v. Dierk Hoffmann, Marita Krauss und Michael Schwartz, München 2000, S. 237-249. – Herbst, Andreas/Ranke, Winfried/Winkler, Jürgen: So funktionierte die DDR. Band 1: Lexikon der Organisationen und Institutionen. Abteilungsgewerkschaftsleitung (AGL) – Liga für Völkerfreundschaft der DDR; Band 2: Lexikon der Organisationen und Institutionen. Mach-mit-Bewegung – Zollverwaltung der DDR; Band 3: Lexikon der Funktionäre, Hamburg 1994. – Hobsbawm, Eric: Das Jahrhundert der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995. – Höntsch, Ursula: Wir sind keine Kinder mehr. Die Geschichte einer Jugend, Halle/Leipzig 1990. – Höntsch-Harendt, Ursula: Wir Flüchtlingskinder. Roman, Halle/Leipzig 3. Aufl. 1985. – Just, Regine: Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 35 (1987), S. 971-984. – Kielmannsegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000. – Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1965, Gütersloh 1967. – Kirchner, Hubert (Hg.): Kirchen, Freikirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR. Eine ökumenische Bilanz aus evangelischer Sicht, Berlin 1989. – Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staats-

gründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 4. Aufl. 1989. – Kuby, Erich: In einem anderen Land, – In der Deutschen Demokratischen Republik. In: Frankfurter Hefte 7 (1952), S. 417-432. – Lehmann, Albrecht: Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990, München 2. Aufl. 1993. – Lehmann, Hans-Georg: Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979. – Mayer, Hans: Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik, Frankfurt/M. 1991. – Meinicke, Wolfgang: Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945-1952. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 36 (1988), S. 867-878. – Müller, Armin: Der Puppenkönig und ich. Roman, Rudolstadt 2. Aufl. 1987. – Müller, Armin: Reise nach S. Gedichte, Berlin (Ost) 1965. – Niemann, Heinz: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993. – Pieck, Wilhelm: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908-1953, 3 Bde., Berlin 1950-1954. – Raddatz, Carlies Maria: Kirchliche Bemühungen um Aufnahme und Integration der Vertriebenen im Konflikt zum Staat am Beispiel der Pommerschen Evangelischen Kirche. In: Wille, Manfred (Hg.): Fünfzig Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 214-223. – Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln e.a. 1999. – Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961, München 2004. – Seraphim, Peter-Heinz: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, Berlin 1954. – Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 2. Aufl. 1987. – Storbeck, Dietrich: Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozialstatistische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich, Berlin 1964. – Suckut, Siegfried: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheits-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986. – Ulbricht, Walter: Die Grundlagen der deutsch-polnischen Freundschaft. In: Neues Deutschland Nr. 272 v. 21.11.1948, S. 3. – Wille, Manfred: SED und „Umsiedler“. Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt. In: Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-

Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 91-104. – Wolf, Christa: Kindheitsmuster. Roman, Berlin/Weimar 1976. – Zank, Wolfgang: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987.

# **Schule als gesellschaftlicher und politischer Seismograph: Der historische deutsche Osten im Unterricht**

---

*Jörg-Dieter Gauger/Günter Buchstab*

## **Die Bedeutung von Schule und Unterricht**

Ernest Renan hat einmal formuliert, eine Nation als Geschichtsgemeinschaft lebe von der Teilhabe an „Ruhm *und* Reue“: Beides verbinden zu können und zu wollen, ist Zeichen von Normalität in Deutschland. Daher ist es auch ein Zeichen von Normalität, wenn heute, 50 Jahre später, sich ein Thema wieder Bahn bricht, das man „entsorgt“ zu haben glaubte, das Thema von Flucht und Vertreibung und des Verlustes der ehemals deutschen Ostprovinzen. Der Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ zeigt nur, daß das „Entsorgen“ nicht funktioniert, auf beiden Seiten nicht;

denn es ist kein Streit der Argumente, es ist ein Streit der Gefühle. Auf der einen Seite wird unterstellt, die Deutschen wollten Geschichte umschreiben, wollten endlich die Täter- mit der „Opferrolle“ vertauschen, und auf der anderen Seite, man wolle ihnen das Trauern um sich selbst verbieten, wolle die „Unfähigkeit zu trauern“ durch die moralische „Unmöglichkeit zu trauern“ ersetzen. Das sind Konsequenzen des Schweigens. Schweigen führt zu Verkrümmungen, zu Ängsten, zu Ritual und Formelkompromiß. „Zwar kann die Gerechtigkeit nicht durch einen Akt des Rechts erwirkt werden, denn so viel Unrecht läßt sich konkret gar nicht sühnen, aber schon seine Aufdeckung, seine Benennung, das Sprechen darüber führt zu einer Entsühnung und damit Versöhnung“ (Karol Sauerland). In diesen Dialog müssen die Vertriebenen selbstverständlich einbezogen werden. Es wäre freilich eine Verkennung der Realität, sie als *pars pro toto* zu verstehen, geschweige denn, da und dort als verunglückt interpretierte oder interpretierbare Aussagen verallgemeinern zu können.

Ein sehr viel genauerer Seismograph für den Stellenwert historischer Themen sind Schule und Unterricht, Lehrpläne und Schulbücher: Was sie thematisieren oder was nicht und wie sie thematisieren, zeigt an, wie ein Thema gesamtgesellschaftlich und politisch gewertet und beurteilt werden soll: Denn die Schule ist der einzige Ort in jeder Gesellschaft, dem bekanntlich keiner entkommt, und in dem es um systematische Wissensvermittlung geht; sie ist jene Übergangsinstitution, in der die Erwachsenengeneration der nachwachsenden Generation auf den Weg gibt, was sie wissen soll und wovon die Erwachsenengeneration überzeugt ist, daß es wertvoll sei, wenn es vermittelt werde. Der Auftrag der Schule ist verankert in Gesetzen und Erlassen, die ihren Rahmen setzen und das spiegeln, was bildungspolitisch für richtig und daher vermittelenswert angesehen wird. Dabei liegt der Akzent auf „politisch“, daher folgt die Schule sich verändernden politischen und gesellschaftlichen Vorgaben, die sich an Mehrheiten orientieren und

das dominante politische Klima verkörpern; daher gibt sie Auskunft über den jeweiligen „Zeitgeist“.

### **Ein prägnantes Beispiel: Die Metamorphose eines Schulbuchs**

Legt man eines der maßgeblichen Sozialkundebücher der Bundesrepublik in Auflagen der 1960er und der 1970er Jahre nebeneinander, nämlich Wolfgang Hilligens „Sehen, beurteilen, handeln“ – damals hochangesehener und einflußreicher Didaktiker der Politischen Bildung in Gießen –, dann fällt sofort ins Auge, wie sich die beiden Auflagen unterscheiden:

In der 68er Ausgabe (verglichen wurde mit 1965) wird das Problem der Vertreibung nach einem noch sehr kritischen DDR-Kapitel auf dreieinhalb Seiten behandelt. Insbesondere werden die Integrationserfolge angesprochen:

- „Neue Heimat für Millionen
- Woher – wohin mit: Schlesien/Pommern und Brandenburg/Nicht ohne Opfer
- ... Lastenausgleich/Nicht nur Lasten/Wie es zu Vertreibung kam, mit kurzem Rekurs auf 1939/Auschwitz/Zwangsarbeiter und Potsdam mit dem Hinweis: Unter ‚Polen‘ verstand die Sowjetunion auch die deutschen Ostprovinzen.

*Damit war die Austreibung von 15 bis 20 Millionen Deutschen aus ihrer jahrhundertelangen Heimat beschlossen. Etwa 2 Millionen blieben zurück, über 3 Millionen kamen um oder sind vermißt. Jeder sechste Deutsche hat bei der Vertreibung den Tod gefunden. Eine Konferenz amerikanischer Bischöfe bezeichnete 1947 die Vertreibung der Ostdeutschen als ‚eines der größten Verbrechen der Weltgeschichte‘ und ‚einen Vorgang, den es noch nicht gegeben hat‘.“* Daran schließt Hilligen unter der Überschrift *„Eine schwere Frage: Soll die Bundesrepublik um des Friedens willen die Oder-*

*Neiße-Linie als derzeitige (sic!) Grenze anerkennen oder nicht? In den nächsten Jahren wird eine Entscheidung über diese Frage gefällt werden ...“ an. Besonders eindrucksvoll sind die „Vorschläge für die Mitarbeit“: „Deutsche Sprachgebiete vor und nach 1945/Was wurde in den deutschen Ostgebieten produziert? Welche großen Deutschen lebten in den deutschen Ostgebieten?/Welche Baudenkmäler aus dem deutschen Osten sollte jeder kennen?/Der deutsche Osten ist nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Pflug gewonnen worden. Bericht über die Ostsiedlung/Heimatvertriebene in der Gemeinde und im Bundesland./Wie hoch ist der Prozentsatz der Eheschließungen zwischen Heimatvertriebenen und Einheimischen?/ Welche neuen Gewerbe brachten die Heimatvertriebenen mit?“ „Nicht Rache und Vergeltung.“ Unter dieser Überschrift wird aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen zitiert und betont: „In der gleichen Erklärung wird aber auch verlangt, daß das ‚Recht auf Heimat‘ als ein Grundrecht der Menschheit anerkannt wird.“*

In der Auflage 1970/75 (2) werden zwar einige Passagen der alten Ausgabe übernommen, aber jetzt grundlegend neu akzentuiert:

1. expressis verbis hervor- und damit zum fundamentalen Kausalzusammenhang erhoben wird die vormals nur indirekt angedeutete Sequenz: NS-Untaten – Vertreibung: *„Was zwischen 1939 und 1945 geschah, war die Ursache zur Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat ...“*
2. Der wertende Passus wird entscheidend verkürzt: *„(Unter ‚Polen‘ verstand die Sowjetunion auch Ostdeutschland [s. o.]). Das bedeutete: Austreibung von 15 bis 20 Millionen Deutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat. Etwa 2 Millionen bleiben zurück, über 3 Millionen kamen um oder blieben vermißt.“*

Der frühere Passus über das Unrecht der Vertreibung fehlt. Offenbar hat diese Perspektive in der Einschätzung des Verfassers keine Berechtigung mehr; vielmehr soll der Schüler die Folgerung ziehen, das Leid, das die Deutschen brachten, habe das Leid, das über die Deutschen kam, zur logischen, daher Verständnis voraussetzenden Konsequenz.

3. Die Lastenausgleichsproblematik („*Wer soll die Lasten tragen?*“) wird nur noch verkleinert gesetzt, betont wird aber noch: „*Heute wissen wir, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge mit ihrer Arbeitskraft zurückzahlen, was sie durch Lastenausgleich erhalten. Ohne die Vertriebenen wäre der Aufstieg der deutschen Wirtschaft nicht möglich gewesen.*“
4. Daran schließt sich aber nun ein neues Kapitel an: „Von der Oder-Neiße-Linie zur Oder-Neiße-Grenze“, wobei jetzt unter Auslassung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ die nebeneinander gestellten Fragen: „Recht auf Heimat“ – „Rache und Vergeltung“ – „Neues Heimatrecht“ durch Verweis auf das 68er Memorandum des Bensberger Kreises, einen Artikel in der Wiener Arbeiterzeitung vom 8. September 1967 und auf ein Interview mit dem ehemaligen Moskauer Botschafter Helmut Allardt als beantwortet erscheinen, und zwar zugunsten des Status quo und der Abgeschlossenheit der Frage, unterstützt noch durch einen ebenfalls neu aufgenommenen Meinungskasten, nach dem seit 1953 immer mehr Menschen glauben, daß die Ostgebiete „für immer“ verloren sind. Die völkerrechtliche Dimension des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1973 wird 1975 noch nicht erwähnt.
5. Die noch 1968 geforderten Wissensbestände bezogen auf die Vertreibungsgebiete sind *völlig ausgelassen*: d. h. man braucht auch nichts mehr darüber zu wissen, weil es ja eben polnisches Gebiet sei; dadurch wird zugleich aber auch jeder vorgängige kulturelle Bezug endgültig eliminiert.

An der Metamorphose dieses sehr einflußreichen Schulbuchs wird erkennbar, wie rasch sich innerhalb weniger Jahre die Akzente dessen, was Schule vermitteln soll und damit das erwünschte Geschichtsbild, radikal ändern. Und genau das macht deutlich, wie zentral Schule und Unterricht Bewußtsein prägen wollen und wie sie zugleich abhängig von gesellschaftlichen und politischen Trends sind: Was noch in den 1960er Jahren „gewußt“ werden sollte, ist in den 1970er Jahren obsolet geworden.

### **In Vorbereitung: Eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bereitet daher eine Untersuchung vor, die dem Verhältnis von Deutschen und Polen seit der Ostsiedlung und der Darstellung des historischen deutschen Ostens in Richtlinien und Schulbüchern gilt. Sie soll den Zeitraum von etwa 1999 bis 2005 erfassen. Ziel dieser Untersuchung wird es sein, möglichst breit die deutsch-polnischen Beziehungen in der aktuellen curricularen Entwicklung aufzuarbeiten. Daher soll es nicht um jene vier Fixpunkte gehen, an denen jede detaillierte Untersuchung ansetzen muß – Flucht und Vertreibung 1945ff., den Ostverträgen, den 2+4-Verhandlungen und nicht zuletzt der Ostsiedlung vom 12. bis 14. Jahrhundert –, sondern diese Untersuchung soll auch an weiteren prägnanten historischen Schnittstellen ansetzen: den polnischen Teilungen, dem Verhältnis von Deutschen und Polen im 19. Jahrhundert (1830, Zuwanderung, Posen 1848, Bismarcksche Polenpolitik), den Nationalitätenkonflikten v. a. nach 1919, Polen im Zweiten Weltkrieg (Angriff 1939, NS-Polenpolitik, Deportation und Zwangsarbeit), Solidarnosc und Deutsche Einheit und – als ein heute offenbar breiterer Schwerpunkt – an der Aussiedlerproblematik, die dann auch die weiteren deutschen Siedlungsgebiete im Osten jenseits der ehemaligen Ostprovinzen (v. a. Rußland) einzubeziehen erlaubt. Nicht behandelt wird die sudetendeutsche Problematik: Das liegt grundsätzlich daran, daß das Verhältnis von Tschechen und Deutschen

in den Unterrichtsmaterialien im Kontext von Flucht und Vertreibung kaum thematisiert wird – bis heute ein offensichtliches Desiderat.

Um Entwicklungen als neu würdigen zu können, ist es unabdingbar, einen Rückblick voranzustellen, der die allgemeinen Tendenzen und die großen Linien bei der Behandlung unseres Themas nach 1945 bis in die 1990er Jahre in Westdeutschland resümiert. Für die Schulpolitik der damaligen DDR war das naturgemäß nur ein Thema im ideologisch vorgegebenen Rahmen und vor dem Hintergrund des Görlitzer Vertrags von 1950. Unter Berufung auf den sog. Antifaschismus wird jenes einheitliche Geschichtsbild übernommen, sowohl bezogen auf Ostkolonisation und Ordensstaat wie auch in der Wertung der Ereignisse von 1945, das der kommunistische Ostblock sich verordnet hat und das sich weder vom polnischen noch vom tschechischen oder russischen unterscheidet. Die deutsche Ostsiedlung erscheint als Raub slawischen Landes. Damit wird das auch für Polen geltende kommunistische Geschichtsbild übernommen: 1945 wurde nur restituieren, was im Mittelalter geraubt wurde; Polen mußte vor einer erneuten deutschen Aggression geschützt werden. Hier kommt das „antifaschistische“ Selbstverständnis zum Ausdruck: Es wurde nach Deutschland ‚um(ge)siedelt‘; von den schrecklichen Abläufen, von Unrecht oder gar der Existenz von Heimatvertriebenen in der ehemaligen DDR keine Spur.

## **Rückblick:**

### **1. Der Rechtsrahmen bis Ende der 1990er Jahre**

Durch die Richtlinien des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen (1952) war die Schreibweise von Orten und die Darstellung der Grenzen geregelt worden. Diese Regelung hatte grundsätzlich bis zu Beginn der 90er Jahre Bestand. So legten die „Grundsätze für die einheitliche Darstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 sowie der innerdeutschen

Grenzen und für die einheitliche Verwendung von Namen und Bezeichnungen in kartographischen Lehrbüchern“ der KMK noch 1981 fest (allerdings unter sofortiger Ablehnung Bremens, daher kam es nicht zum Beschluß), daß die Rechtslage auf entsprechenden Kartendarstellungen zum Ausdruck zu bringen sei. Bereits im November 1954 legte die KMK ihre Empfehlungen zur Behandlung des deutschen Ostens in den Schulen vor, wonach in Fortbildungskursen und in den Historiker-Prüfungsordnungen für Gymnasiallehrer vertieftes Wissen über den Osten verlangt wurde. Der KMK-Beschluß bereitete die Empfehlungen zur Ostkunde vom Dezember 1956 vor. Diese Empfehlungen legten eindeutig den Akzent auf das „Bewußtsein von der deutschen Einheit und den Wille(n) zur Wiedervereinigung“ (der die Ostgebiete einschließt), auf die „Leistung“ des deutschen Ostens, die im „deutschen Geschichtsbewußtsein zu verankern“ sei, womit ein „inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teils ihres Volkes“ erreicht werden, womit sich aber zugleich „ein sachliches und klares Verhältnis“ zu den Völkern Ostmitteleuropas verbinden sollte. Einem eigenen Fach erteilten die Kultusminister eine Absage, statt dessen fungieren diese Ziele als Unterrichtsprinzipien, die natürlich zugleich der Auseinandersetzung der Systeme dienen sollten, wie sie dann 1962 in den Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus präzisiert worden sind. Ebenfalls 1956 wurde in den „Grundsätzen für den Erdkundeunterricht“ und in den „Richtlinien für die Lehrplangestaltung des Erdkundeunterrichts“ in den Stoffkreis „Die deutschen Großlandschaften“ das „Problem der deutschen Ostgebiete“ ausdrücklich einbezogen. „Auch die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie soll der Sextaner als deutsche Heimat kennenlernen.“

Eine erste Veränderung dieser klaren Linie wurde im Juni 1973 offensichtlich, als die KMK ihren Beschluß von 1956 präzisierte und auf unterschiedliche Positionen rekurrierte, die sich im Rahmen der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition auch bildungspolitisch abzeichneten und die bereits beim

Kartenstreit von 1971 deutlich geworden waren: „Die Kultusminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland stellen übereinstimmend fest, daß die mit Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 1956 vereinbarten ‚Empfehlungen zur Ostkunde‘ unbeschadet der in ihnen enthaltenen unveränderten Grundsätze und sachlichen Aussagen heute nicht mehr in ihrer Gesamtheit Grundlage von aktuellen Maßnahmen der Kultusverwaltungen der Länder sind. Sie bestätigen jedoch gleichzeitig nachdrücklich die in den Empfehlungen von 1956 festgestellte Notwendigkeit einer vertieften Beschäftigung in den Schulen und Hochschulen mit den Sprachen, den Kulturen und der Geschichte der osteuropäischen Völker und den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Osteuropa. Sie sehen darin eine wesentliche Voraussetzung für ein besseres Verständnis der Völker und ihrer Probleme sowie für eine erweiterte politische Urteilsbildung. Die Kultusminister und -senatoren werden dieser ihrer Auffassung über die Bedeutung Osteuropas und osteuropäischer Fragen nach wie vor in den Richtlinien für den Unterricht und in den sonstigen Maßnahmen der Kultusverwaltung Rechnung tragen. Dabei wird einstimmig die vom Deutschen Bundestag am 17. Mai 1972 verabschiedete Resolution zu den Ostverträgen zugrundegelegt.“ Das bedeutete konkret: Nur mehr der Hinweis auf die ausstehende friedensvertragliche Regelung ist ausdrücklich Unterrichtsgegenstand; die anderen Felder (Geschichte, Kultur des historischen Ostens) sind nicht mehr allgemeinverbindlich. Die Rechtspositionen spielen auch eine zentrale Rolle im Beschluß der KMK zur Behandlung der „Deutschen Frage im Unterricht“ vom 23. November 1978; sie gingen vom „prinzipiellen Fortbestehen der gesamtdeutschen Staatlichkeit“ aus und schrieben vor, daß der „mittel- und ostdeutsche Raum“ und auch „Landschaften aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten“ zu behandeln seien. Schaut man genauer hin, so sind das freilich nur noch Marginalien. Im wesentlichen konzentrierten sich die Empfehlungen auf das Verhältnis Bundesrepublik und DDR, die den eigentlichen Kern der

Deutschen Frage bildeten; die Ostgebiete sind „ehemalig“, ihr Verknüpfung mit der deutschen Einheit war höchstens rechtlich gegeben.

Derzeit haben wir einen weithin KMK-freien Raum, denn alle Empfehlungen, Beschlüsse etc. wurden 1990/91 aufgehoben. Nur die Namensregelung wurde in neue „Grundsätze“ gefaßt; danach „erfolgt die Darstellung der Grenze des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 nur auf solchen thematischen Karten, bei denen diese Grenze eine sich aus der Kartenthematik ergebende inhaltliche Bedeutung besitzt ...“ Zu den Ortsnamen wird formuliert: „Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen vom 3. Oktober 1990 gelegene Städte und Ortsnamen sind in den Karten für den Gebrauch an deutschen Schulen entsprechend den internationalen Gepflogenheiten mit den herkömmlichen und allgemein gebräuchlichen deutschen Namen unter Zusatz ihrer landeseigenen Benennung zu bezeichnen“ (Beispiel u. a.: ‚Danzig [Gdańsk]‘). „Aus Gründen der Übersichtlichkeit kann der landeseigene Name entfallen.“ Bis heute gibt es dazu keinen neuen KMK-Beschluß. Das Papier des Schulausschusses der KMK von 1995, das einen weiterführenden Ansatz geboten hätte, wurde nur zur Kenntnis genommen, aber nicht verabschiedet. Nur einige Sätze aus dieser Empfehlung: „Die Verträge mit unseren östlichen Nachbarn sind auf das Ziel gerichtet, auch zwischen Deutschen, Polen und Tschechen ein gleich gutes und enges Verhältnis (wie zu Frankreich; Verf.) herzustellen, das der gemeinsamen Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis entspricht. Ein Weg in diese Richtung führt über die Erinnerung an die jahrhundertlang gemeinsam durchlebte, von vielen gegenseitigen Verbindungen geprägte Geschichte und Pflege der zum Teil in fruchtbarer Zusammenarbeit geschaffenen Kultur als gemeinsames Erbe.“

Somit stehen wir vor der Situation, daß angesichts von 16 verschiedenen Kultuspolitiken nicht nur die Schulformen, sondern auch die Lehrpläne in einer Weise divergieren, die kaum noch Vergleichbarkeit zuläßt. So ist es

ein Unterschied, ob man, wie Schleswig-Holstein (1997), sich auf ganz allgemeine Rahmenpläne beschränkt, mit nur wenigen Stichworten, oder ob man – wie vor allem in CDU/CSU-geführten Ländern – mehr oder minder detaillierte inhaltliche Angaben formuliert (etwa: Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg). Und es ist ein (hier natürlich nur im Grundsatz betonter) Unterschied, ob man primär chronologisch, im Sinne einer aufzubauenden Zeitleiste, oder ob man eher strukturgeschichtlich vorgeht, also moderne Themen („Schlüsselthemen“ o. ä.) an historischen Beispielen illustriert (z. B. „Migration“) und auf diese Weise einen besonderen „Gegenwartsbezug“ herzustellen versucht. Die Gefahr ist, Geschichte zum Steinbruch für durchgängige und damit überzeitliche historische Phänomene werden zu lassen („Längsschnitt/Strukturen“), wenn nicht komplementär der chronologische Zusammenhang gewahrt bleibt; das betrifft insbesondere die integrierten Fächer in der Sekundarstufe I. Schließlich befinden wir uns nach der Jahrtausendwende in einer neuen Phase der Lehrplan-Revision in allen Bundesländern; daher beschränken sich die folgenden Bemerkungen auf das Ende der 90er Jahre. Inwieweit die öffentliche Diskussion um „Flucht und Vertreibung“ seit Günter Grass‘ „Krebsgang“ auch hier wieder neue Formen und Beurteilungen auslöst, wird das eingangs skizzierte Projekt zeigen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß sich die bis 1999 zu beobachtenden Tendenzen und Aspekte grundsätzlich verändern. Wünschenswert wäre allerdings, in ein solches Vorhaben auch polnische oder tschechische Materialien einzubeziehen.

## **2. Die Marginalisierung des Themas seit Ende der 1960er Jahre**

Generell läßt sich dreierlei feststellen:

1. Das Thema wird seit Ende der 60er Jahre und dann im Gefolge der sozialliberalen Ostpolitik marginalisiert oder teilweise sogar verdrängt.

2. Es wird seit Ende der 70er Jahre v. a. die polnische Sicht immer wieder miteinbezogen („Multiperspektivität“, das betrifft insbesondere die Ostsiedlung).
3. Durch intensive Schilderung der NS-Verbrechen an und in Polen, in der Sek. I und wiederholt in der Sek. II, wird das chronologische und kausale Prius, also die vorhergehenden deutschen Verbrechen und die Folgen und daher der Zusammenhang von Schuld und Sühne – wenn nicht immer ausdrücklich thematisiert –, so doch zumindest durch den Kontext unmittelbar nahegelegt.

Nur als eindrucksvolles Beispiel zitiert seien die Richtlinien und Lehrpläne Geschichte Sek. II Gymnasium/Gesamtschule NRW (1999, JgSt. 13,1).

„*Polenpolitik*: Der Versuch, eine Nation zu vernichten: Ideologie des deutschen ‚Lebensraums‘ und Herrschaftssystems in Osteuropa; Der Hitler-Stalin-Pakt: die vierte Teilung Polens; Deutsche Besatzungspolitik, Fallanalyse: die ‚Aktion Zamosc‘ 1942/43; National-polnischer und polnisch-jüdischer Widerstand: Ghetto-Aufstand 1943 und Warschauer Aufstand 1944.

*Die Nachkriegszeit und die Last der Vergangenheit*: Kriegsende: Entscheidungen der Alliierten, Flucht und Vertreibung, Entnazifizierung durch die Besatzungsmächte ... Deutschland und Polen: Die Frage der Oder-Neiße-Grenze, von der sozialliberalen Ostpolitik 1970/72 zu einer neuen Nachbarschaft 1990/91 ...

– *Alternativen oder Ergänzungen* (Beispiele): Lernort Auschwitz (Studienfahrt) ... Polnische ‚Fremdarbeiter‘ im Deutschen Reich (Lokalgeschichte); Die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert ... Der Versailler Vertrag und die Auseinandersetzungen in den Abstimmungsgebieten ... DDR und Volksrepublik Polen: eine verordnete Freundschaft.

– Gegenstandsbereiche für *Facharbeiten* (Beispiele): Der polnische Aufstand 1830/31 und die Reaktionen der deutschen Nationalbewegung; Deutschland und Polen in der Zwischenkriegszeit; Die preußische ‚Ostmarkenpolitik‘ im Deutschen Kaiserreich; Die Rolle der Kirchen bei der deutsch-polnischen Aussöhnung ...“ Bemerkenswert ist hier, daß der 1998 noch vorgesehene Hinweis auf die Ostsiedlung weggefallen ist.

### 3. Allgemeine Tendenzen in Richtlinien und Schulbüchern

Selbstverständlich kommen Joseph von Eichendorff oder Gerhart Hauptmann immer noch aus Schlesien, findet die preußische Königskrönung immer noch in Königsberg/Ostpreußen statt, hat Immanuel Kant dort gewirkt und hat Friedrich II. Schlesische Kriege geführt. Was aber heute nirgends mehr zur Sprache kommt, ist der historische deutsche Osten als solcher, in Form eines Rückblicks, Exkurses mit Hinweis auf die Kulturleistungen und den historischen Beitrag dieser Regionen zur deutschen National- und europäischen Geschichte, zur Bildung von Neustämmen etc. Das betrifft auch die Schulbücher, die höchstens einmal eine allgemeine resümierende Bemerkung dazu fallen lassen (z. B. 1996: „*Ein Viertel der Fläche des Deutschen Reiches von 1937 ging verloren; die jahrhundertealte deutsche Siedlungs- und Kulturtätigkeit fand in diesem Raum ein abruptes Ende ...*“). Ebenso wenig spielen die Vertriebenen, die Charta von 1950 usf. eine besondere Rolle; in den Schulbüchern wird da und dort noch die Integrationsleistung der Bundesrepublik nach 1945 positiv gewürdigt, oder es werden – ebenfalls sporadisch – auch die Probleme des Zusammenlebens angesprochen (z. B. 1995: „*Das Wort ‚Flüchtling‘ wurde über Jahre hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für ‚unerwünscht‘*“). Oder es wird die Parallele zur Gastarbeitersituation gezogen („*Die deutschen Flüchtlinge wurden in Notunterkünften untergebracht. Nicht selten waren es die Baracken, in denen zuvor die unter der nationalsozialistischen Herrschaft verschleppten Arbeitskräfte gelebt hatten ... Für die ‚Gastarbeiter‘*“).

die bereits ab 1955 zum Gelingen des deutschen ‚Wirtschaftswunders‘ beitrugen, waren vielfach die Barackenlager wieder gut genug.“). Ansonsten fungieren sie höchstens noch und ganz vereinzelt als Oppositionselement gegen die sozialliberale Ostpolitik (vgl. 1985: „Besonders die Vertriebenen und die ältere Generation ... brachten gegenüber den Vertragsformulierungen erhebliche Bedenken vor.“; oder 1996: „*Wer nur an das eigene Recht dachte, mußte die Sicherheit der Grenzen der Nachbarn gefährden. Wer die Unversehrtheit des Reiches von 1937 betonte, schien die Folgen des II. Weltkrieges vergessen zu haben. Wer sich nur noch auf einen Rechtstitel berief, zu dem es keine realistische Basis mehr gab, geriet in Gefahr, verloreren Wunschbildern nachzuhängen*“).

Der Zusammenhang von deutscher Schuld und Reaktion (Vergeltung/Sühneleistung) wird in den Richtlinien weithin nur durch den vorgegebenen historischen Konnex: NS-Verbrechen (insbesondere in Polen) – Niederlage – Vertreibung hergestellt; diesen Zusammenhang formulieren dann Schulbücher deutlicher, z. B. 1995: „*Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich der vorher unterdrückten Völker lebten*“; oder 1994: „*1945 wurden die Deutschen in Osteuropa mitverantwortlich für die Verbrechen Hitlers gemacht und millionenfach aus ihren Siedlungsgebieten [Ostprien, Westprien, Pommern, Schlesien, Sudetenland u. a.] in das besiegte und zerstörte Deutschland (sic!) vertrieben*.“ Ein historisches Verständnis für die Aussiedlerproblematik wird nicht geweckt.

Bemerkenswert ist schließlich, daß die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen offenbar nur in NRW Einfluß auf die Richtlinien der 70er Jahre ausgeübt haben, die sich expressis verbis darauf beziehen. In den Schulbüchern der 90er Jahre spielen diese Gespräche keine Rolle mehr, in denen

der 80er Jahre sind sie da und dort im Rahmen der Ostsiedlung berücksichtigt.

Auch bei den genannten vier Fixpunkten – Flucht und Vertreibung 1945ff., den Ostverträgen, den 2+4-Verhandlungen und schließlich der Ostsiedlung vom 12. bis 14. Jahrhundert – lassen sich diese Tendenzen im einzelnen nachweisen. Der Hinweis auf „*Flucht und Vertreibung*“ erscheint entweder im chronologischen Kontext von 1945 (das bleibt das Übliche) oder er wird abgelöst vom chronologischen Zusammenhang unter „Migration“ bzw. unter ein Oberthema gestellt, das die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen, im Längsschnitt aufgreift, dies mit wachsender Tendenz (s. u.). Auch der Hinweis auf das Potsdamer Abkommen ist durchgängig vorhanden, hingegen wird die Konsequenz des Geschehens, der Verlust der Ostprovinzen, nur noch selten hervorgehoben. Das Thema erscheint in der Darstellung der Ereignisgeschichte nach 1945 im Kontext zu anderen vom Krieg betroffenen Personen, deren Schicksal zu den unmittelbaren Kriegsfolgen zu rechnen ist (Trümmerfrauen/Kriegsgefangene/Schwarzmarkt/Fremdarbeiter/Displaced Persons usw.); NRW machte (1993) dabei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eben nicht nur Deutsche vertrieben wurden. Oder es wird zu modernen Phänomenen in Bezug gesetzt (Gastarbeiter, Aussiedler, Asylbewerber). Zeitzeugenbefragungen sahen nur noch Baden-Württemberg (1994), Bayern (1992) und Sachsen (1992) vor. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen wird nur in einzelnen Bundesländern thematisiert. Die Schulbücher setzten hier keine besonderen Akzente, sie beschreiben und illustrieren. Zahlen, Vorgänge etc. werden geschildert, vereinzelt wird die Brutalität des Geschehens kritisiert, wie es der historischen Wahrheit entspricht.

Insgesamt läßt sich aber auch schon für die 70er und 80er Jahre feststellen, daß das Thema nur mehr marginal behandelt wird – und auch hier akzentuiert im Kontext von Schuld und Sühne: „*Den von Deutschland verursach-*

ten Zweiten Weltkrieg als eine entscheidende Ursache für die Teilung Deutschlands und den Verlust der deutschen Ostgebiete verstehen“ (Hamburg 1987). Die deutschlandpolitischen Positionen der 50er und 60er Jahre zur Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Linie werden schon in den 70/80er Jahren nirgends mehr thematisiert; damit wird auch hier deutlich, daß es sich seit dem 1978er Beschluß der KMK nur mehr um eine antiquarische Facette handelt.

Dies zeigt, daß damit ein deutlicher Bruch zu den 50er und 60er Jahren vollzogen worden ist: Damals wurde die Wiedervereinigungsproblematik noch expressis verbis auf das „dreigeteilte Deutschland“ (Bayern, 1966) bzw. auf „Ostdeutschland“ (Hessen, 1952) bezogen: Der Unrechtscharakter der Potsdamer Beschlüsse wird betont (NRW, 1955). Daraus wird die Offenheit der deutschen Frage auch hinsichtlich der Ostgebiete deutlich, ihre Zugehörigkeit zu Deutschland, ihr aktueller Status als fremdverwaltetes Gebiet wird betont: „die z. Zt. unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete und unserer Verhältnis zu den östlichen Nachbarn“ (Niedersachsen, 1964 u. ä. a. m.), mit der Schuldfrage will NRW auseinandersetzen lassen, wobei zugleich das Recht auf Heimat betont und die Oder-Neiße-Linie zu den „ungelösten nationalen Fragen“ gerechnet wird; Rheinland-Pfalz wollte (1957) wie das Saarland (1959) die Zusammengehörigkeit mit den mittel- und ostdeutschen Landschaften erhalten und stärken. Der Verlust für Europa/das Abendland/die abendländische Kultur wird betont („Europa verliert den deutschen Osten“; Hessen, 1952); die Ostgebiete werden als eigens und ausdrücklich zu behandelnde geographische und historische Gebiete ausgewiesen.

Die Auseinandersetzung um die *Ostverträge* werden heute nicht mehr in allen Lehrplänen thematisiert, oder sie werden nur als historisches Faktum aufgeführt. Nach Vollendung der Einheit haben sie einen besonderen Stellenwert nur noch in SPD-geführten Ländern, die auf diese Weise den Bei-

trag der SPD/FDP-Koalition zum Einigungsprozeß betonen wollen und damit in einer aktuellen politischen Diskussion Stellung beziehen. Dieses hier nur kurz skizzierte Bild war durch die Lehrpläne der späten 70er und 80er Jahre bereits vorbereitet. Auch Schulbücher setzen hier einen verstärkenden Akzent, z. B. 1996: „*Eine ausschließlich deutsche Sicht der Landkarte wurde der europäischen und ideologischen Dimension des Problems nicht gerecht ... Das pauschale Blockdenken war damit schon längst nicht mehr angemessen ...*“. Dieser Akzent zeigt sich schon 1973: „*So stand 1945 ein Berg von Haß und Leid zwischen den Menschen beider Völker. Aber auch hier haben Männer und Frauen auf beiden Seiten geduldig daran gearbeitet, nun endlich einen Schluß-Strich unter die leidvolle Vergangenheit zu ziehen. 25 Jahre später bildete der Warschauer Vertrag die Chance eines neuen Anfangs ...*“. Die Anerkennung der historischen Schuld besiegelt der immer wieder (auch nach 2000) abgebildete Kniefall Willy Brandts in Warschau vor dem Denkmal zum Aufstand im jüdischen Ghetto.

Das Thema „2+4“ wird allgemein in allen Lehrplänen nach 1990 genannt; in zwei Lehrbüchern wird betont, daß die CDU sich mit der Anerkennung Westgrenze Polens schwergetan habe.

Der größte Einbruch ist zweifellos bei der Darstellung der Ostsiedlung zu beobachten: In einigen Ländern war das Thema in der Sek. I nicht mehr explizit präsent oder wird in den integrierten Fächern (Sek. I) aus dem chronologischen Kontext herausgelöst und unter die deutsch-polnischen Beziehungen im Rückblick subsumiert. In der Oberstufe hat auch NRW (1999, s. o.) keinen Hinweis. Im chronologischen Kontext präsent ist es in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin (wo es einen deutlich höheren Stellenwert gewann), Mecklenburg-Vorpommern (u. a.: *Sich mit unterschiedlicher Bewertung der Ostsiedlung auseinandersetzen*) und jetzt in Hessen, ausführlich in Sachsen (2001) und in Thüringen (*Erschließung neuer Siedlungsräume, Binnenkolonisation, Ostsiedlungsbewegung, Deutscher Or-*

den, Ordensstaat, Städtegründungen). Eine bemerkenswerte Wandlung zeigte Sachsen-Anhalt: Während in den Rahmenrichtlinien Sekundarschule Geschichte (1994) noch „*Kreuzzüge und Ostexpansion*“ ausdrücklich erwähnt sind, fehlt dieser Hinweis in den das Mittelalter abdeckenden 1997 vorgelegten RR Sekundarschule Förderstufe Geschichte.

In einigen Ländern wird die Gelegenheit genutzt, in diesem Kontext das generelle Verhältnis Deutsche/Slawen oder Deutsche/Polen zu akzentuieren, und zwar unter dem Aspekt schon mittelalterlicher Gemeinsamkeit. Auf die Habsburger Siedlungspolitik („z. B. *Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen; Vergleich mit der mittelalterlichen Ostsiedlung*“) ging Bayern (RS), auf die Frage deutscher Sprachinseln inkl. der Wolgadeutschen Sachsen ein. Die Rahmenrichtlinien Gymnasium/Fachgymnasium Grundkurs Geschichte in Sachsen-Anhalt von 1999 haben unter zeitlicher Zuordnung zur „Aufklärung“ und als „Wahlpflicht“ den Hinweis: „*Deutsche in Rußland; Ansiedlung von Deutschen an der Wolga unter Katharina II./Mutterkolonien gründen Tochterkolonien/Stalins Politik gegenüber den Rußlanddeutschen/Rußlanddeutsche als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.*“ Bemerkenswert war, daß der neue Lehrplan für die Sek. II Gymnasium, Gesamtschule Geschichte (Anhörungsfassung) von Schleswig-Holstein unter „Projektlernen“ als Beispiel eine Einheit „Schwierige Nachbarn: Deutsche und Polen“ vorschlug, mit „*Die unterdrückte Nation; die polnischen Teilungen*“, über „*Migration und Integration*“ im 19. Jahrhundert, „*Minderheiten und Minderheitsrechte*“ bis zu „*Deutsche und Polen in Geschichtsbüchern*“; über die Ostsiedlung wird allerdings kein Wort verloren.

Die Tatsache, daß die Ostsiedlung (o. ä.) aus vielen Lehrplänen schon verschwunden ist, bedeutet schlichtweg, daß die Ereignisse der Jahre nach 1945 und auch die Aussiedlerproblematik dem Schüler gar nicht klar werden können. Allerdings war die Ostsiedlung auch schon in den 70er und

80er Jahren nicht in allen Lehrplänen mehr explizit vorgesehen. Ihre multiperspektivische Darstellung aus deutscher wie aus polnischer Sicht sah Baden-Württemberg vor (1980: „*Erkennen, warum die Ostsiedlung von Deutschen und Polen unterschiedlich bewertet wird*“), zumal es sich nicht um eine „nationale“ Angelegenheit handle („*wissen, daß die Ostsiedlung sich nicht als nationale deutsche Ausdehnung, sondern als Landesausbau vollzieht*“). Das Saarland verknüpfte (1980) damit die gesamte Folgethematik („*Ergebnis: Eindeutschung weiter Gebiete zwischen Elbe und Memel/Transfer: Verlust der Ostgebiete/Vertrag zwischen Deutschland und Polen/Abtrennung der deutschen Ostgebiete und Vertreibung der Deutschen*“ mit Hinweis auf den KMK-Beschluß zur Deutschen Frage im Unterricht).

Die eher zurückhaltende Behandlung in den Lehrplänen seit den 70er Jahren, die auf Ausgleich, Europäisierung und Multiperspektivität angelegt ist, unterscheidet sich deutlich von jenem Ton, der noch in den 50er und 60er Jahren angeschlagen wurde:

- betont wurde damals die kulturelle Mission („*Ausstrahlungen deutscher Kultur nach Osten und Norden*“),
- die damit verbundene „*Pionierleistung*“, die, so wird ebenfalls unisono hervorgehoben, „*durch den Ruf slawischer Fürsten*“ ausgelöst wurde.

Damit wird eine deutliche kulturelle Überlegenheit unterstellt, wie sie etwa Schleswig-Holstein noch 1968 unterstreicht („*Die kulturelle Bedeutung der mittelalterlichen Kolonisation*“), das 1959 sogar noch darauf hinwies: „*Durch die gemeinsame Anstrengung aller deutschen Stände wird germanischer Volksboden wiedergewonnen. Die östliche Landnahme führt zu einer Erweiterung des deutschen Stammesgefüges und weist Deutschland zu, das östliche Grenzland Europas zu sein.*“

In den Schulbüchern der 80er Jahre stand – teilweise unter Bezug auf die deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen – dann eher das Problem der multiperspektivischen, kontroversen Deutung im Mittelpunkt, z. B. 1985: *„Vier Jahre lang bemühten sich deutsche und polnische Experten um gemeinsame Empfehlungen für die Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte in Schulbüchern. Zum Thema ‚Polen und der Deutsche Orden‘ konnte der Abschlußbericht von 1977 nur den völligen Fehlschlag feststellen: In den polnischen Schulbüchern werde, so hieß es da, vor allem die Rolle des Deutschen Ordens als Herrschaftsträger und die Geschichte der Ausdehnung des Ordenslandes durch Kriege und Waffengewalt aufgezeigt. Die westdeutschen Schulbücher würden die Missionsarbeit des Ordens und seine Leistung für die Verbesserung der Lebensverhältnisse betonen. Dieser Problemkreis bedarf trotz gewisser Fortschritte, die auf der Konferenz in Thorn im September 1974 erzielt werden konnten, noch weiterer gründlicher Behandlung.“* Für die 50er/60er Jahre – einmal abgesehen von der üblicherweise sehr viel ausführlicheren Darstellung der Fakten – mag folgende Einschätzung genügen.

1952 – *„Die Deutschen hatten weite Gebiete, die von den Germanen während der Völkerwanderung preisgegeben worden waren, wiedergewonnen. Die Elbe, die seit Jahrhunderten die deutsche Ostgrenze gebildet hatte, rückte in die Mitte des Reiches. Deutsche Kolonisten brachten fremden Völkern (Polen, Böhmen und Ungarn) den wertvollsten Teil ihrer Kultur. Sprache, Recht und Lebensart der Deutschen wirkten noch weiter nach Osten ...“*

1962 – *„... Es wirkte also starkes west-östliches Kulturgefälle. Die Hebung dieser rückständigen Gebiete auf den kulturellen und wirtschaftlichen Stand des Abendlandes war damals nur mit Hilfe deutscher Zuwanderer möglich.“*

In Schulbüchern der 90er Jahre werden weithin die Aspekte: Miteinander, Multikulturalität, Multiperspektivität, Europäisierung und Gegenwartsbezug, weiter ausgemalt z. B. 1995: „*Kulturen treffen aufeinander*“/Photo: „*Die Marienburg in Ostpreußen, ehemaliges Herrschaftszentrum des Deutschen Ritterordens, wurde nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg vom polnischen Staat wiederaufgebaut*“. Daneben stehen Photos einer Moschee und einer Kirche in Rüdeshelm und ein Bild über Sorbisch-Unterricht in Brandenburg/„*Siedlung und Völkerbegegnung im Osten*“/„*Fremde helfen bei der Entwicklung des Landes*“. Oder (1992): „*Der Landesausbau im östlichen Mitteleuropa war wie überall eine herausragende kulturelle Leistung der Menschen des Hochmittelalters.*“ Es finden sich allerdings auch Hinweise auf frühere geschichtspolitische Kontroversen, etwa 1994: „*So wurde von deutscher Seite betont, daß die Siedlungsgebiete der Polen zwischen Oder und Weichsel von germanischen Stämmen bewohnt gewesen seien ... Die Polen dagegen verwiesen auf Funde, die belegen, daß schon vorher slawische Siedlungen im heutigen Polen entstanden seien.*“

Mit den Lehrplanrevisionen seit den späteren 60er Jahren und der 70er Jahre ist ein deutlich verändertes Verhältnis zu den historischen deutschen Ostgebieten und den damit verbundenen Fragen und Problemkomplexen zu konstatieren. Dabei unterscheidet sich die Behandlung etwa in Bayern, Baden-Württemberg und jetzt Sachsen und Thüringen von der in NRW, Niedersachsen oder Brandenburg, um auch parteipolitische Nuancen zu kennzeichnen. Grundsätzlich aber gilt: Der Weg führt weg von einer eindeutig deutschzentrierten Sicht, die – sofern überhaupt –, auf Polen (die Tschechoslowakei/Tschechien ist gar nicht weiter berücksichtigt) nur unter dem Eindruck der offenen Grenzregelung eingeht, den polnischen Standpunkt nicht berücksichtigt, im Zusammenhang mit der Ostkolonisation ein deutliches kulturelles Überlegenheitsgefühl propagiert (was sich naturgemäß auf die Einschätzung der Gegenwart auswirkt) weg zu einer deutlich auf Ver-

ständigung, Gemeinsamkeit, Symbiose (auch in der Rückprojektion auf das Mittelalter) zielenden Grundlinie, die auf Gleichrangigkeit der Partner abstellt und den Wiedervereinigungsgedanken nur mehr auf die DDR beschränkt. Daher verschwindet seit den 70er Jahren auch der im Zusammenhang mit der Ostsiedlung deutliche Kulturüberlegenheit signalisierende Ton der Nachkriegsrichtlinien (er wird in den 70er/80er Jahren nur mehr höchst zurückhaltend angedeutet); damit verbindet sich aber auch der Ansatz, Reizthemen entweder auszublenden oder zu reduzieren (das betrifft seit den 80er Jahren eher die Ostkolonisation) oder in der Kontroverse zwischen Polen und Deutschland zu spiegeln und damit die Relativität des eigenen Standpunktes deutlich zu machen.

Darüber hinaus lassen sich noch zwei weitere Varianten beobachten, die beide ebenfalls ansteigende Trends in der Lehrplanentwicklung spiegeln. Die erste klingt bereits kurz an: die Behandlung des Themas unter dem Leitbegriff: „Migration“.

In Berlin (*„Inhaltsbereich Migrationen/Ostsiedlung im Mittelalter/und: Auswanderung – Einwanderung – Vertreibung im 19. und 20. Jahrhundert“*, 1996), dann v. a. in Brandenburg (1991), Saarland (1992), Nordrhein-Westfalen (1994), Hessen (1995), Niedersachsen (1995), Rheinland-Pfalz (1999) und in Sachsen-Anhalt (1999) war die Tendenz v. a. in den integriert geführten Fächern unverkennbar, das Thema aus dem chronologischen und nationalen Zusammenhang zu lösen und es als einen historischen Beleg unter anderen allgemein unter dieses Oberthema zu stellen. Vergleichsmomente werden dann z. B. die Völkerwanderung, die Wanderung der Turk-Völker, die Hugenotten, die Salzburger Exilanten (letztere in Brandenburg), Deutsche in Amerika, Polen im Ruhrgebiet, aktuelle Arbeits- und Armutsmigration. Damit wird verdeutlicht, daß es sich um einen periodisch immer wieder eintretenden historischen Prozeß von „Wanderungen“ unter verschiedenen historischen Rahmenbedingungen handelt, der

daher auch nicht aus dem Rahmen des Üblichen fällt und der das humanitäre Gewissen ganz allgemein zu beschäftigen hat, also das Verständnis für Zuwanderung, Asylanten etc. wecken soll.

Allerdings ist bei diesem Ansatz immer zu würdigen, ob der ereignisgeschichtliche Kontext dadurch ersetzt wird oder ein solcher Ansatz nur komplementär vorliegt. Die Gefahr bleibt dabei, daß die Vergangenheit für aktuelle Kontroversen instrumentalisiert wird.

#### **4. Wachsende Tendenz zur verschränkten Geschichtsdarstellung**

Eine letzte Variante besteht darin, und diese Tendenz wird ebenfalls in den 80er Jahren vorbereitet und dann in den 90er Jahren verstärkt, durch eine eigene Unterrichtssequenz „Deutsche und Polen“/„Deutsche und Tschechen“ (nur Niedersachsen 1995; letzteres müßte deutlich intensiviert werden) die enge Verknüpfung beider „Geschichten“ herausarbeiten zu lassen: Dieser Ansatz, der in den Schulbüchern bis 1999 noch nicht weit verbreitet ist, findet sich in den Richtlinien immer häufiger, z. B. Berlin (1996), Brandenburg (1991), Hamburg (1991), Rheinland-Pfalz (1994), Niedersachsen (1995), wo es heißt: *„Deutsche und Polen: Ausgehend von der endgültigen Grenzankennung der polnischen Westgrenze im Jahre 1991 sollen wichtige Stationen der polnischen Geschichte und des deutsch-polnischen Verhältnisses bis zurück zu den polnischen Teilungen untersucht werden. Die Belastungen der aktuellen Beziehungen durch nach wie vor strittige Bewertungen geschichtlicher Phasen sollte den Schülerinnen und Schülern deutlich werden. Nur so ist es möglich, die Belastungen und Probleme als Bestandteile der gemeinsamen Geschichte anzunehmen und Verständnis zu wecken für die nach wie vor wichtige Aufgabe einer guten Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen.“* In den dazugehörigen inhaltlichen Schwerpunkten werden unter *„Probleme nationaler Identität: Beispiel Oberschlesien/Belastungen im deutsch-polnischen Verhältnis: Überfall, Vertreibung, Entschädigung“* angeführt. Wichtig ist in diesem

Zusammenhang, daß nicht bei der jüngsten Vergangenheit stehen geblieben, sondern der Rückblick eingeschlossen und damit das Bild differenzierter wird.

### **Zusammenfassung**

Es kann also keine Rede davon sein, daß der „historische deutsche Osten“ aus den Lehrplänen unserer Schulen verschwunden ist. Was sich aber seit Ende der 60er Jahre geändert hat, ist der Kontext: Die nur mehr historische Verbindung zu den damals bestehenden Rechtspositionen (obwohl zu keiner Zeit von „Revanchismus“ o. ä. auch nur das geringste zu verspüren gewesen wäre), der weit geringere quantitative Umfang bis hin zur völligen Marginalisierung inkl. der damit verbundenen Faktenkenntnisse (an denen es zutiefst mangelt), die multiperspektivische Akzentuierung, die Verbindung von deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus und Vertreibung nach 1945, die Betonung gemeinsamen Leids und das generelle Verständnis dieser Vergangenheit, die sich nicht mehr national verengt präsentiert, sondern sich in einen größeren europäischen Horizont einfügt. Daher ist eine Verschränkung der „Geschichten“ Deutschlands und der ostmitteleuropäischen Staaten („Deutschland und seine östlichen Nachbarn“; „Deutsche und Polen“; „Deutsche und Tschechen“ o.ä.) sicher der wirkungsvollste bildungspolitische und didaktische Ansatz. Komplementär dazu wären Ansätze einzubeziehen, die der Geschichte unserer Nachbarn selbst eigene Sequenzen widmen. Vor diesem Hintergrund ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn daneben der besondere Aspekt von „Flucht und Vertreibung“ für einen mahnenden „Gegenwartsbezug“ fruchtbar gemacht wird, ohne daß ein solcher „Gegenwartsbezug“ nun den völlig unhistorischen Eindruck vermitteln sollte, man könne ein „Einwanderungsland Deutschland“ oder eine „multikulturelle Gesellschaft“ gerade mit dem Hinweis auf 1945 historisch legitimieren.

Es scheint, daß in solchen, die Gemeinsamkeit und Verflochtenheit der Geschichten betonenden Sequenzen der beste Ansatz liegt, das kulturelle Erbe der hier angesprochenen Regionen auch über die Schule zu bewahren und damit zugleich die Brücke zu unseren Nachbarn zu bauen. Der Schule kommt dabei die Aufgabe zu, nachhaltiges historisches Grundwissen über diese Vergangenheit zu vermitteln, das aber nicht nur fixiert sein sollte auf jenen Tiefpunkt, den die Jahre zwischen 1933 und 1945 markieren, sondern die gesamte Vergangenheit einbezieht: Nur dann wird deutlich, daß erst der aus der Identität von Staatsnation und Ethnos geborene Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Schrecklichkeiten des 20. vorbereitete. Darin liegt zugleich auch eine Chance für die grenzüberschreitende Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes: Wir brauchen dafür einen Resonanzboden bei Lehrern und Schülern, bei Landesregierungen, Lehrplankommissionen und Schulbuchverlagen, nicht nur in Forschung und musealer Konservierung. ■

### **Literatur:**

Alle Belege bei Gauger, Jörg-Dieter, *Der historische deutsche Osten im Unterricht: Versuch einer diachronen Analyse von Geschichts-Lehrplänen und Schulbüchern von 1949 bis zur Gegenwart*, Hamburg 2001.



**Stellungnahmen  
zur aktuellen Debatte**

---



## **Flucht und Vertreibung – die Rückkehr eines Themas**

---

*Helga Hirsch*

Wir brauchten erst die erbitterten Streitereien um das geplante Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin und die Forderungen der Preußischen Treuhänder zur Entschädigung verlorenen Eigentums, um zu begreifen, daß die bisherigen Bemühungen zur Verständigung zwischen Polen, Tschechen und Deutschen zwar positiv und notwendig sind und fortgesetzt werden müssen, das gute Einvernehmen aber letztlich bedroht blieb und bleiben wird: Offensichtlich vermögen wir in „guten“ Phasen der Nachbarschaft klischeehafte Muster über den anderen mit Hilfe rationaler Einsicht und politischer Korrektheit an die Seite zu drängen, doch in „schlechten“ Phasen drohen alte Vorurteile schnell wieder hervorzubrechen. Was dann?

Ausgangspunkt der augenblicklichen Spannungen sind in erster Linie die Veränderungen im kollektiven Selbstbewußtsein der Deutschen – Veränderungen in bezug auf das Verhältnis von Schuld und Leiden, von Buße und Trauer, von eigenem Schmerz und Empathie mit den anderen. Deutsche wollen sich nicht mehr ausschließlich als ein Volk von Tätern sehen. Leiden auch von Deutschen durch Flucht, Vertreibung, Verschleppung, Bombardierung, Vergewaltigung, Internierung von Zivilisten und Kriegsgefangenen sind präsent wie selten zuvor.

So ist (wieder) ins Bewußtsein gedrungen, daß Mitteleuropa im Zweiten Weltkrieg als größter Verschiebebahnhof des 20. Jahrhunderts funktionierte: Erst wurden Hunderttausende, ja Millionen Polen, Juden und so genannte Volksdeutsche vom NS-Regime umgesiedelt, vertrieben, deportiert und umgebracht, dann bekamen die Deutschen die Rache der Opfer zu spüren und wurden ihrerseits aus der Heimat verjagt.

Insgesamt sind etwa 14 Millionen Deutsche von 1944 bis 1950 aus den deutschen Ostgebieten und den ehemals deutschen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten geflohen oder vertrieben worden; knapp zwei Millionen von ihnen kamen um. Fast jede fünfte Familie in Nachkriegsdeutschland hatte somit ihre Heimat verloren. Wie hat sich unsere Gesellschaft der Entwurzelung gestellt, und wie sind die Entwurzelten selbst mit sich umgegangen?

Die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung haben im Westen Deutschlands mehrere Phasen durchlaufen. Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren sie in Familiengeschichten, Filmen, Romanen und Dokumentationen allgegenwärtig als Ausdruck des authentischen Schocks, der die Menschen in ihren Alpträumen verfolgte, sie sich hilflos, ohnmächtig und abhängig fühlen ließ und sehr häufig in die soziale Deklassierung stieß. Gleichzeitig aber wurden die dramatischen Erlebnisse jener, die von der Roten Armee überrollt, von Sowjetsoldaten vergewaltigt oder von Polen

und Tschechen zur Zwangsarbeit eingesetzt worden waren, in der politischen Propaganda eingesetzt, da sich im beginnenden Kalten Krieg mit den Greueln eindringlich begründen ließ, warum sich das christliche Europa gegen „barbarische Rotarmisten“ und die „bolschewistische Gefahr“ schlechthin zusammenzuschließen und zu rüsten habe.

In den sechziger Jahren änderte sich die Situation radikal. Hatten sich die Vertriebenen wie der Rest der Nation bis dahin unter weitgehender Ausblendung der NS-Verbrechen fast ausschließlich als Opfer der Alliierten gesehen, nahmen die Nachgeborenen sie nur noch verächtlich als Täter und Mitläufer wahr. Der Verlust der Ostgebiete galt nun als gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Regimes; schon wer sentimental Kindheitserinnerungen nachhing, stand im Verdacht des Revanchismus. Von einigen literarischen Ausnahmen abgesehen – etwa den Romanen „Heimatismuseum“ von Siegfried Lenz oder „Kindheitsmuster“ von Christa Wolf – waren die Themen Flucht und Vertreibung in den siebziger und achtziger Jahren vom linken und liberalen Milieu gemieden oder sogar diskreditiert. Mütter oder Großmütter, die in jener Zeit etwas von ihren Erlebnissen preiszugeben versuchten, stießen in der Regel auf Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung bei ihren Kindern. Das Thema Vertreibung wurde zu einer Domäne der politischen Rechten.

In Ostdeutschland war jede öffentliche Erinnerung an die verlorene Heimat schon kurz nach Kriegsende untersagt worden, da sich Groll, Wut und Vorbehalte gegen die Sowjetunion und die neuen Verbündeten hätten richten können. Schon ab 1945 durfte in der Sowjetischen Besatzungszone auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration nur noch beschönigend von „Umsiedlern“ gesprochen werden, jede eigenständige Organisation von Sudetendeutschen oder Schlesiern war verboten, für spezielle Eingliederungshilfen – wie im Westen den Lastenausgleich – gab es kein Geld.

Seit Anfang der neunziger Jahre hat im nun wiedervereinten Deutschland erneut ein Wandel im öffentlichen Umgang mit Flucht und Vertreibung stattgefunden. Zum einen verfolgen Kinder und Enkel in Romanen und Autobiographien die Große Geschichte bis hinein in die kleinen Familiengeschichten, so daß die Verstrickungen von Vätern und Großvätern in der NS-Zeit ganz konkret unter die Lupe geraten – erinnert sei nur an Margret Nissen „Sind Sie die Tochter Speer?“ oder an Martin Pollack „Der Tote im Bunker“. Zum anderen blenden die Nachgeborenen nicht mehr das Leiden aus, das ihre Familie getroffen hat – durch den Verlust von Vätern an der Front, durch Bombenterror oder durch Flucht und Vertreibung. Hier sei beispielsweise erinnert an Reinhard Jirgls Biographie in „Die Unvollendeten“ oder an die Biographien in meinem Buch „Schweres Gepäck“. Wer auch das Leiden der Deutschen thematisiert – so die neue Erkenntnis – muß keineswegs die Schuld der Deutschen relativieren oder die Leiden der jüdischen, polnischen oder russischen Opfer marginalisieren. Vielmehr erweist sich, daß viele Vertriebenenkinder, als sie endlich wagten, über die Heimatlosigkeit und den Schmerz der Eltern zu reflektieren, sich zuvor jahrelang mit der NS-Geschichte beschäftigt und Kontakte zu überlebenden Juden aufgebaut hatten.

Ihr Bedürfnis nach Integration, auch des eigenen Leidens, erwuchs aus dem Bedürfnis, die weißen Lücken der Familienbiographie zu füllen und ein stabileres, stärker in sich ruhendes Selbstverständnis zu entwickeln. „Wie ist es um die Nachkommen der Vertriebenen bestellt, denen ihre Herkunft oftmals unerschließbar bleiben mußte?“, fragte denn auch der Schriftsteller Reinhard Jirgl, dessen Mutter und Großmutter aus dem Sudetenland stammen.

Wenn das Thema ausgerechnet jetzt, 60 Jahre nach den Ereignissen zurückkehrt, hat das mehrere Gründe: Zum einen stehen nun schon die Kinder von Vertriebenen kurz vor dem Rentenalter, in dem nicht mehr Be-

rufswelt, Karriere und soziale Absicherung vordringlich sind, sondern sich Fragen aufdrängen: Wer bin ich denn geworden? Was für ein Leben habe ich geführt? Was hat mich in diesem Leben bestimmt? Als 1989 der Eisernen Vorhang fiel, haben viele Familien – wo es noch möglich war, reisten Eltern, Kinder und Enkel gemeinsam – die alten Heimatorten besucht: Die Älteren wollten die verlorenen Stätten ihrer Jugend noch einmal, und die Kinder und Enkel wollten sie erstmals sehen. Was über Jahrzehnte nur auf vergilbten Fotos und als Erzählung aus angeblichen Paradieswelten existiert hatte, gewann reale Gestalt. Die Trauer fand so einen geographischen Ort, und über die verklärte Vergangenheit schob sich die Gegenwart: Die Häuser hatten die Besitzer gewechselt und statt deutsch wurde polnisch, tschechisch oder ungarisch in ihnen gesprochen.

So gerieten mit der Entdeckung der abgebrochenen Familiengeschichte auch der Raum, die Geschichte, die Menschen östlich des einstigen Eisernen Vorhangs wieder ins Blickfeld und nach Jahrzehnten der Ausblendung eröffnete sich das kulturelle Erbe im mittleren und östlichen Europa auch wieder als Teil der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte – mit Uwe Johnson aus dem pommerschen Kammin oder mit Gerhart Hauptmann im schlesischen Agnetendorf.

Hinzu kommt ein anderer Faktor. Jahrzehntlang hatten sich die alte Bundesrepublik und die DDR gerühmt, die Vertriebenen in vorbildlicher Weise integriert zu haben. Die DDR hatte schon nach wenigen Jahren verkündet, die vier Millionen „Umsiedler“ hätten sich mit der einheimischen Bevölkerung verschmolzen – das Problem sei also nicht mehr existent. Im Westen hatte man geglaubt, die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugewanderten spätestens Ende der 60er Jahre behoben zu haben. Dem Stolz von Politikern – „Wir haben sie integriert!“ – entsprach der Stolz der Betroffenen: „Wir haben es geschafft!“ Doch mit der Angleichung der Le-

bensverhältnisse waren die seelischen Verwundungen noch keineswegs geheilt.

Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs galten Flucht und Vertreibung als „normal“. „Das war nichts Besonderes“, sagen einige Betroffene bis heute. Auch ausgebombte Familien standen vor dem Nichts und waren zum Neuanfang gezwungen. Also verdrängten Flüchtlinge und Vertriebene ihre Verzweiflung, ihre Trauer und die Gefühle von Hilflosigkeit und Ohnmacht und konzentrierten sich mit aller Kraft auf die Gründung einer neuen Existenz.

In den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende waren Flüchtlings- und Vertriebenenkinder zwar noch durch Unterernährung, Krankheiten, durch Alpträume und Sprachstörungen aufgefallen. Doch schon nach drei, vier Jahren schien alles überwunden. Vertriebenenkinder lernten besonders gut, waren strebsam, paßten sich dem Dialekt und den Sitten ihrer neuen Umgebung an, tauchten in Vereinen unter und heirateten – je jünger, desto öfter – einheimische Frauen und Männer.

Sie funktionierten gut – die Vertriebenenkinder, denn sie wollten auf keinen Fall auffallen.

Aber sie besaßen oft nur ein geringes Selbstbewußtsein und erhofften sich Anerkennung durch überdurchschnittliche Leistungen in Schule und Beruf. Wissen schien nach den Erfahrungen des Heimatverlusts außerdem die stabilste Grundversicherung zu bieten. „Was du weißt“, so hörten sie oft von ihren Eltern, „das kann dir keiner mehr nehmen.“ Allerdings drängten sie, auch wenn sie aufstiegen in Beruf und Politik, nur selten in die erste Reihe, da, wer auffällt, Neid und Aggression auf sich zieht.

Daß Vertriebene und ihre Kinder, obwohl äußerlich seit langem auffällig unauffällig, innerlich häufig noch geprägt sind von Flucht und Heimatver-

lust, gerät erst seit einigen Jahren ins Blickfeld. Bei einer Umfrage des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg aus dem Jahre 1999 ergab sich beispielsweise, daß noch 62 Prozent der Befragten unter belastenden Erinnerungsbildern und dem Wiedererleben traumatischer Situationen litten. Ermutigt durch die Berichte über die massenhaften Demütigungen der Frauen im zerfallenden Jugoslawien brachen seit Anfang der neunziger Jahre auch viele Frauen ihr Schweigen und berichteten erstmals über ihre eigenen Vergewaltigungen fünfzig Jahre zuvor. Ein „abgesunkenes Stück kollektiver Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs“, so formulierte es der Historiker Hans-Ulrich Wehler, könne endlich „ruhig besprochen werden“.

All dies, was uns als positiv erscheint, weil es uns also reifer, souveräner, berechenbarer machen könnte, wenn es die Einseitigkeiten der Vergangenheit überwindet und Verdrängtes bewußt macht und damit unserer Einflußnahme unterstellt – all dies macht unseren Nachbarn Angst.

Vor allem die Polen befürchten eine Geschichtsrevision, da die Deutschen, so der durchgängige Vorwurf, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zerreißen und die Vertreibung 1945 losgelöst vom Überfall 1939 darstellen würden. Außerdem, so eine weitere Kritik, wollten sich die Deutschen nun nach den Juden als die größten Opfer des Zweiten Weltkriegs stilisieren und andere Opfergruppen (weiter) aus dem öffentlichen Gedächtnis verbannen.

Mögen derartige Befürchtungen bei Menschen wie Wladyslaw Bartoszewski, Marek Edelman oder Bronislaw Geremek aufgrund ihren traumatischen Erfahrungen im Konzentrationslager, im Warschauer- und im Getto-Aufstand bzw. im Leben unter falscher Identität verständlich erscheinen, so dient die Re-Aktivierung des alten deutschen Feindbildes konservativ-nationalistischen und teilweise auch liberalen Politiker und Publizisten als bewußtes Ablenkungsmanöver in der aktuellen politischen Auseinanderset-

zung. Das Böse wird auf das Außen projiziert, damit die Schattenseiten des Eigenen nicht ins Blickfeld geraten und das mythologisierte, gute Selbstbildnis erhalten bleibt.

Wenn nämlich Deutsche nicht nur Täter und böse sind, sondern durch die Vertreibung auch gelitten haben, stellt sich die Frage nach dem Anteil der Polen an diesem Vorgang. Polen ist nicht nur der gezwungene Vollstrecker der Politik der alliierten Siegermächte gewesen, Polen hat auch von sich aus die ethnische Homogenisierung seines Staatsgebiets betrieben, mit den „wildem Vertreibungen“ der Deutschen und der verwaltungsmäßigen Übernahme der deutschen Ostgebiete noch vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen geschaffen und eigenständig Internierungslager für die verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit eingerichtet. Zwar haben polnische Historiker und Publizisten bereits einige Mal eingeräumt, das „kleinere Übel“ der Vertreibung der Deutschen sei nicht durch das „größere Übel“ der deutschen Verbrechen zu rechtfertigen. In der Zeit der augenblicklichen ökonomischen, politischen und vor allem moralischen Verunsicherung aber pochen nationalistische Politiker auf die uneingeschränkte Opferrolle Polens als Fundament des nationalen Selbstverständnisses: Für sie sind alle Behauptungen über eine Mitschuld von Polen am Holocaust oder an der Vertreibung der Deutschen Verleumdungen, und alle Deutschen sind „Hitleristen“, mit denen sich Empathie selbstverständlich verbietet.

Es ist offenkundig eine Eigenschaft des Menschen, daß er auch als Opfer zu einem Konkurrenzdenken tendiert. Wie könnten Deutsche es wagen – so sinngemäß der polnische Schriftsteller Stefan Chwin – über ihre Vertreibung zu reden, wo Polen mit KZ-Haft, Zwangsarbeit und ebenfalls mit Vertreibung viel Schlimmeres erlebt hätten und nach dem Krieg nicht in einer „zivilisierten Welt“ wie die Westdeutschen, sondern in der „roten (kommunistischen) Zone“ gelandet seien?

Diese Art der Fragestellung führt allerdings in eine Sackgasse, da das Leiden des Individuums nicht meßbar ist und zudem nicht abhängt von der Schuld oder Unschuld seiner Nation. Erinnerung ist immer subjektiv und damit singulär. Sie ist gebunden an die spezifischen historischen Umstände eines Landes und kann ihre integrierende, heilende Wirkung nur dann entfalten, wenn diesem besonderen Charakter Rechnung getragen wird. Erfahren die Menschen aber für ihre spezifischen Erfahrungen kein Verständnis, dann kann Trauer in Bitterkeit und Ressentiment umschlagen – wie etwa bei jenen Vertriebenen, die nun mit Forderungen nach Entschädigungen für ihr verlorenes Eigentum von Polen und Tschechen eine Anerkennung für ihr Leiden erpressen wollen, die sie politisch und menschlich nicht oder ihrer Meinung nach zu wenig erhalten haben.

Konkurrenz unter Opfern ist allerdings nicht zwangsläufig. Ähnliche Erfahrungen können Anteilnahme auch erleichtern. So stoßen die deutschen Heimwehtouristen beispielsweise bei den Polen aus Breslau, Stettin oder Landsberg auf ungleich größeres Verständnis als bei jenen aus Warschau und Krakau, da auch viele Bewohner des heutigen Breslau und Stettin vertrieben worden sind und nach Lemberg oder Wilna reisen, um ihre alten Elternhäuser in Augenschein zu nehmen.

In Schlesien, Ostpreußen oder Pommern haben sich daher schon jahrlange Freundschaften, zumindest Bekanntschaften zwischen Deutschen und Polen entwickelt. Unangetastet durch den Sturm in der politischen Klasse schreitet hier die Wieder-Entdeckung verdrängter Geschichte und verwilderter Architektur voran. Deutsche Architektur wird in die polnische Geschichte integriert. Mit deutscher Hilfe werden Kirchen restauriert, Friedhöfe instand gesetzt, sogar Gedenksteine für Deutsche aufgestellt, die bei Kriegsende ermordet wurden. Und Deutsche erleben: Wer sich zur Verantwortung bekennt, die uns aufgrund der NS-Verbrechen erwächst, darf auch mit Mitgefühl rechnen, wenn er vom eigenen Leiden erzählt. ■

**Literatur**

Hirsch, Helga: Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema, Hamburg 2004.

## **Die Europäisierung des „Vertreibungskomplexes“**

---

*Karl Schlögel*

Im Jahre 1995, als ich mich bemühte, eine Forschungsstelle zur Erforschung des Komplexes „Staatliche Gewalt und Zwangsmigration in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert“ an der Viadrina einzurichten, gab es nicht mehr als freundliche Sympathie – schade. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft lehnte einen Antrag auf die Förderung eines Forschungsprojektes zum Thema „Staatliche Gewalt und Bevölkerungsbewegungen in Ost- und Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert“ ab. Nach unserer damaligen Planung sollte im Jahre 1999 der erste Teil eines Handbuches über Ethnische Säuberungen und Bevölkerungstransfers geliefert werden. Ich habe natürlich nicht vor, diesen Akt von Forschungsverhinderung hinzunehmen. In-

novative Forschung wird im Notfall auch am mainstream von DFG-Gutachtern vorbei gemacht.

**Schwierigkeiten im Umgang mit der Vertreibungserfahrung  
– speziell in Deutschland**

Die Idee zu diesem Forschungsprojekt ist nicht erst durch die neuen Erfahrungen mit der „ethnischen Säuberung“ in den Jugoslawienkriegen wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden. Sie hat etwas zu tun mit der glücklichen Zeit nach 1989 und den Aussichten, die die Wende in Europa zu eröffnen schien. Sie hat etwas zu tun mit der Hoffnung, daß an der neu gegründeten Universität Viadrina Themen bearbeitet werden würden, für die die Zeit endlich reif geworden war. Sie hat zu tun mit neuen Ideen, von denen wissenschaftliche Arbeit letztlich abhängt, und die es notwendig machen, ein Thema, das als längst erledigt galt, neu aufzunehmen und zu behandeln. Hierzu einige Bemerkungen.

*Erstens:* Das Jahr 1989 eröffnete in fast jeder Hinsicht neue Perspektiven. Unter anderem beendete es einen Zustand des Kalten Krieges, der die Verhältnisse eingefroren und das Denken blockiert hatte. Wir begannen wieder ganz Europa zu denken, nicht nur das westliche oder östliche; wir begannen die europäische Geschichte als ganze zu denken, nicht nur als die des westlichen oder östlichen Blocks. Eine inspirierende und zugleich riskante Angelegenheit. Es gab keine Zugangssperren mehr, keine Zensur, keine geschlossenen Archive, keine obsolet gewordene Sprachregelung. Das galt auch für eines der dramatischsten und umstrittensten Themen Nachkriegs-Europas, insbesondere Deutschlands: die Frage der Umsiedlung und Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa im Anschluß an Hitlers Krieg. Es schien eine Zeit anzubrechen, in der das politische und ideologische Gezerrte um die Vergangenheit beendet sein würde und alle in der Überzeugung vereint wären, daß es wichtigeres zu tun gebe, nämlich die Gestaltung des glücklich wiedervereinigten Europa. Die Vertreibungs- und Vertriebe-

nenfrage konnte, so die Erwartung, endlich eine historische werden, Sache der Historiker, die sie zu erforschen und zu erzählen haben würden. Jenseits von Aufrechnen, Rechthaberei und parteipolitischer Instrumentalisierung.

*Zweitens:* Die Gründung der Viadrina ging einher mit der Hoffnung, nicht einfach eine weitere Universität zu bekommen, sondern eine, an der etwas Neues geschehen würde. Europa neu zu denken, das war ja so etwas wie Aufbruch zu neuen Ufern. Das bedeutete, daß man sich umsaß in einer Region und in einem Geschichtsraum, von dem man in der Regel wenig wußte, dessen Sprache man nicht einmal verstand; es bedeutete, sich in einem politisch hoch brisanten, manche würden sagen: verminten, Gelände zu bewegen, wo es auf äußersten Takt, Sensibilität und kraftvolles Engagement ankam. Wo, wenn nicht hier, an einer europäischen Grenzuniversität, mußten die Forschungen über Grenz- und Völkerverschiebungen auf neue Weise in Gang kommen.

*Drittens:* Durch die Pionierarbeit von Historikern war die Frage soweit formuliert und zugespitzt worden, daß sie einen neuen Zugang erlaubte, ja verlangte. Götz Aly hatte meines Wissens als erster in seinen Forschungen zur Genese der „Endlösung“ wieder einen Faden aufgenommen, der in den Untersuchungen Joseph Schechtmans zu den Bevölkerungstransfers im Zweiten Weltkrieg sichtbar geworden, dann aber gerissen war: den Faden, der offensichtlich bestand zwischen den gewaltigen Bevölkerungstransfers im Rahmen des Generalplans Ost einerseits und der Genese der sog. „Endlösung der Judenfrage“, die ja ebenfalls als Bevölkerungsverschiebung oder „ethnische Säuberung“, wie wir heute sagen würden, begonnen hatte. Aly hatte damit eine Wende von paradigmatischer Wucht möglich gemacht und neue Forschungen angestoßen. Sie alle warfen die Frage auf, ob es nicht einen großen Zusammenhang zwischen „ethnischer Flurbereinigung“ und „Endlösung“ gab und alles, was er und in seinem Gefolge mittlerweile auch

andere dazu vorgelegt haben, deutet in diese Richtung. Forschungspragmatisch bedeutete dies, daß zwei gänzlich unabhängig von einander existierende Forschungslinien, ja science communities, endlich zusammengeführt wurden zum „europäischen Vertreibungsgeschehen“. Die Konsequenzen dieser Entdeckung und Innovation sind immer noch nicht genau abzuschätzen.

Die Arbeit seither hat gezeigt, daß es nicht einfach ist, eine gemeinsame Sprache für das Thema zu finden. Das lag nicht nur an der Verschiedenheit unserer Spezialisierungen und Interessen: die Geschichte der Diskriminierung der Zigeuner in Rumänien, ethnische Konflikte im kollektiven Gedächtnis der baltischen Völker, der Umgang mit den Umsiedlern in der SBZ bzw. DDR, die Deportation der Krimtataren, um nur einige zu nennen. Wir lernten rasch, daß die Ausgangslagen sehr verschieden waren: Die Länder waren vom Geschehen unterschiedlich betroffen, es gab Länder, in denen ungestört debattiert und geforscht werden konnte, und solche, in denen das Thema Tabu war; es war immer noch ein eminent brisantes, tagespolitisches, also noch kein historisches Thema. Die Bedingungen waren also sehr verschieden. Und es war äußerst lehrreich, darüber zu sprechen. Aber die eigentliche Schwierigkeit bestand meines Erachtens nicht im Quellenmäßigen, nicht im Methodologischen, sondern in etwas Anderem. Auch Deutschland hat seine Schwierigkeiten. Ich will versuchen, es für den deutschen Fall zu skizzieren. Ich weiß nicht, ob es mir gelingt. Um die These vorweg zu nehmen: Das Vertreibungsgeschehen in Deutschland steht im Schatten eines anderen Geschehens; die Verbrechen, die sich bei Flucht und Vertreibung ereignet haben, haben sich ereignet vor dem Hintergrund einer Verbrechen Geschichte, aus deren Kontext oder Sog man fast nicht herauskam. Wer die eigene Betroffenheit zum Thema machte, schien die Dimension des anderen Verbrechens, die anderen zugefügt worden war, zu verharmlosen und herunterzuspielen. Das Problem die ganze Nachkriegszeit über war: Wie spricht man auf angemessene Weise von

zweierlei Untergängen, von zweierlei Formen der Gewalttätigkeit gegenüber Menschen, ohne ihnen unrecht zu tun? Wie werden Historiker mit einer heillosen geschichtlichen Situation fertig?

Ich bin seit jeher der Meinung, daß der Verlust des deutschen Ostens zu den großen kulturellen Katastrophen gehört; er hat die Stellung Deutschlands in Europa, aber auch das Antlitz Europas fundamental verändert. Und ich bin der Meinung, daß das Ende der Teilung Europas diesen unermeßlichen Verlust uns erst so recht vor Augen geführt hat. Von daher war ich immer überzeugt, daß die von den Flüchtlingen repräsentierte und von ihnen gespeicherte Erfahrung zentral und konstitutiv für die deutsche Nachkriegsgesellschaft war. Und umgekehrt war die geglückte Integration der Flüchtlinge eine der präzedenzlosen Leistungen Nachkriegsdeutschlands. Von daher war klar: Die Herablassung gegenüber den Flüchtlingen, ihre Identifizierung mit der Reaktion war ganz unangebracht. Im Verhältnis zwischen Flüchtlingen und deutscher Normal-Gesellschaft liegt eine Spannung, die gar nicht erstaunlich ist. Wie sollte es anders sein! Und es ist auch noch nicht aufgeklärt. Es bestehen unaufgeklärte Ressentiments, eine Kultur des Verdachts auf beiden Seiten und nach beiden Seiten. Der Kern dieses Ressentiments ist das Unvermögen, dem Vertreibungsvorgang gerecht zu werden, oder anders: Wie spricht man über ein Großverbrechen im Schatten eines anderen, noch größeren Groß-Verbrechens? Andreas Hillgruber hat dies vor vielen Jahren versucht in seinem Essayband „Zweierlei Untergang“. Der so früh verstorbene Hillgruber schrieb damals kühn und mutig: „Das ungeheure Geschehen zwischen dem Herbst 1944 und dem Frühjahr 1945 verlangt noch nach Darstellung, einer Behandlung, die den weltgeschichtlichen Vorgang im Auge hat und doch das Einzelschicksal sieht, wo es im Leiden und Tun, im Handeln und Versagen repräsentativ ist. Dies ist eine Aufgabe, die zum Schwierigsten gehört, was das Geschäft des Historikers für die Zukunft bereithält, und vielleicht ist der Versuch eines Gesamtbildes des Zusammenbruchs der Fronten, der Eroberung

Ostmitteleuropas, der Zerschlagung des Deutschen Reiches und des Untergangs des deutschen Ostens mit all dem, was in ihn eingebunden ist, die letzte große Herausforderung einer Geschichtsschreibung, die den Zerfall der demokratischen Republik, das Aufkommen der nationalsozialistischen Bewegung und ihres ‚Führers‘ und die Etablierung des Dritten Reiches und seiner Strukturen mit so viel Anstrengung erforscht hat.“ Aber anstatt das Anliegen Hillgrubers aufzunehmen, mußte er sich infame Verdächtigungen gefallen lassen, für die sich deutsche Historiker durchaus noch werden entschuldigen müssen. Wie denkt man „zweierlei Untergang“ zusammen: den Untergang des europäischen Judentums und den Untergang des deutschen Ostens? Das ist meines Erachtens das Problem, und man kommt dem keinen Flohsprung näher durch die Warn- und Verbotsschilder der political correctness. Es ist Sache der großen Erzählung, der Historiker und der Betroffenen selbst und ihrer Nachkommen, eine Sprache für dieses ungeheure und heillose Geschehen zu finden. Das kann hier nicht unternommen werden, aber auf eines kann doch hingewiesen werden: Es gibt Leute, die an der großen Erzählung kein Interesse haben. Es ist das Interesse an der Aufrechterhaltung einer obsolet gewordenen, aber gleichermaßen falschen Position. Wie läßt sich diese falsche Position beschreiben? Die Vertreibung der Deutschen erscheint darin als das logische Ergebnis der deutschen Verbrechen, als Vergeltung, als Rache, fast als gerechte Strafe und wer sich für die Belange der Vertriebenen einsetzt, macht sich, so die Argumentation, zum Sprecher von Revisionismus und Revanchismus. Aber so unbestreitbar es einen Zusammenhang zwischen den Vernichtungslagern und der Vernichtung des deutschen Ostens gibt, so gibt es doch keine Logik und erst recht nicht einen Zusammenhang zwischen den betroffenen Gruppen. Sich für die Geschichte der Vertreibung einzusetzen, verlangt nicht weniger Empathie, Leidenschaft, Interesse als die Geschichte des Untergangs des europäischen Judentums. Es muß möglich sein, über beides sprechen zu können, ohne daß der Revisionismus-Vorwurf ertönt. Es ist bedauerlich, ja verwerflich, daß führende Leute innerhalb der Vertriebenen-

Organisationen immer wieder das Spiel der Instrumentalisierung spielen und den Weg in die Historisierung blockieren. Sie erweisen der Sache der Vertriebenen einen Bärendienst, sie diskreditieren deren Anliegen, ihre gerechte Sache. Man muß eines klar sagen: Nicht nur wir sind verpflichtet, den Vertriebenen zuzuhören, sondern auch umgekehrt: Sie müssen auch uns zuhören. Sie haben den Nichtbetroffenen gegenüber ein Erfahrungsprivileg – obwohl auch dieses dahinschmilzt –, aber sie haben kein Monopol auf historische Erkenntnis, und sie haben kein moralisches Privileg. Es ist unsere gemeinsame Geschichte und Zukunft, die auf dem Spiel steht, und wir sollten uns nicht zur Geisel von Funktionärsinteressen und Funktionsbeschränktheiten machen lassen. Der tiefe ressentimentgeladene, taktizistische Provinzialismus geht mir zunehmend auf die Nerven, ebenso wie die von keiner Ahnung getrübe moralisierende Besserwisserei vieler Linker, sobald die Rede auf Vertreibung oder die Gebiete östlich von Oder und Neiße kommt. Es ist das Zusammenspiel und die Opposition von Moralisieren und Politisieren, die den Ausweg in die Historisierung versperren, es ist das Zusammenspiel von progressistischer Öffentlichkeit und Funktioniärskörper der Vertriebenenverbände, das die Öffnung des Terrains behindert – sei es aus Absicht, sei es aus reinem Unvermögen. Es ist eines der großen Versagen der deutschen wissenschaftlichen Öffentlichkeit, daß sie sich dieser falschen Opposition nicht entzogen hat und daß sie sich zur Geisel von Schau- und Matadorenkämpfen hat machen lassen, an denen fast alles schief und falsch ist. In vieler Hinsicht haben wir Jahre, ja ein ganzes Jahrzehnt verloren. Und selbst heute noch scheint die Abwicklung der intellektuellen Besitzstände der späten Bundesrepublik unsere Kräfte zu übersteigen – wenn uns die Krise nicht zu Hilfe käme.

### **Was ist das Neue? Die Europäisierung einer europäischen Erfahrung**

Aber diese deutschen Erfahrungen sind vielleicht nicht so singulär wie es auf den ersten Blick aussieht. Überhaupt ist es seltsam, daß die Flüchtlings-

und Vertreibungserfahrung fast ausschließlich im nationalen Idiom erzählt wird. Es gibt seit den Arbeiten von Schechtman und Kulischer aus den 40er Jahren im Grund keine Arbeiten neueren Datums über den „europäischen Vertreibungskomplex“.

Es ist keineswegs geläufig, nicht einmal bei historisch aufgeklärten Menschen, daß Europa im 20. Jahrhundert ein Kontinent der Flüchtlinge, der Deportierten, der Vertriebenen, der DP's gewesen ist. Es ist nicht allgemein geläufig, daß zwischen 40 und 70 Millionen Europäer im Laufe der drei Jahrzehnte zwischen 1912 und 1948 ihre Heimat verloren haben. Die Vorstellung, daß dieser beruhigte, pazifizierte und stillgestellte Kontinent in Wahrheit aus einem ungeheuren Tumult von Flucht- und Umsiedlungsbewegungen hervorgegangen ist, ist Europa abhanden gekommen. „Europe on the Move“, wie die bedeutendste Untersuchung zu diesem Thema heißt, die kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs vorgelegt wurde, ist so etwas wie graue Vorzeit des heutigen Europa, den heute Lebenden kaum bewußt und im kollektiven Gedächtnis der mittleren und jüngeren Generation kaum gegenwärtig. Es gibt kaum eine europäische Nation, die nicht davon betroffen gewesen wäre. Fast alle Nationen sind auf der Liste von Flucht, Umsiedlung, Vertreibung und forced displacement: die Finnen, die Esten, Letten und Litauer, die Ukrainer, die kaukasischen Völker, die Russen, die Türken und Griechen, die Bulgaren und Serben, die Italiener und Österreicher, die Slowenen und die Kroaten und viele sog. kleine Völker, von denen das heutige Europa kaum eine Ahnung hat.

### *Europäisierung*

Trotz der eindeutigen Europäizität dieser Gewalterfahrung gibt es keine europäische Öffentlichkeit und keinen europäischen Diskurs zum Vertreibungs- und Umsiedlungskomplex. Was in Gang gekommen ist, ist zweifellos der bilaterale Diskurs, also der zwischen Deutschen und Polen, Polen und Litauern, Russen und Polen, Polen und Ukrainern, Deutschen und Tschechen, Bulgaren und Türken und anderen. Man hat es hier offensichtlich nicht allein mit der Folge einer fast natürlich zu nennenden Beschränktheit zu tun: mit der Beschränktheit von individuellen und kollektiven Erfahrungen, die eben gruppenspezifisch, landsmannschaftlich oder regionalspezifisch sind. Ich glaube, es liegt hier ein großes konzeptives Problem vor, das verhindert, daß eine europäische Erfahrung eben nicht-europäisch gedacht wird. Es ist, mit einem Wort gesagt: der enge Rahmen der nationalstaatlichen Historiographie, der es systematisch verhindert, transnationale Erfahrungen empirisch zu erfassen und transnational-europäisch zu diskutieren. Dies bedeutet, daß die wissenschaftliche Reflexion weit zurückbleibt hinter einer millionenfach gemachten kollektiven Erfahrung – und je länger und hartnäckiger sie es tut, um so verhängnisvoller sind die Folgen dieser Weigerung. Es gibt auch einen Provinzialismus im Epistemologischen und Methodischen.

### *Historisierung*

Der zweite Aspekt, auf den ich eingehen möchte, hat ebenfalls mit dem Zustand der Wissenschaften zu tun. Das Vertreibungsgeschehen ist uns immer noch nah: Es reicht in vielfältiger Weise in die Lebenserfahrung der heute Lebenden hinein. Wir haben es, wenn wir von den Vertreibungen der Polen aus dem Warthegau 1939 oder dem „odsun“ der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat sprechen, nicht mit einer weit entfernten, wirklich vergangenen Vergangenheit zu tun. Es ist nicht Babylon, nicht Ninive, nicht Rom. Die Erfahrung der Umsiedlung und Vertreibung ist Teil der tagespolitischen

und parteipolitischen Auseinandersetzung gewesen und zum Teil immer noch. Historisch war und ist sie verquickt mit den komplizierten und spannungsreichen zwischenstaatlichen Beziehungen während des Kalten Krieges. Sie war Teil der weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, Kapitalismus und Kommunismus und deren jeweiligen Wahrheiten. Die Instrumentalisierung für den Parteienkampf, die Benutzung der Vergangenheit für die Auseinandersetzungen in der Gegenwart, die Desavouierung von politischen Gegnern mit Hinweisen auf die Vergangenheit und umgekehrt – all das ist bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich. Historiker legen sich darüber bewußt Rechenschaft ab.

In Deutschland kann man dies sehr klar zeigen. Noch bevor die Erforschung der deutschen Verbrechen in Gang kam, gab es bereits das erste Großforschungsprojekt zur Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa – es brauchte zwei Jahrzehnte, bis der Holocaust überhaupt zu einem ernsthaften Thema wurde. Und umgekehrt: In den 70er und 80er Jahren verschwanden die mit der Vertreibung der Deutschen verbundenen Themen fast vollständig aus der Geschichtswissenschaft und öffentlichen Aufmerksamkeit. Der Zusammenhang zwischen Kaltem Krieg und Flüchtlingsforschung einerseits, zwischen Neuer Ostpolitik und Verstummen der Flüchtlingsthematik ist offensichtlich. Der Kalte Krieg war der Historisierung dieses Themas nicht günstig, um es milde auszudrücken, und die Detente erst recht nicht. Dies gilt auch für die Instrumentalisierung der Revanchismus-Drohung zur Disziplinierung der Satelliten Moskaus, wie es genannt wurde. Das Ende der Ost-West-Teilung berechtigte zu der Hoffnung, daß mit dieser vordergründigen Instrumentalisierung, die auch mit einer eigentümlichen Moralisierung und Ideologisierung einherging, endlich Schluß sei.

Ganz anders ist die Lage dort, wo bis dahin darüber nicht gesprochen und geforscht werden konnte, nun aber endlich offen gesprochen werden kann.

Historisierung, d. h. etwas aus seinen historischen Voraussetzungen heraus verstehen – dem schien nun nichts mehr im Wege zu stehen.

*Das gegenwärtige Europa verstehen*

Das Europa, in dem wir heute leben, ist aus dem Tumult dieses Jahrhunderts hervorgegangen. Und wenn wir verstehen wollen, wer wir heute sind, dann müssen wir uns umsehen, wie wir das geworden sind. Das betrifft so ziemlich alles: die Grenzen, die einmal anders verliefen; die Städte, in denen einmal andere Bevölkerungen und Bevölkerungsgruppen gelebt haben; Regionen, in denen andere Sprachen gesprochen wurden und so weiter. Wer über Europa heute sprechen will, muß von den Gemengelagen, aus denen es sich einmal zusammengesetzt hatte, und von den Entmischungen, denen es unterworfen wurde, sprechen. Wer von der Entmischung Europas nicht sprechen will, soll vom heutigen schweigen. Kurz: Das neue Europa gebietet also, sich kundig zu machen.

Aber das alles ist nicht die Sache von schönen Willens- und Absichtserklärungen, sondern in erster Linie von Kompetenz. Die Frage lautet: Wie setzt man sich in die Lage, eine europäische Erfahrung zu formulieren und eine Sprache zu finden?

*Die Dimensionen des Problems*

Was heißt es, sich den europäischen Vertreibungszusammenhang erarbeiten? Es ist leichter gesagt als getan. Man muß sich in der europäischen Geschichte auskennen, oder sich zumindest dafür interessieren. Man muß begreifen, daß es sich um einen hochkomplexen Vorgang handelt, in dem die Geschichte der Moderne in gewisser Weise kulminiert. Man muß begreifen, daß es sich nur interdisziplinär machen läßt. Ein einfacher Blick zeigt, daß es sich um ganz verschiedene Wissensgebiete handelt, die zusammenfinden müßten. Welche wären das? Man versteht von den epochalen Völ-

kerverschiebungen nichts, wenn man nicht die mobilisierende, polarisierende, radikalisierte und vereinfachende Rolle von Krieg und Kriegführung in Rechnung stellt. Man versteht nichts, solange man nicht die Ideen der Meisterdenker der Moderne mitdenkt: also die säkulare Tendenz, die offensichtlich dem Umsiedlungs- und Vertreibungsvorgang innewohnt, die ethnische Homogenisierung des modernen Nationalstaates als Programm und die ethnische Säuberung als Methode von ethnic und social engineering im großen Stil. Man wird ohne die Rolle, die Bürokratie und totalitäre Bewegung bei Massenbewegungen in unserem Jahrhundert spielten, nicht weiterkommen, und man wird ohne die Erfahrungen rassistischer Herrschaft und Verwaltung an der Peripherie der kolonialen und imperialen Welt wenig verstehen. Zwangsmigration hat etwas mit pathologischen Veränderungen demographischer Abläufe, mit der Störung der Kontinuität und Diskontinuität der generationellen Abfolgen zu tun – also braucht man Demographen. Umsiedlung und Vertreibung zerstört uralte Siedlungsgebiete, Kulturlandschaften, Städte, Dörfer und schafft neue Gemengelagen – also braucht man Kulturgeographen und Kulturgeschichtler. Daß dies auf der Höhe einer modernen Kulturgeschichte getan werden sollte, eine, die die Oral History hinter sich und den linguistic turn in sich und den spatial turn vielleicht vor sich hat, daß sie souverän über alle Quellengattungen gebietet und sich in den Archiven des ungeteilten Europa auskennt – das nehmen wir als selbstverständlich an.

Die Arbeit könnte in folgenden Schritten vor sich gehen:

*Spurenlesen.* Die Gegenwart des Vergangenen – man muß sie dechiffrieren. Die Formen, in denen die Erfahrung des Verlustes und der Entwurzelung sich niederschlagen, sind vielfältig und keineswegs nur an Texte fixiert, also nicht nur: Dokumente, Interviews, Tagebücher etc., sondern auch: Küchenrezepte, Feiertage, Gedenktage, Pilgerfahrten, Treffen, Folklore, die Weitergabe innerhalb der Familie, der Heimattourismus, das

Buchwesen, Filme, Dokumentationen, Belletristik. Namensgebung, die Benennung von Straßen und Plätzen in den neuen Heimaten. Gerade nicht-schriftliche Formen belegen die außerordentliche Vitalität dieser abgesunkenen Erfahrung. Das ist bisher nur selten Gegenstand der Flüchtlingsforschung geworden. Man findet diese Spuren und diese Formen der Spurensuche grenzüberschreitend: in Polen, Deutschland, im Baltikum, in der Ukraine, bei den Krimtataren, bei den Balkantürken etc. Das heißt, es handelt sich um eine europäische, eine transnationale Praxis der Vergegenwärtigung.

*Heimaten im Kopf. Topographien des Verlusts.* Die Vergegenwärtigung der verlorenen Heimat ist eines der stärksten Motive und Identifikationspunkte der Flüchtlingsgemeinden. Auch hier handelt es sich um eine transnationale europäische Praxis. Sie hat ihre spezifischen Genres hervorgebracht, die sich nur wenig unterscheiden, und sie sind nur aus einer bestimmten Optik „revisionistisch“, weil sie evozieren, was einmal war: die verlorene Heimat, eine untergegangene Kultur. Die Bildbände in Deutschland, in denen der verlorene Osten „jenseits von Oder und Neiße“ dargestellt werden, unterscheiden sich typologisch in keiner Weise oder nur wenig von den Bildbänden in Polen, die die verlorene Welt der Kresy zum Gegenstand haben. Es ist die Typologie der „heilen Welt“, der intakten Welt vor der Zerstörung, die Geschichte der Zerstörung und Verwüstung und der Blick auf die entleerte Landschaft – manchmal auch die Versöhnung mit der durch andere neu angeeigneten Welt. Gerade jene Bildbestände sind es, die zu den beständigsten Ressourcen des Wissens um das einige Europa zählten. An diesen nicht verlorenen Bildern knüpft auch das neue Europa unweigerlich an.

*Gedächtnisorte. Lieux de memoire.* Die Erfahrung der Entwurzelung und des Heimatverlustes spitzt sich in besonders dramatischen Bildern zu: Bilder der Gewaltlosigkeit, der verbrannten Erde, des Untergangs, des Überlebens, der Flucht. Es handelt sich um Orte, genauer *lieux de memoire*, um

die herum sich Erinnerung kristallisiert hat. Es gibt so etwas wie einen gesamteuropäischen Bildervorrat und europäische *lieux de memoire*: Viehwaggons für die Deportation, die Beschlagnahmungs- und Ausweisungskommandos, erreichte Grenzen und Übergangsstellen, die Evakuierungsschiffe, die Marschkolonnen, die Fluchtbrücken, die Brutalität des Deportationsvorgangs, die Selektion und die Ausgrenzungsmechanismen, die Zeichnung durch Armbinden, die Flüchtlingstrecks vor allem, die Barackenlager und Zeltstädte; auch Orte der Greuel und des Schocks. Solche Bilder sind Bestandteile des traumatisierten nationalen Gedächtnisses: die Trecks auf dem Eis des Frischen Haffs, die Deportationszüge nach Kasachstan, die Friedhöfe der katholischen Litauer bei Igarka usw. Eine Zusammenstellung dieser *lieux de memoire* würde vermutlich ebenfalls eine Typologie ergeben.

*Erinnerung und Politik.* „Vergangenheitspolitik“. Bewirtschaftung des historischen Bewußtseins und Kampf um kulturelle Hegemonie. Erinnerung, die in die Gegenwart hineinreicht, ist lebendige Erinnerung und läuft damit auch Gefahr, Teil des politischen Kampfes zu werden. Dagegen gibt es kein anderes Rezept als sich dessen reflexiv gewiß zu werden. In Deutschland (West) ist die Erinnerung an das Vertreibungsgeschehen Teil des politischen Alltagsgeschäfts gewesen und ist es heute noch – mit durchaus ambivalenten Folgen. Einerseits blieb die Erinnerung wach, wurde nicht verdrängt, konnte also „verarbeitet“ werden; andererseits wurde sie immer wieder instrumentalisiert und zum Teil militant funktionalisiert. Die Folge war oft eine aufdringliche Moralisierung und Ideologisierung. Die Vertreibungserfahrung wurde, bevor sie historisch wurde, eine parteipolitisch gefärbte Erfahrung – meist mit dem Geruch des Reaktionären, Revisionistischen, Ewiggestrigen, Uneinsichtigen. Das hatte – mehr indirekt als direkt – fatale Folgen für das politische Klima in der Bundesrepublik, ebenfalls bis auf den heutigen Tag. Selbst Leuten, die es gut meinen, die die Größe der Tragödie zu kennen meinen, wird es schwer gemacht. Vielen, vor allem

Leuten vom Funktionärskörper, scheint an einer Aufklärung, einer Entspannung und Historisierung nichts zu liegen. Liegt es daran, daß ihnen damit die Existenzberechtigung entzogen würde?

Der Gewinn dieses Herangehens liegt auf der Hand. Es ist ein Verfahren, das systematisch eine „plädierende Geschichtsschreibung“ unterläuft – ein Terminus, den Helmut Fleischer geprägt hat, also eine Geschichtsschreibung, die immerzu für oder gegen, pro oder contra sein muß, die immer für oder gegen etwas argumentieren muß. Der Haupttypus der Geschichtsschreibung, von dem ich hier gesprochen habe, ist ein anderer: er sammelt und trägt zusammen, er ist Synopse, Enzyklopädie; er erzählt und hört zu; er „versetzt sich in die Zeit“, anstatt sie von oben herab abzufertigen; er scheut den Vorwurf des Historismus nicht; er will nicht unbedingt rechthaben, sondern zuerst wahrhaben und wahrnehmen. Ihn interessieren nicht die nationalen Züge, sondern heute würde man sagen: die zivilisationsgeschichtlichen und die anthropologischen Grundlagen menschlichen Verhaltens in einer bestimmten historischen Situation. Diese Geschichtsschreibung verfährt selbstverständlich auch komparativ, macht aber auch daraus keine Ideologie und keinen Fetisch.

Das wäre schon sehr viel. Ich würde sogar sagen: sehr, sehr viel. Denn es handelte sich um einen äußerst komplexen, voraussetzungsreichen Vorgang: Zuhören können impliziert, daß man die Sprachen versteht, in denen diese Erfahrung artikuliert worden ist; das sind in Europa fast zwei Dutzend Sprachen – eine Kompetenz, die heutzutage kaum noch jemand aufbringt – vielleicht Otto von Habsburg. Es ginge um einen Akkumulationsprozeß, der schon aus forschungspraktischen Gründen außerordentlich anstrengend wäre. Es bedürfte der Kompetenz eines Historikers, der in den Nationalgeschichten ebenso bewandert ist wie in der allgemeinen europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Man müßte sich auskennen in der europäischen Archivlandschaft, in einer Landschaft, die von mehr als nur

zwei Diktaturen geprägt und imprägniert worden ist. Kurz: Dieser ideelle gesamteuropäische Historiker müßte mit dem Geschichtsraum vertraut sein, in dem diese Geschichte spielt. Den Strom der Erzählung zum Sprudeln zu bringen, das Ungesagte zum Sprechen und das Unsichtbare zur Anschauung zu bringen – das wünsche ich mir. Das ist schwere Arbeit, und dazu braucht man starke Nerven. ■

## **Literatur**

Aly, Götz: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995. – Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit Werner Conze, Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, bearbeitet von Theodor Schieder. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1953-1962 (Reprint München 1984). – Kulischer, Eugene M.: Europe on the Move. War and Population Changes, 1917-1947, New York 1948. – Lemberg, Hans, „Ethnische Säuberung“: Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 42 (1992), S. 27-38. – Schechtman, Joseph B.: European Population Transfers 1939-1945, New York 1946.

# Der neue Stellenwert von Flucht und Vertreibung in der Erinnerungskultur

---

*Hartmut Koschyk*

Nach meiner Einschätzung war der Stellenwert des historischen deutschen Ostens und der Vertreibungsthematik in der deutschen Erinnerungskultur seit Jahrzehnten nicht mehr so hoch wie heute. Ein Blick in die Feuilletons großer Zeitungen, in die Neuerscheinungslisten der Verlage, aber auch auf zahlreiche diesbezügliche Fernsehproduktionen, sowie andere Veröffentlichungen, wie z. B. des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, belegen dies. Auch die aktuelle politische Debatte um die Erinnerungskultur in Deutschland ist vom Vertreibungsthema entscheidend mitbestimmt, wie die Diskussion über das angestrebte „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zeigt. Schließlich verdeutlichen demoskopische Befunde, daß es sich bei

Flucht und Vertreibung um ein Thema handelt, das die Menschen, und zwar über Generationen, in unserem Land bewegt. Der 60. Jahrestag des Kriegsendes 2005 wird diesen Trend noch weiter verstärken. Diese Entwicklung hat vielfältige Ursachen:

1. Zum einen hat die Überwindung der deutschen und europäischen Teilung in den Jahren 1989 und 1990 zu einer Enttabuisierung des Vertreibungskomplexes bei unseren östlichen Nachbarn geführt. Was Jan Josef Lipski in Polen und Jan Mylnarik in der damaligen Tschechoslowakei als Oppositionelle in den 80er Jahren mutig an Aufarbeitung der Vertreibung der Deutschen gefordert haben, hat inzwischen breitere Unterstützung in Mitteleuropa gefunden, wobei Wissenschaftler, Publizisten, Kirchenvertreter und Politiker es auch heute in Polen und der Tschechischen Republik nicht leicht haben, wenn sie sich für eine vorbehaltlose Aufarbeitung des an Deutschen begangenen Vertreibungsunrechts einsetzen.
2. Die sich seit dem Jahr 1989/90 auch durch den demokratischen Wandel in Mitteleuropa ergebenden Möglichkeiten für Millionen von Vertriebenen, ihre angestammte Heimat zu besuchen, hat neue Dialogmöglichkeiten zwischen den Heimatvertriebenen und den heute in ihrer angestammten Heimat lebenden Menschen eröffnet. Dabei wird dieser Dialog von Seiten der Heimatvertriebenen nicht nur mit den in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen, sondern auch mit Kulturschaffenden, Historikern, Publizisten und Politikern der jeweiligen polnischen, tschechischen oder ungarischen Bevölkerung geführt. Kluge Persönlichkeiten in Mitteleuropa haben das Engagement der deutschen Heimatvertriebenen in ihren Heimatgebieten längst als wichtiges Potential der Verständigung erkannt und würdigen deren Einsatz beim Erhalt von Kulturdenkmälern, bei der Durchführung gemeinsamer Kulturprojekte bis hin zu wirtschaftlichen Impulsen.

3. Die als „ethnische Säuberungen“ bezeichneten Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien zu Beginn der 90er Jahre haben bei einem erheblichen Teil der politischen Linken in Deutschland zu einer Neubewertung der Leidenserfahrung der deutschen Heimatvertriebenen geführt. Selbstbekenntnisse von Freimut Duve, Antje Vollmer und Otto Schily seien nur beispielgebend genannt. Dies gilt gerade auch für Vertreter in der deutschen Wissenschaft und Publizistik, wo sich „Alt-68er“ heute viel unbefangener mit der Vertreibungsproblematik befassen.
  
4. In der ehemaligen DDR war die Aufarbeitung der Vertreibungsthematik nahezu ein Tabu, wenngleich unter der Oberfläche der von der SED-Diktatur verordneten „sozialistischen Freundschaft mit den sozialistischen Bruderstaaten“ ein latentes Bemühen der in die sowjetische Besatzungszone und spätere DDR gelangten Heimatvertriebenen um Identitätswahrung festzustellen war. Diese Identitätssuche hat sich nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht in den neuen Ländern Bahn gebrochen, was durch das rasche Entstehen sehr mitgliedsstarker Landsmannschaften und Vertriebenenverbände in den neuen Bundesländern dokumentiert ist. Es gibt in den neuen Bundesländern aber auch Landstriche, die zum historischen deutschen Osten enge kulturelle und landsmannschaftliche Verbindungen haben. Teile der Mark Brandenburg, Pommern, aber auch die schlesische Lausitz seien genannt, wo es heute ein regionales Selbstbewußtsein gibt, was sowohl Brücken zu den Heimatvertriebenen in der alten Bundesrepublik als auch zu deren Heimatregionen östlich von Oder und Neiße geschlagen hat. Insgesamt ist also durch die deutsche Wiedervereinigung ein zusätzliches Potential an Menschen im vereinigten Deutschland entstanden, das aufgrund erlittenen Vertreibungsschicksals, kultureller Affinität zum historischen deutschen Osten oder aber aus Interesse an diesem das von der DDR tabuisierte Thema der Erinnerung an die Vertreibung zusätzlich belebt hat.

5. Mit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands mußte die Bundesregierung unter Helmut Kohl den für viele Deutsche schmerzlichen Schritt der Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze im 2+4-Vertrag, aber auch den Grenzbestätigungsvertrag mit Polen vornehmen. Bundeskanzler Helmut Kohl war sich der historischen und kulturpolitischen Bedeutung dieses Schrittes bewußt, was seine Rede am 6. September 1991 vor dem Deutschen Bundestag dokumentiert hat. In Kenntnis des starken Identitätsbewußtseins der Heimatvertriebenen sowohl in der alten Bundesrepublik als auch in den neuen Bundesländern, hat der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zu Beginn der 90er Jahre eine starke Erhöhung der Kulturförderung für die Bewahrung und Fortentwicklung des Geschichts- und Kulturerbes der Heimatvertriebenen, aber auch für deren grenzüberschreitende und verständigungspolitische Aktivitäten in ihrer angestammten Heimat sowie für die Unterstützung der dort lebenden Minderheit vorgenommen, was einen rasanten Anstieg der Haushaltsmittel in diesem Bereich von 24,4 Mio. DM (1990) auf 47,6 Mio. DM (1994) zur Folge hatte. Diese Mittelerrhöhung hat auch zu einer Professionalisierung der Kulturarbeit geführt, die programmatisch durch ein vom Bundestag am 19. April 1996 verabschiedetes Aktionsprogramm begleitet wurde, das auch den veränderten politischen Rahmenbedingungen Rechnung trug. Auch die wissenschaftliche Arbeit in diesem Bereich wurde durch eine erhöhte Förderung erheblich ausgeweitet. Die kulturpolitischen Anstrengungen, die leider ab 1998 seit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung durch erhebliche Mittelkürzungen von bis zu 45 Prozent wieder konterkariert wurden, haben von Beginn der 90er Jahre bis 1998 zu einer Verstärkung des Bewußtseins im gesamtdeutschen Kulturverständnis für das geschichtliche und kulturelle Erbe der deutschen Heimatvertriebenen, aber auch für das Vertreibungsgeschehen in der deutschen Erinnerungskultur geführt.

6. Auch die Rückbesinnung auf eine „Vertriebenenidentität“ derjenigen Deutschen, die bei der Vertreibung nach 1945 Kinder gewesen sind, sich jedoch mit zunehmendem Alter ihrer ost- oder sudetendeutschen Herkunft und ihres Vertriebenenenschicksals (wieder) erinnerten, hat sich auf die Erinnerungskultur in Deutschland ausgewirkt. Bundesaußenminister Joschka Fischer, der donauschwäbischer Herkunft ist, wandelte bei einem offiziellen Besuch in Ungarn auf den Spuren seiner Eltern und besuchte die heute noch in einem von Ungarndeutschen geprägten Dorf lebenden Verwandten. Der Egerländer Peter Glotz hat sich der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ als stellvertretender Vorsitzender zur Verfügung gestellt. Und Thomas Gottschalk, Kind schlesischer Eltern, hat bei einem Besuch an Joseph von Eichendorffs Geburtsort in Lubowitz in Oberschlesien durch Überreichen einer großzügigen Spende seine Unterstützung für das Bemühen der in Oberschlesien lebenden Deutschen bei der Wahrung ihrer deutschen Identität und Muttersprache demonstrativ unterstützt. Von den zahlreichen „Spätberufenen“, die lange Jahre in der Phase ihres beruflichen Aufstiegs und des Bemühens um gesellschaftliche Anerkennung nicht an ihren „Vertriebenenhintergrund“ erinnert werden wollten, vielfach sogar den Landsmannschaften und Vertriebenenorganisationen ablehnend und distanziert gegenüberstanden, engagieren sich jetzt nicht wenige auf verschiedene Weise für die Bewahrung des kulturellen und geschichtlichen Erbes ihrer Geburtsheimat oder gar schon der Heimat ihrer Eltern und mahnen selbstbewußt an, der deutschen Erinnerungskultur, aber auch dem Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung einen würdigen Platz zu geben.
7. Das Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“ fokussiert den neuen Stellenwert des historischen deutschen Ostens und der Vertreibung in der deutschen Erinnerungskultur. Es ist das Verdienst seiner Initiatoren, daß dieses Projekt die europäische und internationale Dimension von

Vertreibungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert aufzeigen will und nicht der Gefahr unterliegt, den geschichtlichen Kontext aus dem Auge zu verlieren und das schwere Unrecht der Vertreibung von Millionen Deutschen mit den von der NS-Diktatur begangenen Verbrechen aufrechnen zu wollen. Im Gegenteil: Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ hat die deutschen Heimatvertriebenen neu sensibilisiert, sich auch mit Empathie den Leidenserfahrungen der Opfer der Nazi-Barbarei anzunähern und anzunehmen. Denn nur wer tiefes Mitgefühl für die Opfer der NS-Diktatur empfindet und bei der Aufarbeitung des NS-Unrechts keinen Schlußstrich ziehen will, wird auch Mitgefühl für das den Deutschen zugefügte Leid erwarten können, für das es ebenfalls keine Schlußstrichdebatte geben kann und darf! ■

## Die Autoren

---

*Mathias Beer*, Dr., Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen

*Wolfgang Bergsdorf*, Prof. Dr., Präsident der Universität Erfurt

*Günter Buchstab*, Dr., Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

*Jörg-Dieter Gauger*, Prof. Dr., Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

*Helga Hirsch*, Dr., Publizistin, Berlin

*Manfred Kittel*, Prof. Dr., Institut für Zeitgeschichte München – Berlin

*Hartmut Koschyk*, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bayreuth

## *Die Autoren*

---

*Horst Möller*, Prof. Dr. Dr. h.c., Direktor des Instituts für Zeitgeschichte  
München – Berlin

*Karl Schlögel*, Prof. Dr., Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

*Michael Schwartz*, PD Dr., Institut für Zeitgeschichte München – Berlin ■